

Magazin der Wirtschaft

★ EINE WOCHENSCHRIFT ★

Neue Folge / Herausgegeben von R. Bernfeld

Inhalt

| | | | |
|---|------|--|------|
| X Die Zukunft des deutschen Bank- gewerbes | 1205 | Eine neue Haushalt-Statistik | 1225 |
| M Dr. Franz Rupp, Englands Ausfuhr während der Depression | 1207 | Die Gefahren des deutsch-ungarischen Handelsvertrags | 1226 |
| Landrat Herman Kranold-Steinhaus, Die „Kartoffelgefahr“ | 1210 | Neuordnung der österreichischen Handelsverträge | 1227 |
| Dr. Alfred Salmony, Der neuzeitliche Straßenbau | 1215 | Die Generalversammlung der Österreichischen Credit-Anstalt | 1228 |
| Dr. Richard Flint, Kautschuk-Krise in Permanenz | 1217 | Die Abwicklung der Amstel-Bank | 1228 |
| | | Lord Kysants Verfehlungen | 1230 |
| Glossen | | | |
| Freiheit der Presse | 1220 | Genfer Bankfusion | 1231 |
| Am Ende der Vertrauenskrise | 1220 | Personalia | 1231 |
| Der Streit um die Diskonterhöhung | 1221 | Literatur | 1232 |
| Das Stiefkind „Sparkasse“ | 1221 | Marktberichte (Die Konjunktur / Der Geld- und Kapitalmarkt / Die Waren- märkte / Die Effektenmärkte: London, New York) | 1232 |
| „Solidarität der Banken“ | 1222 | Statistik (Juli-Ausweis der BIZ / Ausweise der Privatnotenbanken / Juni-Ausweis der deutschen Banken / Reichsbank-Aus- weis / Wochenzahlen zu den Markt- berichten / Die Reichseinnahmen im Juni) | 1235 |
| Devisen-Zwangswirtschaft | 1222 | | |
| Die Bankbilanzen am Jahresmedio | 1225 | | |
| Umgründung der J. F. Schröder Bank | 1224 | | |
| Eine Zahlungseinstellung in der Schall- plattenindustrie | 1224 | | |
| Die Umlage im Ruhrkohlen-Syndikat | 1225 | | |

ERSCHEINT FREITAGS / EINZELHEFT 1M / VIERTELJÄHRLICH 12M

Redaktion und Verlag: Berlin W 62 / Kurfürstenstr. 131



DRESDNER BANK

DIREKTION BERLIN W 56

EIGENKAPITAL RM 134000000

GENOSSENSCHAFTS - ABTEILUNGEN

IN BERLIN UND FRANKFURT A. M.

ZENTRALKREDITINSTITUT DER GENOSSENSCHAFTLICHEN VOLKSBANKEN

Commerz- und Privat-Bank

Aktiengesellschaft

Hamburg-Berlin

Kapital 75 Millionen RM

Reserven 40 Millionen RM

250 Niederlassungen

125 Depositenkassen

Telegramm-Adresse:

HANSEATIC

*Rund 400 000 RM
tägliche Schadenszahlung*

ALLIANZ UND STUTTGARTER VEREIN
VERSICHERUNGS-AKTIEN-GES. SCHAFT

Aktiva . . über 234 000 000 RM

Bayerische Versicherungsbank
Aktiengesellschaft, München //

Badisch Pferdeversch.-Anstalt
Akt.-Gesellschaft, Karlsruhe i. B //

Gobus Versicherungs-Aktien-
Gesellschaft in Hamburg //

Hermes Kreditversichergs.-Bank
Aktiengesellschaft in Berlin //

Kraft Vers.-A.-G. des Automobil-
clubs von Deutschland in Berlin

Neue Frankfurter Allgem. Vers.-
A.-G. in Frankfurt a. M. ////

Union Allgem. Deutsche Hagel-
Versicher.-Gesellschaft in Weimar



ALLIANZ UND STUTTGARTER
LEBENSVERSICHERUNGSBANK AKTIENGESELLSCHAFT

Gesamtversicherungssumme über 3 000 Millionen RM

DEUTSCHE BAU- UND BODENBANK

AKTIENGESELLSCHAFT :: AKTIENKAPITAL UND RESERVEN 40 MILL RM

**KREDITGEWÄHRUNG FÜR DIE BAUWIRTSCHAFT
INSBESONDERE FÜR DEN WOHNUNGSBAU**

BERLIN W 8 • TAUBENSTRASSE 48/49

SAMMELNUMMER AUCH FÜR FERNGESPRÄCHE: A 2 FLORA 0028

ZWEIGNIEDERLASSUNGEN: Breslau, Dresden, Essen,
Frankfurt a. M., Hamburg, Karlsruhe, München, Stuttgart, Weimar

MAGAZIN DER WIRTSCHAFT

VEREINIGT MIT „PLUTUS“, NEUE FOLGE

7. JAHRGANG

BERLIN, 7. AUGUST 1951

NUMMER 31/52

Die Zukunft des deutschen Bankgewerbes

Das Eingreifen der öffentlichen Hand bei der Danatbank, der Dresdner Bank, der Adca und der Schröder Bank hat das deutsche Bankgewerbe in eine völlig neue Situation gebracht. Das Reich und die Länder wurden bei ihren Maßnahmen nicht von dem Willen zum Staatssozialismus geleitet; aber in irgendeiner Weise werden die Konsequenzen aus den Vorgängen in den letzten Wochen gezogen werden müssen. Hoffentlich wird man dabei die Lösung der neuen Probleme besser vorbereiten als die Notmaßnahmen, die zur Stützung des deutschen Kreditsystems erforderlich waren.



„Die Großunternehmung ist heute überhaupt nicht mehr lediglich ein Gebilde privatrechtlicher Interessen, sie ist vielmehr, sowohl einzeln wie in ihrer Gesamtzahl, ein nationalwirtschaftlicher, der Gesamtheit angehöriger Faktor, der zwar aus seiner Herkunft, zu Recht oder zu Unrecht, noch die privatrechtlichen Züge des reinen Erwerbsunternehmens trägt, während er längst und in steigendem Maße öffentlichen Interessen dienstbar geworden ist und hierdurch sich ein neues Daseinsrecht geschaffen hat. Seine Fortbildung im gemeinwirtschaftlichen Sinne ist möglich, seine Rückbildung zur rein privatwirtschaftlichen Bindung oder seine Aufteilung in kleine Privatpartikel ist undenkbar.“ Diese Sätze, mit denen Walter Rathenau die Wesenswandlung der Großunternehmung charakterisierte, gelten vor allem für die Großbanken. Die Überlegungen, welche die breiten Massen des Publikums am 13. Juli anstellten, als die Danatbank ihre Schalter schloß und das Reich die Garantie für die Einlagen bei dem Institut übernahm, die Überlegung, daß eine Großbank kein privatwirtschaftliches Erwerbsunternehmen sei, um dessen Gedeih und Verderb sich der Staat nicht zu kümmern habe, sind in der volkswirtschaftlichen Literatur nicht erst heute und gestern zum Ausdruck gelangt. Rathenau selbst hat an dem Beispiel einer Bank erläutert, daß der Staat gezwungen sei, die Auflösung eines großen Kreditinstituts zu verhindern. „Wenn heute“, schrieb er vor fünfzehn Jahren, „die Generalversammlung der Deutschen Bank befindet, daß der innere Wert des Unternehmens den Kurswert erheblich übersteigt, daß es angesichts unsicherer Zeiten erwünscht sei, die Mittel zurückzuziehen, um sie etwa in Reichsanleihe anzulegen: wenn sie demgemäß mit Dreiviertelmehrheit beschließt, die Bank zu liquidieren, so ist der Beschluß privatrechtlich unantastbar. Es wird ein Liquidator ernannt, der das gewaltige Wirtschaftsgewebe zertrennt, die inländischen, ausländischen, überseeischen Niederlassungen auflöst, die Beteiligungen verkauft, die Beamten abfindet und entläßt, die Gebäude versteigert. Der Beschluß ist unanfechtbar, der Beschließende handelt in befugter Wahrnehmung erworbener Rechte, die Durchführung ist gesetzlich

gesichert, ein Verlust an sichtbarem Vermögen der Nation findet nicht statt, vielleicht werden sogar Partikel des ideellen Vermögens gerettet, indem andere Banken diesen und jenen Organisationsteil im ganzen übernehmen: und dennoch bleibt dem preussischen Staat oder der Reichsregierung nichts übrig, als umgehend ein Sondergesetz zu erlassen, das den Beschluß rückgängig macht oder seine Durchführung so regelt, daß das Unternehmen mit veränderten Besitzverhältnissen erhalten bleibt.“ Wir haben das Beispiel Rathenaus so ausführlich wiedergegeben, weil es uns treffend die Situation zu kennzeichnen scheint, vor der die Reichsregierung am 12. Juli, am Tage vor dem ominösen Montag, stand, als das gesamte deutsche Kreditsystem in Unordnung geriet. Die Regierung griff in das Schicksal der Danatbank und kurz darauf auch in das Schicksal der anderen Banken ein, nicht weil sie der Wille zum Staatssozialismus beseelte, sondern weil ihr nichts anderes übrig blieb, wollte sie den völligen wirtschaftlichen Zusammenbruch vermeiden. Der Regierung sind, namentlich unmittelbar nach den ersten Ereignissen, vielfach andere Motive untergeschoben worden, die sie geleitet haben sollen: der Wunsch, die großen Kreditbanken zu verstaatlichen, die Absicht, in großzügiger Weise eine Planwirtschaft zu organisieren, die Überlegung, daß der Zeitpunkt zur Durchführung staatssozialistischer Maßnahmen nie wieder so günstig sein werde. Man verrät kein Geheimnis, wenn man sagt, die Regierung hat in der Nacht vom 12. zum 13. Juli überhaupt keine Überlegungen angestellt, wie sich die Zukunft des deutschen Bankgewerbes gestalten solle. Dieses Problem ist für die Regierung zweifellos später akut geworden als für die Öffentlichkeit, die sofort die Frage nach der weiteren Entwicklung aufwarf. Nachdem der Garantie für die Danatbank die starke Beteiligung an der Dresdner Bank gefolgt ist, nachdem Reich und Staat die Bremer Schröder Bank wieder aufgerichtet haben, nachdem der Staat durch eine überraschende und kühne Konstruktion die Haftung für die Verpflichtungen der Adca übernommen hat, nachdem die Landesbank der Rheinprovinz stützungsbedürftig geworden ist, von kleineren Hilfsaktionen ganz zu schweigen,

kann das Reich freilich bei der künftigen Neuordnung unseres Bankwesens nicht beiseite stehen. Dazu ist sowohl die moralische Verantwortung, die es übernommen hat, zu groß als auch die finanzielle Belastung, die ja allein im Fall der Dresdner Bank mindestens 500 Mill. RM beträgt. Wie das Reich aber den Einfluß auf das Bankgewerbe, der ihm zugefallen ist, ohne daß es ihn gesucht hat, benutzen wird, ist noch völlig ungewiß. Es ist zu hoffen, daß man bei der endgültigen Regelung der seit vier Wochen bestehenden Verhältnisse nicht überstürzt vorgeht, vor allem keine Maßnahmen durch Notverordnung trifft, sondern den Weg der ordentlichen Gesetzgebung wählt. Nicht nur der *Einfluß* des Reichs auf das Bankgewerbe ist in den letzten Wochen ungeheuer gewachsen, sondern auch seine *Verantwortung*. Die Regelung, die zur Abwicklung oder Konsolidierung der verschiedenen, vom Reich eingegangenen Beteiligungen getroffen werden wird, wird voraussichtlich für lange Zeit Geltung behalten. Obwohl die Schwierigkeiten bei der Danatbank und bei der Dresdner Bank der Regierung und der Reichsbank nicht unerwartet gekommen sind, hatte man keinerlei Vorbereitungen zur Stützung der Institute getroffen. Um so sorgfältiger sollte man jetzt die endgültige Gestaltung der an die öffentliche Hand gelangten Bankinteressen vorbereiten.

Das Schicksal der Danatbank

Jetzt, fast vier Wochen nach dem Schalterschluf der Danatbank, läßt sich schon viel klarer erkennen, „wie es kam“. Mangelnde Vorsorge und Kopflosigkeit haben die Bank zu Fall gebracht. Die schwierige Lage der Danatbank war den eingeweihten Stellen seit Monaten, weiteren Kreisen seit Wochen bekannt. Namentlich die Reichsbank war sehr frühzeitig unterrichtet, hatte sich doch ihr Obligo aus hereingenommenen Danatbank-Wechseln innerhalb ganz kurzer Zeit gewaltig erhöht. Innerhalb eines Jahres waren der Danatbank knapp 1 Milliarde Kreditoren entzogen worden, davon allein seit Anfang Mai d. J. rund 650 Mill. RM, in den ersten 11 Tagen des Juli rund 250 Mill. RM. Solchen Anforderungen hätte auf die Dauer keine Bank standhalten können. Die Gründe für die besonders starken Kreditorenabzüge bei der Danatbank sind verschiedener Art. Vor allem hat das Institut, wie die Bankleitung selbst zugibt, in zu starkem Maße mit kurzfristigen Geldern, insbesondere Auslandsgeldern, gearbeitet. Die eigentliche Depositenbildung war bei dieser D-Bank, die am ausgesprochensten den Charakter der Industriebank trägt, wohl immer verhältnismäßig schwach. Es ist nicht ganz unberechtigt, wenn die Leitung der Danatbank erklärte, es sei zwar fehlerhaft gewesen, in so großem Ausmaß kurzfristige Auslandskredite hereinzunehmen, aber ebenso fehlerhaft sei es gewesen, sie zu geben. Man wußte in Deutschland wie im Ausland, welcher Art die Geschäfte der Danatbank sind, man wußte, daß sie nie in der Lage sein werde, in wenigen Wochen Hunderte von Millionen aus ihrem Geschäft herauszuziehen, ohne sich auf

das äußerste zu gefährden. Sehr schädlich war für die Bank ferner, daß sie in verhältnismäßig kurzen Zwischenräumen größere Verluste bei ihren Debitoren bekanntgeben mußte und verschiedene Fälle, bei denen es sich nicht einmal um besonders große Summen handelte, in der Öffentlichkeit sehr ausführlich erörtert wurden. Am schwersten wog dabei der Fall Nordwolle; bei diesem Unternehmen wird die Bank möglicherweise nicht viel weniger einbüßen als ihre ganze offene Reserve. Schließlich wurde der Run auf die Danatbank durch die offenen Angriffe der rechts- und linksradikalen Presse und vielleicht auch durch versteckte Angriffe manches Konkurrenten gefördert. Die Fragen, die wir unmittelbar nach der Katastrophe aufwarfen: Mußte es zum Schalterschluf der Danatbank kommen, mußte man eine einzelne Großbank die Zahlung einstellen lassen, konnte man die Maßnahmen, die mit Wirkung vom Dienstag getroffen wurden, nicht bereits Montag früh in Kraft treten lassen? — Diese Fragen kann man jetzt beantworten. Nach allem, was bisher bekannt geworden ist, hätte man die Danatbank vor dem Schicksal bewahren können, als einziges Institut Montag früh die Schalter schließen zu müssen.

Die stärksten Vorwürfe, die wegen der Vorgänge am 12. Juli erhoben worden sind, richten sich gegen die DD-Bank. In der Zeitschrift „Die Bank“ wurde ihr, offenbar auf Grund genauer Kenntnis der Dinge, gesagt, daß sich ein ähnlicher Mangel an Verständnis für die Forderungen des Standesinteresses und der Standesehre, wie ihn die DD-Bank bewiesen hat, in gleicher Lage wohl noch nie gezeigt habe. „Der Stoß, den die DD-Bank in der kritischen Nacht gegen ihre größte Konkurrentin geführt hat, muß moralisch um so mehr verurteilt werden, als gerade diese Bank — im Gegensatz zu allen anderen — schon vorher erheblich dazu beigetragen hat, daß die Schwierigkeiten der Danatbank unterstrichen und in Kreisen bekannt wurden, die sie bis dahin nicht sonderlich ernst genommen hatten; und als gerade diese Bank obendrein die unbestrittene und einzige Nutznießerin jener Schwierigkeiten ist.“ Ähnliche Vorwürfe hat man, wenn auch nicht in so scharfer Form, auch anderwärts gegen die DD-Bank gerichtet. Bisher hat das größte deutsche Bankinstitut zu diesen Vorwürfen geschwiegen, wenn man von einer kurzen Erklärung absieht, die zum Gegenstand wenig freundlicher Kommentare wurde. Es heißt darin: „Die gegenwärtige Lage erscheint uns ungeeignet, um auf die vielerlei Angriffe, die in der Öffentlichkeit im Zusammenhang mit der Zahlungseinstellung der Darmstädter und Nationalbank gegen uns gerichtet worden sind, im einzelnen zu erwidern. Wir beschränken uns daher auf die Feststellung, daß wir keinen Schritt unternommen haben, der nicht vorher mit den anderen Berliner Großbanken vereinbart war. Zur Kennzeichnung unserer Einstellung und unseres Bestrebens, die Zahlungseinstellung der Darmstädter und Nationalbank zu verhindern, sei die Tatsache angeführt, daß die Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft noch am Sonnabend, 11. Juli, also an

dem der Zahlungseinstellung vorangegangenen Werktagen, der Darmstädter und Nationalbank mit 30 Millionen RM zu Hilfe gekommen ist.“ Die Hilfsaktion der DD-Bank, von der hier die Rede ist, war, wie unmittelbar danach von anderer Seite festgestellt wurde, mehr eine Hilfsaktion der Reichsbank. Praktisch handelte es sich nämlich nur um einen Austausch von Unterlagen, da die Danatbank nicht mehr über ausreichende reichsbankfähige Akzente verfügte. Natürlich bedeutet auch ein solcher Austausch von Unterlagen eine Hilfsmaßnahme für die Danat. Aber die unklare Ausdrucksweise in der Erklärung der DD-Bank war nicht geeignet, die Öffentlichkeit zu beruhigen.

Es ist bemerkenswert, wie groß im Fall der Danatbank der Einfluß der öffentlichen Meinung gewesen ist. Im ersten Schreck dachte wohl niemand daran, daß die Reichsgarantie für die Danatbank zu etwas anderem als einer ruhigen Abwicklung und Liquidation des Instituts führen könne. Wenn sich sehr rasch bei den maßgebenden Stellen Überlegungen dahin geltend machten, daß man einen Organismus wie die Danatbank nicht einfach zerschlagen könne, sondern alles tun müsse, um ihn am Leben zu erhalten und wieder zu kräftigen, so hat dazu zweifellos der Ausschlag der öffentlichen Meinung zugunsten der Danatbank erheblich beigetragen. Zum Teil ist diese Haltung der Öffentlichkeit sicherlich ein Erfolg der eigenartigen Persönlichkeit des Leiters der Danatbank, Jacob Goldschmidt, des umstrittensten Großbankdirektors in Deutschland. Zum Teil aber war sie wohl eine Abwehr dagegen, daß ein privates Kreditmonopol errichtet werden könnte. Aus verschiedenen Teilen des Reichs konnte man hören, daß sich der Kundenkreis der Danatbank zu dem Institut bekannte. Immer lauter wurde die Forderung, daß alles geschehen müsse, um der Bank das Weiterarbeiten zu ermöglichen. Nachdem die Danatbank in den Zahlungsverkehr wieder voll eingeschaltet ist, hat sich, wenigstens im Verkehr mit dem Publikum, keine weitere Schwierigkeit ergeben.

Noch nicht recht zu übersehen sind die künftigen Machtverhältnisse in der Bank. Am einflußreichsten ist natürlich nach wie vor das Reich, das vermöge seiner Garantie zunächst auch weiter das Heft in der Hand behalten wird. Kapitalmäßig ist die Herrschaft über die Bank auf eine Gruppe von etwa zwanzig der größten deutschen Industrieunternehmen übergegangen, zu denen u. a. die Vereinigte Stahlwerke AG, die IG Farben-Industrie AG, die AEG und Siemens gehören. Diese Gruppe hat nom. 35 Millionen RM Danatbank-Anteile zum Kurs von 125 % übernommen, verfügt also über die Mehrheit der Bank. Da die Anteile, aus Interventionsbeständen und aus dem Privatbesitz der Geschäftsinhaber und aus dem Privatbesitz der Freunde stammend, der Bank kostenlos zur Verfügung gestellt werden, fließen ihr durch die Weitergabe knapp 44 Mill. RM neu zu. Die Finanzierung der Anteilsmehrheit ist der übernehmenden Gruppe dadurch sehr leicht gemacht worden, daß das Reich den Kaufpreis vorstreckt und ihn zehn

Jahre lang stundet. An Zinsen ist dem Reich nur so viel zu vergüten, wie die Danatbank-Aktionäre als Dividende erhalten, also unter Umständen gar nichts. Für die übernehmende Gruppe ist diese Lösung zweifellos sehr vorteilhaft; welchen Vorteil sie dem Reich bringt, ist zunächst noch nicht zu erkennen. Ob die Danatbank sich nun in stärkstem Maße zur Industriebank, etwa nach Art der Berliner Handels-Gesellschaft, entwickeln wird, ist vorläufig noch eine offene Frage. Ebenso läßt sich nur vermuten, welches die Hauptgründe zu der Transaktion bei der erwerbenden Gruppe waren. Die Annahme, daß die Großschuldner der Bank die Kontrolle über ihre Gläubiger erlangen wollten, liegt natürlich nahe; wenn man aber den Kreis der Erwerber betrachtet, ist sie kaum aufrecht zu erhalten. Wie es heißt, ist für später eine Erhöhung des Kommanditkapitals um 40 Mill. auf 100 Mill. RM geplant. Die neuen Anteile soll, mindestens zeitweilig, das Reich übernehmen.

Auch über die künftige Leitung der Bank herrscht noch keine Klarheit. So groß die Sympathien für Jacob Goldschmidt sind, die Kräfte sind sehr stark, die ihn aus der Position, die er sich errungen hat, entfernen möchten. Hoffentlich läßt sich ein Weg finden, um seine großen Fähigkeiten der von ihm geschaffenen Bank zu erhalten.

Die Reichsbeteiligung bei der Dresdner Bank

Die Gestaltung der Dinge bei der Dresdner Bank tritt hinter den dramatischen Vorgängen bei der Danatbank stark zurück. Aber auch bei diesem Institut ist der Eingriff des Reichs von großer Tragweite. Neben der Danatbank war die Dresdner Bank am meisten gefährdet. Die freundschaftlichen Beziehungen der beiden Institute, die namentlich seit dem Zusammenschluß Deutsche Bank—Disconto-Gesellschaft bestehen, sind bekannt. Zu besonderen gemeinsamen Transaktionen haben diese Beziehungen indes kaum geführt. Das Geschäft der Dresdner Bank ist anders geartet als das der Danatbank. Die Dresdner Bank hat sich stets als Handelsbank betrachtet und diesen Charakter immer stark betont. Sie verfügt zwar auch über wertvolle Industrieverbindungen, aber sie hat diesen Geschäftszweig nicht forciert. Stärkeres Gewicht hat sie in der letzten Zeit anscheinend auf die Gewinnung von reinen Depositenkunden gelegt. Die öffentliche Diskussion hat sich mit der Dresdner Bank und ihren Geschäften selten befaßt, was man meist als ein gutes Zeichen für eine Bank anzusehen gewohnt ist. Infolge der lang andauernden Depression, von der namentlich der Handel stark betroffen worden ist, hat auch die Dresdner Bank nicht unerhebliche Debitorenverluste erlitten. Von besonderen Großverlusten, wie sie etwa die DD-Bank und die Danat zu verzeichnen haben, hat man aber nichts gehört. Die Bedrohung der Dresdner Bank durch Kreditorenabzüge ist wohl auch nicht so stark gewesen wie die der Danatbank. Zahlen sind nicht bekannt geworden. Immerhin muß die Gefährdung schon sehr erheblich gewesen sein,

wenn sich das Reich entschlossen hat, der Dresdner Bank mit 300 Mill. RM beizuspringen. Die rechtliche Konstruktion dieser Reichsbeteiligung ist einfach. Zu den 100 Mill. Stammaktien, über die das Institut verfügt, werden 300 Mill. 7%ige Vorzugsaktien neu geschaffen, die das Reich übernimmt. Diese Aktien werden zum Nennwert begeben. Da das Reich nicht über entsprechende Barmittel verfügt, um die Einzahlung auf die Vorzugsaktien zu leisten, übergibt sie der Dresdner Bank Schatzwechsel, die diese zu Geld machen muß. Ob die Verwertung ohne Disagio erfolgen kann, also die Hergabe von 300 Mill. RM Schatzanweisungen genügt, bleibt abzuwarten. Den Diskont für die Schatzanweisungen trägt vermutlich das Reich. Ob es jemals mit der 7%igen Vorzugsdividende, also mit einer Einnahme von 21 Mill. RM im Jahr aus dieser Beteiligung rechnen darf, erscheint zweifelhaft, wenn man die bisherigen Ertragsverhältnisse der Dresdner Bank berücksichtigt. Die Stammaktionäre haben dann überhaupt keine Aussicht, eine Dividende zu erhalten. So einfach also die Reichsbeteiligung bei der Bank juristisch konstruiert ist, so unklar sind die Auswirkungen für die alten Aktionäre. Daß die Reichsbeteiligung von der bereits einberufenen Generalversammlung der Dresdner Bank genehmigt werden wird, unterliegt keinem Zweifel. Schon die Interventionsbestände an Dresdner Bank-Aktien werden die Zustimmung der Generalversammlung sicherstellen. Eine andere Frage ist es, wie der Einfluß des Reichs künftig gesichert werden soll. Da bei wichtigen Beschlüssen getrennte Abstimmung der Stammaktien und der Vorzugsaktien gesetzlich erforderlich ist, wird der Einfluß der Stammaktionäre nicht ganz ausgeschaltet werden können. Den Stammaktionären aber auch das Recht zur getrennten Abstimmung nehmen — etwa durch Notverordnung —, hieße sie vollkommen entrechten. Ungeklärt ist noch die Frage, ob die Reichsbeteiligung überhaupt in dem Ausmaß erfolgen muß, wie sie beabsichtigt ist. Braucht die Dresdner Bank wirklich 300 Mill. RM neue Mittel?

Auch in personeller Hinsicht steht über die weitere Entwicklung bei der Dresdner Bank noch nichts fest. Daß das Reich seine Vertrauensleute in die Verwaltung delegieren wird, ist bei dem großen Umfang der Reichsbeteiligung selbstverständlich. Welche Teile der alten Verwaltung man daneben weiter amtieren lassen wird, ist offenbar noch nicht entschieden. Die Gerüchte über den Zusammenschluß mit einem anderen Institut — man nennt die Commerz- und Privatbank — treffen mindestens für den jetzigen Zeitpunkt nicht zu. Möglicherweise wird das Reich versuchen, die jetzt erworbenen Vorzugsaktien der Dresdner Bank später abzustoßen, wenn das auch bei der Größe des Objekts nicht ohne Schwierigkeiten vor sich gehen kann.

Fusion Adca - Sächsische Staatsbank

Die eigenartigste Transaktion, zu der es in dieser Notzeit in der Bankwelt gekommen ist, stellt zweifellos die Fusion der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt mit der Sächsischen Staatsbank dar. Gerüchte über die Absicht der Adca, ihre Selbständigkeit aufzugeben und sich mit einem anderen Institut zusammenzuschließen, sind schon seit längerer Zeit in Umlauf. Das ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die Rentabilität der Adca immer schlechter wurde. Sie hat von allen deutschen Großbanken am schärfsten die Dividende ermäßigt, und sie hat auch als einzige Großbank den Kurs ihrer Aktien erheblich unter den Pari-Stand sinken lassen. Die Adca litt besonders unter der Ungunst der Verhältnisse in ihrem engeren Arbeitsgebiet, dem Freistaat Sachsen und den angrenzenden Bezirken. Eine akute Gefahr scheint indes für die Adca nicht bestanden zu haben. Sie arbeitete nur in geringem Maße mit Auslandsgeld und hatte keinen starken Kreditorenschwund zu verzeichnen. Daß ein Zusammengehen der Adca mit der Sächsischen Staatsbank beabsichtigt sei, wurde schon vor etwa einem Jahr bekannt, damals aber strikt dementiert. Dieses Dementi hat man noch vor einiger Zeit wiederholt. Die Sächsische Staatsbank ist ein öffentlich-rechtliches Institut, das in der jetzigen Form erst kurze Zeit besteht. Die Fusion wurde von den beiden Instituten wie folgt angekündigt:

...Die Durchführung des Zusammenschlusses ist in der Weise geplant, daß unter der Firma „Allgemeine Deutsche Creditanstalt-Sächsische Staatsbank“ eine Kommanditgesellschaft a. A. gegründet wird, neben der die Sächsische Staatsbank für rein staatliche Zwecke bestehen bleiben wird. Als erster Schritt auf diesem Wege haben die Sächsische Staatsbank und die Allgemeine Deutsche Creditanstalt eine *offene Handelsgesellschaft* gebildet, in welche das gesamte Geschäft beider Institute eingebracht wird. Demgemäß haften beide Banken für ihre Verbindlichkeiten *gemeinschaftlich und unbeschränkt*. Da gemäß Staatsbankgesetzes für die Sächsische Staatsbank der Staat für die Verbindlichkeiten der Staatsbank volle Gewähr leistet, bedeutet dies die *Garantie des Freistaates Sachsen* für sämtliche Verbindlichkeit beider Institute ...

*

An anderer Stelle dieses Heftes berichten wir über die Beteiligung des Reichs und des Bremer Staats an der Umgründung der Schröder-Bank. Auch diese Beteiligung der öffentlichen Hand an einem wichtigen Bankinstitut ist von Bedeutung für die künftige Gestaltung des deutschen Kreditbankwesens. Danatbank, Dresdner Bank, Adca, Schröder, bei allen Unterschieden, die der einzelne Fall aufweist — hier wird deutlich, daß sich im deutschen Bankwesen etwas Neues vorbereitet, daß die öffentliche Hand eine Position eingenommen hat, die sie selbst wenn sie wollte, nicht sobald wieder räumen kann.

Englands Ausfuhr während der Depression

Von Dr. Franz Rupp

Die Wirtschaft Großbritanniens ist weit enger als die aller anderen Industrieländer mit der Ausfuhr verknüpft. Deshalb hat der erhebliche Exportrückgang, den England nach dem Weltkrieg zu verzeichnen hat, besonders stark auf die gesamte Wirtschaftslage zurückgewirkt. Diese Exportminderung ergab sich hauptsächlich aus dem großen Anteil der Textilwaren an der Gesamtausfuhr und aus der hohen Bedeutung jener überseeischen Länder für den englischen Export, die von der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise besonders stark betroffen wurden.

I.

In weit größerem Maße als alle anderen Industrieländer ist die Wirtschaft *Großbritanniens* auf die Ausfuhr angewiesen. Das Einkommen aus der unmittelbaren und mittelbaren Betätigung für das Auslandsgeschäft wird auf etwa ein Fünftel des gesamten Volkseinkommens geschätzt. Je Kopf der Bevölkerung wurde im Jahre 1928 für 525 RM ausgeführt (gegenüber 195 RM in Deutschland). Infolge dieser großen Ausfuhrabhängigkeit hat der *gewaltige Exportrückgang*, den die Weltwirtschaftskrise zur Folge hatte, außerordentlich ungünstige Wirkungen auf den Geschäftsgang der englischen Industrie gehabt.

Seit dem Ende des Jahres 1928 hatte sich in *Großbritannien* die gesamte Wirtschaftstätigkeit in einem Maße belebt, wie es in den Jahren nach 1920 nicht mehr zu verzeichnen gewesen war. Die Aufwärtsbewegung wurde von einer regen Investitionstätigkeit in den neuen Industriezweigen getragen. Unterstützend kam hinzu, daß sich die Ausfuhr verhältnismäßig günstig entwickelte. In den meisten wichtigen Waren zeigten sich 1928 und in den ersten Monaten 1929 beachtliche Erhöhungen der Ausfuhrwerte. Eine Sonderentwicklung wies allerdings die Textilwarenausfuhr auf, die ständig geringer wurde.

Diese Wirtschaftsbelebung fand im Herbst 1929 plötzlich ein Ende. Nur zum kleinen Teil lagen die Ursachen dafür in der Situation des englischen Binnenmarkts. Entscheidend waren vielmehr die *weltwirtschaftlichen Vorgänge*, insbesondere die Schrumpfung des internationalen Warenaustausches. Schon im Sommer 1929 zeigte sich in der Entwicklung der Ausfuhr ein Umbruch. Nach anfangs zögernden Rückgängen setzte Ende 1929 ein Sturz der Ausfuhr ein. Die Schrumpfung der Ausfuhr erreichte ein solches Ausmaß, daß schließlich nicht einmal die monatsdurchschnittliche Ausfuhr von 1915 erreicht wurde, obwohl die Preise im Jahre 1915 erheblich niedriger lagen und die Ausfuhr heute dadurch überhöht erscheint, daß inzwischen das Gebiet des Irischen Freistaats aus dem Zollgebiet *Großbritanniens* ausgeschieden ist. Im zweiten Vierteljahr 1931 war die Ausfuhr um fast die Hälfte niedriger als im zweiten Vierteljahr 1929. Ein Rückgang von solchem Ausmaß ist in kaum einem anderen Land, das — wie *Großbritannien* — hauptsächlich Industriewaren ausführt, zu verzeichnen.

Ein Vergleich der Ausfuhrzahlen der einzelnen Waren mit der Beschäftigung in den entsprechenden Industrien läßt erkennen, daß der Rückgang in der Beschäftigung in vielen Fällen eine unmittelbare Folge der Verschlechterung in den Absatzverhältnissen zum Ausland ist. Im allgemeinen haben die Industrien, deren Ausfuhr besonders stark zusammenschrankte, einen besonders scharfen Beschäftigungsrückgang zu verzeichnen. Solche Industriezweige hingegen, die ihre Ausfuhr noch längere Zeit hindurch auf einem günstigem Stand halten konnten, wurden erst später in die allgemeine Abwärtsbewegung hineingezogen.

Besonders deutlich tritt der Einfluß der Ausfuhrentwicklung auf den Beschäftigungsgrad in einigen alten Ausfuhrindustrien zutage. Die Ausfuhr von *Textilwaren* aller Art betrug z. B. im zweiten Vierteljahr 1931 nur noch 24,8 Mill. £ gegenüber 56,4 Mill. £ im zweiten Vierteljahr 1929; das ist ein Rückgang um 56 %. Die Ausfuhr von Baumwollstückwaren — dem weitaus wichtigsten Einzelposten dieser Warengruppe — hat sich sogar um etwa zwei Drittel verringert. Dementsprechend wuchs die Zahl der Arbeitslosen in der Textilindustrie von Ende Juni 1929 bis Ende Juni 1931 von 165 000 auf 456 000; jeder dritte *Textilarbeiter* ist gegenwärtig in England ohne Arbeit. Ebenso deutlich ist der Zusammenhang zwischen Ausfuhr und Beschäftigung im *Kohlenbergbau*, wo die rasche Zunahme der Arbeitslosigkeit — entsprechend der Ausfuhrentwicklung — erst im zweiten Vierteljahr 1930 begann. Im *Eisenbahnwaggonbau* und im *Schiffbau*, deren Ausfuhr sich bis 1930 sehr gut hielt, setzte die Zunahme der Arbeitslosigkeit noch später ein. Auch für die meisten anderen Industriezweige, soweit sie überhaupt auf Ausfuhr angewiesen sind, läßt sich ein zeitliches Zusammentreffen der Rückgänge in Ausfuhr und Beschäftigung feststellen.

Im Gegensatz zu den Ausfuhrindustrien hat sich der Geschäftsgang in den „sheltered industries“, d. h. in jenen Wirtschaftszweigen, die überwiegend auf den *Binnenmarkt* angewiesen sind und ausländischer Konkurrenz gar nicht oder wenig ausgesetzt sind, gut behauptet und sich später nur langsam verschlechtert. Diese Verschiedenartigkeit der Gestaltung der Absatzverhältnisse auf dem Binnenmarkt und auf den Auslandsmärkten zeigt sich deutlich bei einer Gegenüberstellung von *Ausfuhr und Einfuhr*.

In der Gesamtlinie weist die Einfuhr eine ähnliche Entwicklung auf wie die Ausfuhr. Sieht man von den Einflüssen der Saisonbewegung ab, so kann man sagen, daß der konjunkturelle Höhepunkt im Sommer 1929 erreicht war. Der Rückgang, der dann eintrat, war aber wesentlich schwächer als der Ausfuhrückgang: Die Einfuhr war im zweiten Vierteljahr 1931 nur um drei Zehntel niedriger als zwei Jahre zuvor. Dieses Mißverhältnis in der Entwicklung von Einfuhr und Ausfuhr erscheint noch ausgeprägter, wenn man berücksichtigt, daß die *Einfuhrpreise* erheblich tiefer gefallen sind als die *Ausfuhrpreise*. Nach den Berechnungen des Board of Trade lagen die *Spezial-einfuhrpreise* im zweiten Vierteljahr 1931 durchschnittlich um 29 % niedriger als im zweiten Vierteljahr 1929, die *Ausfuhrpreise* hingegen nur um 13 %. Danach wurde also der Rückgang der Einfuhrwerte fast ausschließlich durch die Preisentwicklung verursacht, während sich die Ausfuhr mengenmäßig um nicht viel weniger als zwei Fünftel verringert hat. Die größte Verminderung in der Einfuhr (auch mengenmäßig) weisen die Rohstoffe auf, während sich die Einfuhr von Halbfertig- und Fertigwaren bemerkenswerterweise gut gehalten hat. Die große Lebensmitteleinfuhr ist mengenmäßig sogar noch gestiegen.

II.

Daß die Ausfuhrverminderung in Großbritannien einen solchen Umfang annahm, während in anderen Ländern — besonders in Deutschland — noch verhältnismäßig günstige Ausfuhrergebnisse erzielt werden konnten, ist in der Hauptsache auf zwei strukturelle Eigenarten der englischen Ausfuhr zurückzuführen: auf das große *Gewicht der Textilwarenausfuhr*, die in allen Ländern besonders starke Rückgänge aufweist, und auf die hohe Bedeutung der von der Weltwirtschaftskrise in außerordentlichem Maße betroffenen *überseeischen Länder als Absatzgebiete*.

Die Ausfuhr von *Textilwaren* bildet den weitaus wichtigsten Posten in der englischen Ausfuhr. Über ein Drittel der Gesamtausfuhr entfiel in den letzten Jahren auf diese Gruppe, allein etwa ein Fünftel auf Baumwollgarne und -waren. Schon vor dem Krieg nahm die Bedeutung der Textilien für die Ausfuhr ständig ab. In den ersten Nachkriegsjahren wurde diese strukturelle Bewegung vorübergehend unterbrochen, setzte aber später in verstärktem Maße wieder ein. Hierin kommen Veränderungen in dem industriellen Produktionsapparat der Welt zum Ausdruck: der Ausbau der Baumwollindustrie in wichtigen Absatzgebieten (Britisch Indien, China u. a.) und der zunehmende Exportdrang anderer Länder (vor allem Japans). Diese Konkurrenz von zwei Seiten her wirkte sich in dem Augenblick besonders scharf aus, als sich die Wirtschaftslage in den Rohstoffländern, den wichtigsten Absatzgebieten für die englische Textilindustrie, so sehr verschlechterte, daß sie die Einfuhr von Gütern des elastischen Konsumbedarfs in ungewöhnlichem Maße einschränkten. Ferner kommt hinzu, daß sich in Britisch Indien, das

in den Jahren 1927 und 1928 fast drei Zehntel der Ausfuhr von Baumwollstückwaren aufnahm (für etwa 30 Mill. £ jährlich), die Bestrebungen, englische Waren zu *boykottieren*, auswirken. So erreichte die Ausfuhr von Baumwollstückwaren nach Britisch Indien im ersten Halbjahr 1931 nur ein Viertel der Höhe von 1929. Von der Differenz zwischen der Gesamtausfuhr in den Jahren 1930 und 1929 (159 Mill. £) entfiel fast die Hälfte auf Textilwaren (78 Mill. £).

Ebenso wichtig wie die Tatsache, daß die vom Rückgang im Welthandel besonders in Mitleidenschaft gezogenen Textilwaren in der Ausfuhr Großbritanniens eine überragende Bedeutung haben, ist die Tatsache, daß die *Verteilung der Ausfuhr Großbritanniens* auf die einzelnen *Absatzgebiete* erheblich anders ist als bei sämtlichen anderen europäischen Industrieländern. Den englischen Waren steht ein weiter Markt offen; die überseeischen Gebiete, vor allem die britischen Besitzungen, nehmen einen sehr großen Teil der Ausfuhr Großbritanniens auf. Im Durchschnitt der letzten Jahre ging nur etwa ein Drittel der Ausfuhr in europäische Länder (gegenüber fast drei Viertel der deutschen Ausfuhr). Diese Weltweite des Marktes hat es Großbritannien in früheren Depressionsperioden ermöglicht, den Ausfall auf den von Wirtschaftsrückgängen betroffenen und in ihrer Kaufkraft geschwächten Märkten der Industrieländer durch Aufrechterhaltung oder gar Steigerung der Ausfuhr nach einigen in die Weltwirtschaft nur lose verflochtenen überseeischen Gebieten teilweise auszugleichen. In der gegenwärtigen Situation ist jedoch diese Möglichkeit nicht gegeben; denn gerade die überseeischen Rohstoffgebiete, auf denen englische Waren den Markt beherrschen, sind Herde der Depression. Es gibt zwar auch heute einige Länder, die sich gegenüber den Einwirkungen der Weltdepression widerstandsfähig erwiesen und erst spät in die allgemeine Depression hineingezogen wurden. Auf diesen Märkten (Frankreich, Skandinavien, Irischer Freistaat) war der Absatz im ersten Vierteljahr 1931 nur um etwa 10 % niedriger als im ersten Vierteljahr 1929, während die Ausfuhr in die übrigen Länder um 47 % zurückgegangen war. Auch die Ausfuhr nach einigen anderen Gebieten, vor allem nach Rußland, hat sich günstig entwickelt. Infolge der verhältnismäßig geringen Bedeutung dieser Märkte für die englische Gesamtausfuhr reichte dies jedoch nicht aus, um die gewaltigen Verluste, die auf anderen Märkten eingetreten waren, in nennenswertem Umfang zu mildern. Insgesamt war die Ausfuhr im ersten Vierteljahr 1931 um 45 % niedriger als zwei Jahre zuvor.

III.

Die Ausfuhr Großbritanniens ist also gegenüber den Änderungen der Wirtschaftslage in seinen Absatzgebieten außerordentlich empfindlich. In der gegenwärtigen Krise hat sich in fast allen Ländern die Einfuhr als außerordentlich konjunkturrempfindlich gezeigt. Konjunkturverschlechterungen in den Abnehmerländern hatten infolgedessen Ausfuhrück-

Absatzgebiete für die englische Ausfuhr

| (Mill. £) | Vierteljahrs- durchschnitte | | | | 1. Vierteljahr | | | Verän- derung seit 1. Vjhr. 1929 % |
|---|--------------------------------|-------|-------|-------|----------------|-------|-------|---|
| | 1927 | 1928 | 1929 | 1930 | 1929 | 1930 | 1931 | |
| | | | | | | | | |
| Gesamt | 177,3 | 180,9 | 182,4 | 142,6 | 181,2 | 164,1 | 103,3 | - 43,0 |
| Europa, gesamt..... | 59,5 | 59,9 | 62,9 | 55,7 | 121,6 | 59,2 | 60,8 | - 28,8 |
| Rußland | 1,1 | 0,7 | 0,9 | 1,7 | 0,7 | 1,1 | 1,4 | + 96,9 |
| Norwegen | 1,9 | 2,0 | 2,5 | 3,2 | 1,8 | 2,0 | 2,3 | + 28,5 |
| Dänemark | 2,6 | 2,6 | 2,8 | 2,7 | 2,4 | 2,8 | 2,5 | - 4,2 |
| Irischer Freistaat.. | 9,0 | 8,8 | 9,0 | 8,6 | 8,0 | 8,6 | 7,1 | - 11,5 |
| Schweden | 2,4 | 2,4 | 2,6 | 2,5 | 2,1 | 2,7 | 1,7 | - 17,2 |
| Frankreich | 5,9 | 6,3 | 7,9 | 7,4 | 7,6 | 8,5 | 6,2 | - 18,8 |
| Balkan | 2,4 | 2,5 | 2,4 | 1,8 | 2,6 | 2,3 | 1,7 | - 36,1 |
| Niederlande | 5,3 | 5,5 | 5,5 | 4,7 | 5,2 | 5,1 | 3,5 | - 36,2 |
| Schweiz | 1,9 | 2,0 | 1,6 | 1,3 | 1,7 | 1,6 | 1,1 | - 37,9 |
| Osterreich, Ungarn, Tschechoslowakei | 1,5 | 1,5 | 1,4 | 1,1 | 1,5 | 1,4 | 0,9 | - 42,1 |
| Italien | 3,4 | 3,6 | 4,0 | 3,5 | 4,2 | 4,1 | 2,4 | - 42,8 |
| Belgien | 4,1 | 4,5 | 4,9 | 3,8 | 5,0 | 4,8 | 2,7 | - 45,0 |
| Polen und Rand- staaten | 2,7 | 2,8 | 2,6 | 2,0 | 2,1 | 1,5 | 1,1 | - 47,5 |
| Deutschland | 10,5 | 10,2 | 9,5 | 6,7 | 9,2 | 7,4 | 4,7 | - 49,5 |
| Spanien | 2,6 | 2,5 | 3,0 | 2,5 | 3,1 | 2,8 | 1,5 | - 50,2 |
| Außereuropa | 117,8 | 121,0 | 119,5 | 86,9 | 59,6 | 104,9 | 42,5 | - 49,9 |
| Südafrik. Union .. | 7,6 | 7,9 | 8,1 | 6,6 | 8,1 | 7,4 | 5,8 | - 28,5 |
| Argentinien | 6,7 | 7,8 | 7,3 | 6,3 | 7,4 | 6,9 | 5,0 | - 35,1 |
| China | 3,7 | 5,3 | 5,0 | 3,2 | 5,8 | 4,0 | 3,8 | - 34,5 |
| Neuseeland | 4,9 | 4,8 | 5,3 | 4,5 | 5,2 | 5,2 | 3,2 | - 38,9 |
| Ägypten | 3,1 | 2,8 | 3,1 | 2,5 | 3,5 | 3,1 | 1,8 | - 48,7 |
| Britisch Malaya .. | 5,2 | 5,3 | 5,4 | 5,6 | 5,4 | 4,4 | 2,5 | - 52,9 |
| Britisch Indien .. | 21,3 | 21,0 | 19,6 | 13,2 | 22,0 | 19,2 | 9,3 | - 55,7 |
| Kanada | 7,3 | 8,6 | 8,8 | 7,2 | 9,3 | 6,2 | 4,0 | - 56,5 |
| Japan | 3,8 | 3,7 | 3,4 | 2,6 | 3,2 | 2,7 | 1,5 | - 58,5 |
| Vereinigte Staaten | 11,4 | 11,7 | 11,4 | 7,2 | 10,8 | 9,1 | 4,5 | - 58,9 |
| Niederl. Indien.... | 2,2 | 2,4 | 2,4 | 1,6 | 2,4 | 2,0 | 1,0 | - 61,1 |
| Austral. Bund | 15,3 | 15,9 | 13,6 | 7,9 | 12,5 | 11,4 | 3,9 | - 68,4 |
| Brasilien | 3,6 | 4,0 | 3,5 | 2,0 | 4,0 | 2,5 | 1,2 | - 69,2 |

gänge in den Lieferländern zur Folge. Für die Beobachtung der Weltkonjunktur ist diese Tatsache von großer Wichtigkeit, da sich infolge der weiten Transporte eine Zurückhaltung der überseeischen Käufer in der Ausfuhr der Lieferländer vielfach *um einige Monate früher* zeigt als in der Einfuhr des Abnehmers. Außerdem ist die regional aufgeteilte Ausfuhrstatistik der Industrieländer häufig *vollständiger* als die Statistik der überseeischen Gebiete. Die Ausfuhrstatistik der Industrieländer, deren Waren in allen Teilen der Welt gekauft werden, gestatten deshalb gute Rückschlüsse auf die *Weltkonjunktur*. So läßt sich z. B. in der deutschen und schweizerischen Ausfuhr nach den verschiedenen Ländern deutlich die Wirkung der Wirtschaftslage erkennen. Wegen der Breite des Marktes für englische Waren spiegelt sich die Weltkonjunktur in der Entwicklung des Außenhandels *Großbritanniens* besonders deutlich wider. Im allgemeinen läßt sich an Hand der Ausfuhrstatistik *Großbritanniens* der Intensitätsgrad der Depression in den verschiedenen Ländern und häufig auch der Zeitpunkt, in dem die Abschwächung der wirtschaftlichen Tätigkeit eintrat, feststellen. Selbstverständlich ist die Statistik nicht schematisch aus-

wertbar; im Einzelfall ist stets zu prüfen, ob nicht Sonderursachen (Zolländerungen, politische Vorgänge usw.) vorliegen.

Nach der englischen Ausfuhrstatistik ergibt sich in groben Zügen folgendes Bild der Weltkonjunktur. Die Wirtschaftslage hat sich besonders stark in einigen *Rohstoffgebieten* verschlechtert; diese haben den Bezug englischer Waren teilweise bis auf weniger als ein Drittel reduziert (bei einem Vergleich des ersten Vierteljahrs 1931 mit dem ersten Vierteljahr 1929). Vor allem sind Länder, die nur *ein* Produkt oder nur ganz wenige Produkte liefern (Brasilien, Australien, Niederländisch Indien, Britisch Malaya, Ägypten), schwer betroffen worden. Auch Kanada wurde besonders stark in Mitleidenschaft gezogen. Im Handelsverkehr mit Britisch Indien spielen noch zollpolitische Maßnahmen und Boykott eine große Rolle. Dagegen haben die Agrarländer, die größere Mengen an Nahrungsmitteln *tierischer* Herkunft auf den Weltmarkt bringen, weniger gelitten (Neuseeland, Argentinien, Irischer Freistaat, Dänemark). Unter den großen *Industrieländern* sind die Vereinigten Staaten und Deutschland Zentren der Depression. Auch Japan hat seine Einfuhr aus Großbritannien gewaltig eingeschränkt. Andererseits heben sich Schweden und Frankreich als Länder mit nur geringen Konjunkturrückgängen hervor. Die Zunahme der Ausfuhr nach Norwegen ist in der Hauptsache auf große Schiffslieferungen zurückzuführen. Die Sowjetunion hat wie in anderen Industrieländern so auch in Großbritannien große Mengen von Industriewaren gekauft.

Das zeitliche Zusammentreffen zwischen dem Einsetzen der wirtschaftlichen Verschlechterung und dem Rückgang der Ausfuhr¹⁾ Englands in die einzelnen Länder tritt besonders deutlich im Handelsverkehr mit den europäischen Ländern hervor. Entsprechend der konjunkturellen Entwicklung geht die Ausfuhr nach Deutschland, Ost- und Südosteuropa (ohne Rußland) schon frühzeitig im Jahre 1928 zurück; die Ausfuhr nach Westeuropa (ohne Frankreich) und Südeuropa steigt hingegen bis Ende 1929 dauernd an, während die Ausfuhr nach Frankreich, Schweden und dem Irischen Freistaat erst im zweiten Vierteljahr 1930 etwas zurückgeht und die Ausfuhr nach Dänemark sogar noch im zweiten Vierteljahr steigt. Im Verkehr mit außereuropäischen Ländern wird die kon-

¹⁾ Der Betrachtung wurden, um Saisonschwankungen auszuschalten, bewegliche Durchschnitte aus vier Vierteljahren zugrundegelegt. Der Durchschnitt wurde jeweils dem letzten Quartal zugeordnet.

Das Inhaltsverzeichnis für die erste Hälfte des Jahrgangs 1931 liegt dieser Nummer bei

junkturelle Bewegung teilweise durch strukturelle Veränderungen überdeckt, die offenbar mit den Veränderungen der Konkurrenzverhältnisse auf dem Weltmarkt in Zusammenhang stehen. Beispielsweise geht die Ausfuhr nach British Indien schon seit dem zweiten Vierteljahr 1928 und die Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten von Amerika seit dem vierten Quartal 1928 zurück. Die Ausfuhr nach Japan und Australien zeigt eine fast ununterbrochene Abnahme seit 1928. Im allgemeinen hat die Verschlechterung der Wirtschaftslage einen sofortigen Rückgang der Ausfuhr Großbritanniens zur Folge: frühzeitiges Einsetzen des Ausfuhrückganges nach Brasilien, Argentinien, anderen südamerikanischen Ländern, Kanada und China, ein späteres Einsetzen im Verkehr mit Neuseeland.

*

Die Depression in Großbritannien stellt sich als eine Folge des besonderen Charakters der heutigen Weltdepression dar. Die Einwirkungen der Weltwirtschaftskrise beschränken sich nicht darauf, daß der Absatz englischer Industriewaren auf den Auslandsmärkten zusammenschrumpft. Es macht sich auch deutlich bemerkbar, daß infolge der Rohstoffpreissenkung die Rentabilität der überseeischen Rohstoffproduktion zurückgeht und dadurch das Einkommen Großbritanniens aus den auswärtigen Kapitalanlagen vermindert wird. Auch die Einnahmen aus Schifffahrt und allen anderen mit dem internationalen Verkehr zusammenhängenden Betätigungen verringern sich beträchtlich. Die hiervon ausgehenden Rückwirkungen ergreifen nun verhältnismäßig langsam, aber immer stärker die Gesamtheit der englischen Volkswirtschaft.

Die „Kartoffelgefahr“

Von Herman Kranold-Steinhaus, Landrat des Kreises Sprottau N.S.

In der vorigen Nummer des MdW hat der Verfasser über den Versuch seines Landkreises berichtet, Steuern in Naturalform zu erheben und die Unterstützungen an Wohlfahrtsbedürftige durch Naturalien zu leisten. Auf Kartoffeln konnte dies System aus Gründen, die der Verfasser in dem folgenden Aufsatz darlegt, nicht ausgedehnt werden. Da die Nachfrage nach Kartoffeln langsamer steigt als die Kartoffel-Produktion, besteht gegenwärtig in Deutschland eine große „Kartoffelgefahr“. Wahrscheinlich wird die Erzeugung von Kartoffeln vom Osten weg in die Umgebung der Städte und nach West- und Süddeutschland verlegt werden. Über die agrarpolitische Bedeutung dieser Entwicklung wird sich der Verfasser in einem weiteren Aufsatz äußern.

Es klingt etwas merkwürdig, von der „Kartoffelgefahr“ zu sprechen. Gefahren aus der Natur für den Kartoffelbau bestehen zwar auch in Deutschland, haben aber selbst in Anbetracht des bemerkenswerten Vordringens des Kartoffelkrebses in den letzten Jahren wohl keinen bedrohlichen Charakter. Und die Kartoffelproduktion „gedeiht“ immer mehr. Die Ernten werden größer, die einzelne Kartoffel immer dicker und immer reicher an Stärkegehalt. Um zu begründen, daß man trotzdem von einer Gefahr für den deutschen Kartoffelbau sprechen kann, will ich eine Beobachtung des letzten Herbstes beschreiben und daran einige Betrachtungen anknüpfen.

In meinem Aufsatz *Sachlieferungen als Steuerleistung* (Nr. 50 des MdW, S. 1174 ff.) wollte ich in Abschnitt 5 an Stelle des letzten, sehr zusammenfassenden Satzes ursprünglich eingehend darlegen, weshalb in unserem Kreise bei dem Versuch der Naturalbelieferung der Hilfsbedürftigen die Lieferung von Holz und Kartoffeln von vornherein praktisch ausschied. Die Ausführungen wurden zur Kürzung des ohnehin sehr langen Aufsatzes durch jenen zusammenfassenden Satz ersetzt. Hinsichtlich des Holzes stellten diese Verhältnisse weder gegenüber früheren Zeiten noch gegenüber anderen waldreichen Gegenden Deutschlands eine Besonderheit dar. Anders steht es aber mit der Kartoffelversorgung. Der Vorgang ist für manche neueren Tendenzen der land-

wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland so charakteristisch und zugleich für die Frage, ob die Landwirtschaft ausreichende Preise für ihre Erzeugnisse erzielt, so lehrreich, daß der Tatbestand näher dargelegt werden mag.

Die Kartoffelernte des Herbstes 1950 war der Menge nach ungeheuer groß, der Qualität nach sehr schlecht. Die Kartoffeln waren wenig haltbar, und beim Herbsthochwasser war in viele Mieten Überschwemmungs- oder Regenwasser eingedrungen und hatte die Haltbarkeit weiter verschlechtert. Kartoffeln zu lagern, war deshalb mit einem erheblichen Risiko verbunden. So kam es in Kartoffeln zu einer verhältnismäßig großen *Vorversorgung* durch die Hilfsbedürftigen selbst und durch die Empfänger von Leistungen der Arbeitslosenversicherung. Die Preise für Speise- und Industriekartoffeln waren nach der Ernte außerordentlich niedrig; andererseits mußten die Produzenten der schlechten Haltbarkeit wegen darauf sehen, einen möglichst großen Teil ihrer Vorräte so schnell wie möglich abzustoßen, um auf diese Weise das übergroße Lagerrisiko loszuwerden. Daher hatte sich im Kreise Sprottau folgende Sitte herausgebildet (zu der Ansätze schon in früheren Jahren vorhanden gewesen waren): Die Landwirte erlaubten jedem, der es wollte — also nicht bloß Erwerbslosen und Hilfsbedürftigen — sich auf ihren Äckern unter Aufsicht durch den Eigentümer so viel

Kartoffeln herauszumachen, wie er haben wollte. Die Kartoffeln wurden dann gewogen und gingen für eine Zahlung, die im allgemeinen 50 Rpf je 50 kg betrug, in das Eigentum dessen über, der sie herausgemacht hatte. Dieser lud sie auf einen Handwagen und fuhr sie nach Hause. Während der Kartoffelernte waren abends, wenn es dunkel wurde, ganze Kolonnen von Leuten auf den Landstraßen zu sehen, die auf diese Weise mit Handwagen den Ertrag der Rodungsarbeit des Tages nach Hause fuhren.

Die landwirtschaftlichen *Produzenten* sind bei dieser Methode verhältnismäßig gut gefahren. Sie wurden das Risiko los, sie hatten keinen Aufwand für die Ernte, und sie holten einen Bruttopreis heraus, der im Verhältnis zu den sonst erzielten Preisen günstig war. Für Industriekartoffeln gab es damals etwa 70 bis 80 Rpf je 50 kg, in vielen Fällen nur 60 Rpf ab Hof. Für den Unterschied hatte der Landwirt aber die Erntelöhne zu zahlen und das Sortieren und die Anfuhr zum Bahnhof sowie die Fracht bis zur Brennerei, Stärke- oder Flockenfabrik; oder wenn er nicht gleich liefern konnte oder wollte, so mußte er den Lohnaufwand für das Einmieten tragen und (das hat sich später bewahrheitet) mit einem Schwund von 40 bis 50 % bis zum Frühjahr rechnen; d. h. von je 50 kg im Herbst geernteter Kartoffeln konnte er im Frühjahr nur noch 25 kg verwerten. Bei der neuen Sitte aber blieben ihm 50 Rpf für seine eigenen Bestellungs- und Düngungskosten und für den Anteil der Kartoffelernte an seinen Generalunkosten; das Saatgut und die für den eigenen Haushalt, die eigene Viehfütterung und die Deputate erforderlichen Mengen gewann er dadurch, daß er mit den wenigen dauernd beschäftigten Kräften seines Betriebes einen entsprechenden Teil seiner Kartoffelernte selbst ausmachte, verlas und einmietete.

Von jenen Landwirten, die mehr ernteten, als der eigene Betrieb aufnahm, sind wahrscheinlich diejenigen, die so verfahren, hier im Kreise (von einigen wenigen Betrieben mit großer Differentialernte abgesehen) die einzigen gewesen, die im Jahre 1930 an ihrer Kartoffelernte bar etwas verdient oder doch wenigstens nichts zugesetzt haben. Die Folge war aber, daß alle diejenigen Hilfsbedürftigen, die überhaupt Raum genug hatten, um Kartoffeln einzulagern, und die zu der leichten Arbeit der Kartoffelernte imstande waren, mit Kartoffeln für die nächsten Monate vollkommen eingedeckt waren, so daß eine Zwangslieferung an sie nicht in Frage kam. Ausnahmen machten nur diejenigen Hilfsbedürftigen, die beschränkte Lagermöglichkeiten hatten oder selbst zu der angegebenen Arbeit nicht fähig waren.

Diese Entwicklung, deren weitere Ausbreitung für die Zukunft mit einiger Sicherheit erwartet werden darf, ist geeignet, unter Umständen dem Problem des Absatzes der Kartoffelernte im deutschen Osten jene akute Zuspitzung zu geben, auf deren Eintreten man meines Erachtens jederzeit gefaßt sein muß und auf die fast alle agrarischen Hilfsrezepte für die ostdeutsche Landwirtschaft nicht passen.

Zunächst ein Wort über die *quantitativen* Verhältnisse. Die Kartoffelernte in Deutschland betrug auf dem jetzigen Reichsgebiet ohne Saargebiet in den Jahren 1926 bis 1930: 30, 38, 41, 40 und 47 Mill. t, im Durchschnitt aller fünf Jahre also 39 Mill. t. Durch den Friedensvertrag von Versailles hat Deutschland große Gebiete, namentlich im Osten, verloren, die in besonders starkem Maß Kartoffeln produzierten. So betrug z. B. die Kartoffelernte des Jahres 1914 in Elsaß-Lothringen 0,9, in Posen 4,7 und in Westpreußen 3,1 Mill. t, und die Deutschland verbliebenen Teile von Posen und Westpreußen dürften sich mit den anderen abgetretenen Gebieten in etwa kompensieren. Die jährliche Kartoffelernte im alten Gebiet betrug aber für die letzten fünf Jahre vor dem Kriege (1910 bis 1914): 44, 34, 50, 54 und 46 Mill. t, im Fünfjahresdurchschnitt also 45,6 Mill. t. Nun wird der Jahresdurchschnitt der Nachkriegszeit durch die Wirkungen der Inflation (einerseits auf die Produktionsmethoden, andererseits auf die statistischen Manieren der Landwirtschaft) stark gedrückt; er ist zweifellos zu niedrig; dies gilt besonders für das Jahr 1926 mit seiner ganz abnorm niedrigen Zahl. Trotzdem liegt er nicht um den vollen Anteil der abgetretenen Gebiete unter dem Fünfjahresdurchschnitt der letzten Vorkriegszeit, sondern höher. Das bestätigt bei richtiger Betrachtung auch das Zahlenmaterial der Berechnung der Durchschnitte für das neue Reichsgebiet in „Wirtschaft und Statistik“ (1931, Heft 3, Seite 90) in Verbindung mit den Angaben der Jahrgänge 1915 und 1930 des „Statistischen Jahrbuchs für das Deutsche Reich“. Nach „Wirtschaft und Statistik“ ergaben sich im Jahresdurchschnitt folgende Erntemengen von Kartoffeln: 1911/1915: 38,0 Mill. t, 1924/1929: 37,8 Mill. t. Hiernach würde mein obiges Urteil falsch sein. Aber diese beiden Zahlen sind nicht nach strengen Grundsätzen vergleichbar; so berücksichtigen sie z. B. das Ergebnis von 1930 nicht, ebenso wie sie die den Durchschnitt für die Vorkriegszeit drückenden Jahre 1909, 1910 und 1914 nicht berücksichtigen.

Nun verhielten sich die Ertragsergebnisse der Jahre 1911 bis 1915 im alten und im neuen Gebiet wie $138,7 : 38 = 46,2 : 38$; d. h. das alte Gebiet brachte in

3

den drei Jahren 122 % der Ernte des neuen Gebiets. Bei Zugrundelegung dieses Prozentsatzes müßte bei gleichgebliebener Ertragshöhe des alten Gebiets im Durchschnitt der sechs Jahre (da im neuen Gebiet dieser Sechsjahresdurchschnitt 1925 bis 1930: 237,8

6

= 39,6 Mill. t betrug) $39,6 \cdot 122 = 48,2$ Mill. t betragen

100

haben; er betrug aber tatsächlich nur 45,6 Mill. t. Berücksichtigt man noch, daß gerade die wichtigsten verlorengegangenen Kartoffel-Erzeugungsgebiete über dem Reichsdurchschnitt lagen und daß die Zahlen für 1925 und 1926 offenbar zu niedrig sind, so ergibt sich, daß schon jetzt eine erhebliche und nachhaltige Steigerung der Kartoffelernte in Deutschland vorliegt.

Immer stärker werden die intensivierenden Faktoren in dieser Richtung wirken. Tatsächlich zeigen das auch die Zahlen für die durchschnittlichen Kartoffelernten je Flächeneinheit. Sie betragen in ganz Deutschland (alter Umfang) in den Jahren 1909 bis 1914: $81,94 : 6 = 13,65$ t je ha, im neuen Gebiet 1925 bis 1930 dagegen $84,56 : 6 = 14,09$ t je ha, also trotz des Verlustes der produktivsten Flächen und trotz der mangelhaften Zahlen für 1925 und 1926 *mehr*. Soweit man derartige Ergebnisse überhaupt extrapolieren darf, spricht alle Wahrscheinlichkeit dafür, daß diese Steigerung anhalten wird. Das Problem der Kartoffelverwertung ist ein vorwiegend ostdeutsches Problem. Im Jahre 1929 (für 1930 liegen mir die nach Gebieten aufgeteilten Ergebnisse noch nicht vor) entfielen auf Ostpreußen, die Grenzprovinz, beide Schlesien, Pommern und Brandenburg (ohne Berlin) von der Einwohnerzahl Deutschlands etwa 18,5 %, von der Fläche 32 % und von der Kartoffelernte 38 %. Es kommen daher im ostdeutschen Gebiet in ganz besonders starkem Maß alle jene Umstände zu verderblicher Wirkung, die den Kartoffelabsatz gefährden. Dabei sind folgende Momente besonders zu berücksichtigen:

1. Der Kartoffelabsatz für Zwecke der *menschlichen Ernährung*, der jetzt nur 30—35 % der Gesamternte erfaßt¹⁾, kann als nicht wesentlich ausdehnungsfähig angesehen werden. Das Wachstum der Bevölkerung verlangsamt sich und wird in absehbarer Zeit praktisch zum Stillstand kommen. Bei verschärfter Konkurrenz wird die Fracht eine größere Rolle spielen als bisher; deshalb wird sich die Erzeugung von Speisekartoffeln für die großen Städte voraussichtlich in immer engeren Thünenschen Kreisen um die Verbrauchszentren zusammenziehen. Der am Beginn dieser Ausführungen geschilderte Vorgang wird diese Tendenz noch verstärken; denn er schaltet den Hund und den Menschen als Gratiszugkräfte für einen erheblichen Teil des Kartoffelverbrauchs ein, läßt sich aber nur im engsten Thünenschen Kreis verallgemeinert denken. In derselben Richtung wirken die zunehmenden Schrebergärten.

2. Verstärkte *Ausfuhr* dürfte angesichts der Frachtempfindlichkeit von Kartoffeln, soweit es sich nicht um Saatgut allererster Züchtung oder früheste Frühkartoffeln handelt (letztere erzeugt Deutschland nicht) keine Rolle spielen.

3. Steigende Verwendung zur *Verfütterung* ist möglich, aber nachhaltig wohl nur bei starker Verlagerung der Schweinehaltung nach Ostdeutschland, die, wenn überhaupt, nur durch handels- oder zollpolitische Drosselung der Einfuhr konzentrierter Kohlehydratfutter (Gerste, Mais usw.) wie im Jahre 1930/31 erreicht werden kann. Die politischen Widerstände gegen eine solche Entwicklung sind sehr groß, die wirtschaftlichen Bedenken immerhin nicht unerheblich. Andererseits wirkt der Kartoffelverfütterung die moderne Abkehr vom Fleisch, und namentlich vom fetten Fleisch, in der Ernährung entgegen, die weit besser als eine bloße Mode ist und sich deshalb

wahrscheinlich weiter durchsetzen wird. Per Saldo dürfte deshalb auf längere Zeit — besonders, wenn der Stärkegehalt der Kartoffeln weiter zunimmt — die Masse der durch Verfütterung unterzubringenden Kartoffeln kaum einer Steigerung, eher vielleicht sogar einer Abnahme zuneigen.

4. Der *Kartoffelpreis* beruht heute auf den Zollsätzen für vorwiegend stärkehaltige Futtermittel aller Art und auf einer ganzen Reihe machtpolitischer Eingriffe in den Markt. Von diesen Faktoren ist nicht anzunehmen, daß sie in den kommenden Jahren gegenüber den Protesten der an ihrer Senkung interessierten Kreise in Deutschland und gegenüber den Partnern von Zollunionen in der gegenwärtigen Höhe gehalten werden können; eine der wichtigsten dieser Maßnahmen machtpolitischer Natur ist die *Spirituspolitik* der deutschen Regierung. Diese Machtpolitik aber weist eine Reihe von Schwachpunkten auf:

a) Der Zwang zur Verwendung von Spiritus zu Triebstoffzwecken ist finanzpolitisch unhaltbar, sobald sich das einmal doch unabwendbar werdende Bedürfnis durchsetzt, durch eine direkte Besteuerung der Autos die Schäden, die sie an den Straßen verursachen, zu bezahlen. Dann würde auch die gegenwärtige Spiritusprämienzahlung der Benzinverbraucher wegfallen.

b) Der Hauptkonkurrent der Verwendung von Spiritus als Triebstoff ist das (synthetische, bald vielleicht auch das durch Destillation oder Kracken aus deutschem Erdöl gewonnene) Benzin. Bei diesem dürften mit steigendem Absatz die Ertragskosten je Einheit sinken, beim Spiritus nicht, sofern nicht die Kartoffeln noch billiger werden oder

c) die Kartoffel als Spiritusrohstoff durch andere Rohstoffe verdrängt wird. Hierfür kommt neben anderen Stoffen (z. B. Kalziumkarbid) vorläufig in erster Linie *Holz* in Gestalt der Ablaugen der Zellstoff-Fabrikation in Frage. Heute ist die Erzeugung von Spiritus aus Holz auf verhältnismäßig kleine Kontingente beschränkt; immerhin betrug die erzeugte Menge 1928/29 bereits ein Siebentel des aus Kartoffeln erzeugten Weingeistes und hatte in vier Jahren um über 50 % zugenommen; lange wird sich eine gewaltsame Verhinderung technischer Fortschritte kaum aufrechterhalten lassen.

Betrachtet man die Kartoffel als Triebstoffrohstoff, so kann eigentlich nur zweifelhaft sein, ob sie durch Holz oder durch andere Rohstoffe verdrängt, d. h. gleichzeitig ihr Preis so gedrückt wird, daß nur noch die allerbilligst produzierenden landwirtschaftlichen Betriebe Brennereikartoffeln erzeugen können. Daß der Absatz von Kartoffeln in Gestalt von Trinkbranntwein keine Steigerung in der Zukunft verspricht, soll nur anmerkwungsweise der Vollständigkeit halber erwähnt sein. Außerdem wird m. E. schon heute der Absatz von Spiritus als Brennstoff nur dadurch konkurrenzfähig erhalten, daß er über den Einstandspreisen von der Monopolverwaltung verkauft und der Fehlbetrag aus der Besteuerung (bzw. aus dem Mehrverkaufspreis) des Trinkbranntweins

¹⁾ Deutsche Wirtschaftskunde, Berlin 1930, S. 88.

gedeckt wird. So komme ich zu der *Folgerung*, daß der gegenwärtige, in Jahren mit guter Kartoffelernte für die meisten zum Verkauf von Kartoffeln benötigten Betriebe, trotz Erschöpfung aller erdenklichen Schutzmittel, schon ganz unzureichende Kartoffelpreis *in naher Zukunft von einem völligen Zusammenbruch bedroht wird*. Auch eine Konjunkturbesserung verspricht in dieser Hinsicht keine Hilfe zu werden. Wenn man von Spezialitäten absieht, so ist der Absatz eines Teils der Kartoffelernte zu menschlicher Ernährung heute wahrscheinlich derjenige Faktor, der den ganzen Kartoffelanbau in seinem

gegenwärtigen Umfang noch am Leben erhält. Das von mir eingangs erwähnte Beispiel zeigt aber einen neuen Faktor, der auf eine Verlagerung der Erzeugung von Speisekartoffeln vom platten Land und vom Osten weg in die nähere Umgegend der Städte und nach West- und Süddeutschland führen muß. Für heute kommt es mir nur darauf an, diesen Tatbestand dargestellt zu haben, so wie er sich mir selbst auf Grund meiner Eindrücke in Schlesien aufgedrängt hat. Von seiner (meiner Überzeugung nach weitreichenden) *agrarpolitischen* Bedeutung soll in einem anderen Aufsatz die Rede sein.

Der neuzeitliche Straßenbau

Von Dipl. Ing. Dr. Alfred Salmony

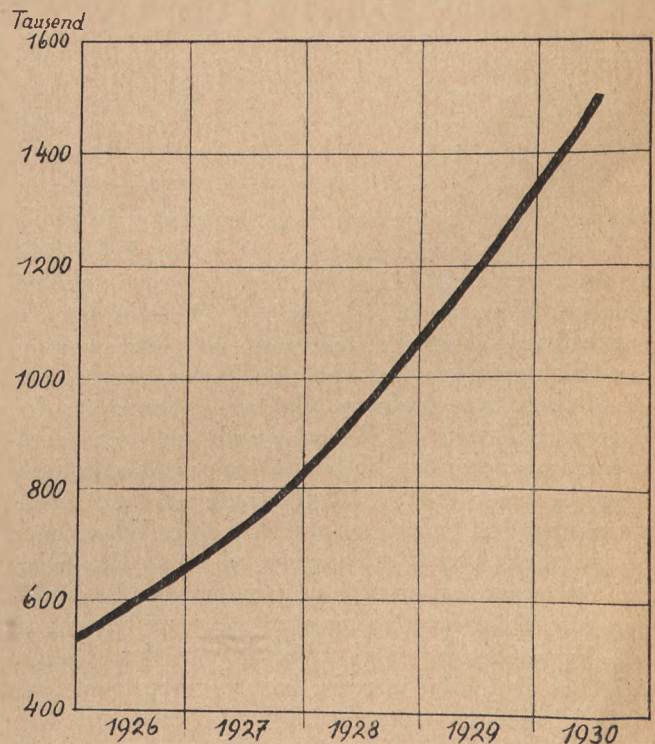
Der Verfasser vertritt die Ansicht, daß der Straßenbau in Deutschland wesentlich gesteigert werden müsse. Er betrachtet das sogenannte „Wiedererwachen der Landstraße“, das teilweise durch die geringe Anpassungsfähigkeit der Reichsbahn an die neuen Verkehrsbedürfnisse hervorgerufen sei, als ein Zeichen für die Notwendigkeit, den Automobilverkehr und den Straßenbau mehr als bisher zu pflegen. Dabei schildert er die einzelnen Straßenbaustoffe und Baumethoden sowie die Bedeutung, die der Standortlage der verschiedenen Werkstoffe zukommt.

Die moderne Entwicklung des Kraftfahrwesens hat eine ungeahnte Umwandlung des Verkehrs herbeigeführt und den Straßenbau in Deutschland, insbesondere den Landstraßenbau, vor neue und schwere Aufgaben gestellt, deren Lösung für das gesamte Wirtschaftsleben von einschneidender Bedeutung ist. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß ein den wirtschaftlichen Bedürfnissen genügendes Straßennetz die Vorbedingung für die gedeihliche Entwicklung von Landwirtschaft, Industrie und Handel in jedem Kulturstaat ist; fehlt ein solches Netz oder ist es nur in geringer Qualität vorhanden, so wird das im Verkehrswesen besser ausgerüstete Nachbarland durch billigere Produktion im Konkurrenzkampf siegen. Mit vollem Recht haben sich berufene Autoritäten, wie Thomas, Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, dahin geäußert, daß ein gutes und ausgedehntes internationales Straßennetz ein wirtschaftliches Erfordernis ist.

Es ist die Frage aufgeworfen worden, ob es wirklich eine Notwendigkeit ist, so viele Autos zu fabrizieren und den Straßenbau so zu fördern, daß er restlos allen Anforderungen des Kraftfahrzeugverkehrs gerecht wird; es hat nicht an Stimmen gefehlt, die von einer „Überspannung des Verkehrs“ und von „Verkehrspsychose“ sprachen. Die Verfechter solcher abwegigen und verkehrsfrendlichen Ansichten haben aus der Vergangenheit nichts gelernt. Wesensgleiche Ansichten, die leider vor mehr als drei Jahrzehnten ihre Auswirkung in sinnlosen Hemmungen des *Fahrrad*-Verkehrs durch behördliche Schikanen — Sperrung vieler Straßen, Nummernzwang usw. — fanden, haben großen, bis in den Weltkrieg reichenden Schaden gestiftet und sind längst dem Fluch der Lächerlichkeit verfallen. Wie damals das Fahrrad, so ist

heute das *Auto* aus einem Luxus- und Sport-Werkzeug zu einem Gebrauchsfahrzeug geworden, dessen Entwicklung mit allen Mitteln unterstützt werden muß.

Zahlenmäßig ist Deutschland in der Verwendung des Kraftfahrzeugs gegenüber anderen Kulturstaaten ins Hintertreffen geraten, und es ist charakteristisch, daß der überwiegende Teil des Zuwachses der Kraftfahrzeuge aus Klein- und Kleinst-Autos besteht.



Zunahme der Kraftfahrzeuge (einschl. Motorräder)

Weniger die allgemeine Verarmung in Deutschland als die übertrieben hohen Steuern nebst der Verteuerung der Treibstoffe tragen an dieser ungünstigen Entwicklung Schuld. Immerhin darf man schon über die Zunahme der Kraftfahrzeuge in den letzten Jahren erfreut sein und Zukunftshoffnungen gewinnen.

Man hat errechnet, daß im Jahre 1914 erst auf rund 700 Personen ein Kraftfahrzeug kam, im Jahre 1928 dagegen schon auf 69 Personen. Es liegt auf der Hand, daß diese starke Steigerung der Zahl von Motorfahrzeugen auch wesentlich erhöhte Anforderungen an die Straße entstehen läßt, und zwar erstens an den *Entwurf* der Straße, zweitens an die zum Straßenbau verwendeten *Werkstoffe und Baumethoden*. Während für den früheren Pferdefuhrwerkverkehr schmalere Straßen mit Kurven von relativ kleinem Krümmungsradius leidlich genügten, und eine stärkere Wölbung der Straßenoberfläche zum rascheren Abfließen des Regenwassers erwünscht war, verlangt der Kraftfahrzeugverkehr Straßen von mindestens 6—8 m Breite (je nach Verkehrsdichte), große, nicht unter 200 m liegende Krümmungsradien in den Kurven, eine flache bzw. sehr wenig gewölbte Oberfläche, radikale Beseitigung aller gefährlichen „Sommerwege“ und eine gute Übersichtlichkeit. Die Werkstoffe zum Straßenbau müssen so beschaffen sein und ihre Verarbeitung ist so zu bewerkstelligen, daß eine glatte, ebene, auch bei Regenwetter stets „griffige“ Fahrbahn gewährleistet ist. Der Kraftfahrer, der durch die Steuer den weitaus größten Teil der Wegebaukosten tragen muß, hat nicht nur Pflichten, sondern auch Anrecht auf stoßfreien, ruhigen Lauf des Wagens, Sicherheit gegen Rutschen und Schleudern, Fahren mit der wirtschaftlich optimalen Geschwindigkeit. Alles das ist nur möglich auf staubfreier, niemals schlüpfriger oder aufgeweichter, schlaglöcherfreier Straßendecke; nur dann aber kann auch das Auto seine Aufgaben erfüllen und wirtschaftlich betrieben werden. Zwischen der Qualität der Straßendecke und der Rentabilität des Motorfahrzeugs besteht eine unlösbare Beziehung; je besser die Decke, um so eher ist es möglich, das Verhältnis von toter Last zu Nutzlast des Wagens günstig zu verschieben. Wenn auch bisher schon sehr viel erreicht wurde durch die immer mehr gesteigerte Verwendung von Leichtmetallen, z. B. zu den Teilen des Motors, wie Kolben, Pleuelstangen, Gehäusen, ferner zu den Rädern (Silumin, Elektron) und anderen Ausrüstungsgegenständen, so bleibt doch noch ein erheblicher Teil der toten Last abhängig von der Beanspruchung des Fahrzeugs durch Stöße, Vibrationen infolge schlechter Straßendecke; denn Schlaglöcher und abgenutztes altes Pflaster zwingen den Konstrukteur, alle Teile des Chassis statisch so zu berechnen, daß Fahrsicherheit und Lebensdauer des Wagens nicht beeinträchtigt werden. Ist auf einem vom Auto zu befahrenden — regelmäßig zu benutzenden — Wege eine prozentual geringe Teilstrecke schlecht, so nützt auch die beste Qualität der übrigen Strecke

nicht viel; denn alle Konstruktionselemente des Wagens müssen, die tote Last vergrößernd, der schlechten Strecke entsprechend stark dimensioniert werden.

Der außerordentlichen Vervollkommnung des Kraftfahrzeugs (besonders des Lastwagens) ist die interessante Erscheinung des „Wiedererwachens der Landstraße“ zu danken. Die Freizügigkeit des Kraftfahrzeugs, die absolute Unabhängigkeit von einer zwangsweisen Zeiteinteilung und einem starren Schienenstrang verleihen dem Auto die große Überlegenheit über die Eisenbahn. Es ist deshalb keineswegs verwunderlich, daß bereits gegenwärtig allein für den Personenverkehr die von der Reichspost und von privaten Unternehmungen regelmäßig befahrenen Wege erheblich länger sind als die gesamten Eisenbahnlinien, und daß der Gütertransport in rapid steigendem Maße von der Bahn zum Lastauto abwandert. Bereits vor 2½ Jahren erklärte Dr. Dorpmüller, Generaldirektor der Reichsbahngesellschaft, in einem Kreise führender Persönlichkeiten der Presse, der Politik und der Volkswirtschaft, daß der Ausfall der Bahn infolge der Entwicklung des Lastkraftwagens für den Transport hochwertiger Güter rund 250 Mill. RM jährlich betrage; heute dürfte diese Zahl nicht geringer sein. Dorpmüller forderte eine wesentlich höhere Besteuerung des Kraftfahrzeugs — ein zwar gutes Mittel zur Erdrosselung unbequemer Konkurrenz, keineswegs aber ein Dienst an der deutschen Wirtschaft. Die Reichsbahn sucht schon seit Jahren ihr Heil nicht in einer weitestgehenden Anpassung an die neuzeitlichen Erfordernisse des Verkehrs, sondern, trotz vielfacher Warnungen, in ständigen Tariferhöhungen. Sehr eindringlich warnte der Außenhandelsverband nochmals am 15. Mai 1930 vor einer Tariferhöhung, die nur zu einer untragbaren Erhöhung der Produktions- und Verteilungskosten führen müsse; doch verhallte diese Stimme ungehört.

Das Wiedererwachen der Landstraße und der rapid wachsende Kraftfahrzeugverkehr haben mehrere volkswirtschaftlich wichtige Aufgaben zu lösen. Da ist zunächst die unumgänglich notwendige *Annäherung von Stadt und Land*. Der rasche Transport landwirtschaftlicher Erzeugnisse an die städtischen Verbraucher, durch den die Verteuerung der Produkte durch den Zwischenhandel behoben werden kann, ist nur mit Hilfe des Lastwagens durchführbar. (Die Verteuerung durch den Zwischenhandel nimmt bisweilen groteske Formen an: 1930 betrug die Kartoffelernte 45 Mill. t; der Zentner war an der Erzeugungsstelle selbst für 0,40 RM auch bei bester Qualität nicht mehr verkäuflich; in der Stadt kostete der Zentner hingegen 6,— RM!) Auf dem kürzesten Wege, ohne zeitraubendes und wertminderndes Umladen gelangt die Ware vom Produzent zum Konsument und durch den Wegfall der Verpackung, wie sie zum Bahntransport nötig ist, werden große Kosten erspart, wie solches neuerdings nach dem „Migros System“¹⁾

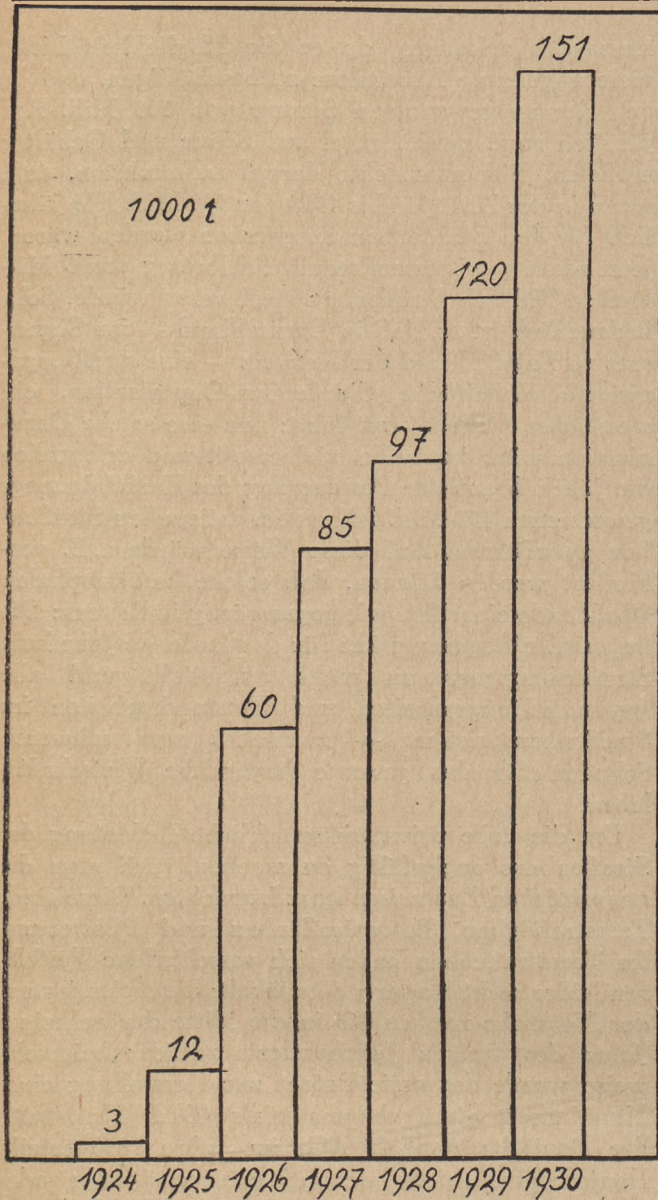
¹⁾ Vgl. Dr. Fritz Marbach: *Eine neue Methode des Lebensmittelverkaufs*. MdW, Jahrg. 1930, Nr. 18, S. 840.

von der Finowfarm erfolgreich ausgeführt wird. Selbstverständlich versorgt auch das Lastauto den Landwirt schnell und zuverlässig mit seinem Bedarf an Industrieerzeugnissen, wie Kunstdünger, landwirtschaftliche Maschinen, Baustoffe u. a. m. Sehr bedeutend ist der Nutzen, den die *Industrie* durch die Verwendung des Kraftfahrzeugs erreicht hat. Zuverlässig und schnell werden die Rohprodukte über weite Strecken in die Fabrik gefahren, und ebenso schnell gelangen die Fertigwaren an den Verbraucher — ohne die komplizierte, kostspielige Verpackung und die mannigfachen Mißlichkeiten, wie Beschädigungen durch Rangierstöße, Umladungen, verspätete Lieferung, wie sie nun einmal dem Bahnbetrieb eigentümlich sind. In vorbildlicher Weise hat es die Automobilindustrie, besonders der Karosseriebau verstanden, die Zweckgestaltung des Kraftfahrzeugs zu fördern. Es gibt Karosserien mit praktischstem Ausbau für jede Art von Waren, auch für zerbrechliche Artikel, wie Glaswaren, keramische Erzeugnisse, mit Chemikalien gefüllte Emballagen usw. Kühllastwagen für leicht verderbliche Lebens- und Genußmittel sind schon lange im Gebrauch, und sogar Lastwagen mit Schnell-Entlade-Vorrichtung für Massengüter, so in Deutschland der bewährte „Meiller-Kipper“, in England neuerdings der von der Firma *Principality Wagon Co.* (Cardiff) konstruierte Lastwagen, dessen Ladefläche als Laufband ausgebildet ist, so daß z. B. Ziegel- und Pflastersteine, landwirtschaftliche Produkte usw. in sehr kurzer Zeit entleert werden können.

Die erste in Deutschland vorgenommene Verkehrszählung (1924/1925) hat ergeben, daß auf dem Hauptstraßennetz, den Staats- und Provinzialstraßen, der Pferdefuhrwerk- und Kraftwagen-Verkehr noch etwa je 50 % des Gesamtverkehrs ausmachten. Die zweite Zählung (1928/29) zeigte schon ein ganz anderes Bild: Charakteristisch ist die Abnahme des Pferdefuhrwerkverkehrs um 23—25 %, die Zunahme des Personenautoverkehrs um 165—170 % und des Lastautoverkehrs um rund 195 %. Diese Zahlen legen beredtes Zeugnis ab für die Notwendigkeit, daß trotz der Tiefkonjunktur und der Geldknappheit dem Straßenbau eine viel größere Aufmerksamkeit geschenkt wird als bisher. Das in Deutschland zur Verfügung stehende Straßennetz besitzt nur eine Gesamtlänge von etwa 210 000 km, ist also nicht sehr bedeutend. In dem Jahrzehnt 1914 bis 1924, also in den Kriegs- und Inflationsjahren, ist weder in der Neuanlage noch in der Ausbesserung der Straßen etwas geschehen — eine Vernachlässigung, die natürlich nicht in wenigen Jahren wieder gutgemacht werden konnte. Auf der Siebenten Hauptversammlung der Studiengesellschaft für Automobilstraßenbau (Stufa) wies Baurat Dr.-Ing. Riepert darauf hin, daß die zur Zeit für den deutschen Straßenbau jährlich aufgewendete Summe von 700 Mill. RM angesichts der Versäumnis in den Jahren 1914 bis 1924 keineswegs als hoch angesehen werden könne, und er betonte mit Recht, daß dem Straßenbau innerhalb seiner wirtschaftlichen Bedeutung auch eine arbeitsmarktpolitische größten

Ausmaßes zukomme, da er die Möglichkeit biete, viele ungelernete Arbeitslose zu beschäftigen, und da von der aufgewendeten Summe von 700 Mill. RM jährlich rund zwei Drittel auf Löhne und Gehälter entfielen. Riepert machte darauf aufmerksam, daß, wenn in der Zeit 1914 bis 1924 nur 500 Mill. RM jährlich für den Straßenbau ausgegeben worden wären, jetzt nicht gewissermaßen ein Fehlbetrag von 5 Milliarden RM den Straßenbau erschweren würde. Sehr bedauerlich ist es, daß in Deutschland — im Gegensatz zu England und der Schweiz — eine straff organisierte einheitliche Straßenbau-Organisation, ein *staatliches Wegebauamt* fehlt: nur eine solche Organisation wäre imstande, zielbewußt und erfolgreich die jährlich aus der Besteuerung des Kraftfahrzeugs gewonnenen 450 Mill. RM einem rationellen Straßenbau zuzuführen. Auf diese Weise würde z. B. verhindert werden können, daß solche katastrophalen Übelstände einreißen wie gegenwärtig in Bayern: Die bayerische Regierung hat für das laufende Jahr kein Straßenbauprogramm mehr aufgestellt und alle Instandhaltungsarbeiten und Notstandsarbeiten im Straßenbau sistiert — zweifellos zum schweren Schaden für das gesamte bayerische Wirtschaftsleben!

Um die hohe privatwirtschaftliche Bedeutung des Straßenbaus augenfällig zu machen, muß man die *neuzeitlichen Baumeisen* kurz betrachten. Diese sind: Teerstraßenbau, Betonstraßenbau und Pflasterung. Im Teerstraßenbau haben sich verschiedene Verfahren leider recht langsam entwickelt; die ersten tastenden Versuche reichen bis in die Mitte der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts zurück; beispielsweise wurde das erste Patent zur Herstellung eines bituminösen Straßenbaumaterials (DRP Nr. 40 020 der Deutsche Asphalt AG) im Jahre 1886 erteilt. Heute stehen nicht weniger als sechs mehr oder weniger stark voneinander abweichende Verfahren zur Verfügung, nämlich: 1. Oberflächenteerung, 2. Teppichverfahren, 3. Teertränkmakadam und Teermischmakadam, 4. Teerbeton, 5. imprägnierte Kalksand-Steine und 6. Damman-Asphalt, Teersand, Korallenteerdecken, Riesenschotter. Einzelne Verfahren (wie z. B. das Teerteppichverfahren) sind von hohem Wert zur raschen Ausbesserung von Straßen, deren Packlage einwandfrei, deren Decke aber stark mitgenommen und mit Schlaglöchern durchsetzt ist. Wertvoll sind die vielen in Deutschland hergestellten Versuchsstrecken, nicht zuletzt diejenigen für starke Beanspruchung durch Rennen (Avus bei Berlin-Nikolassee, Nürburg-Ring in der Eifel). Infolge der außergewöhnlich starken Verkehrsbelastung in den Großstädten erweisen sich die dort angelegten Versuchstraßen als recht gute Kurzprüfungen; sie liefern in relativ kurzer Zeit ein reiches Erfahrungsmaterial für den Landstraßenbau. Durch die Verdienste mehrerer deutscher Firmen, darunter insbesondere des Rütgers-Konzerns, ist der Verbrauch an verbesserten und heute genormten Teerprodukten für den Straßenbau gewaltig gestiegen.



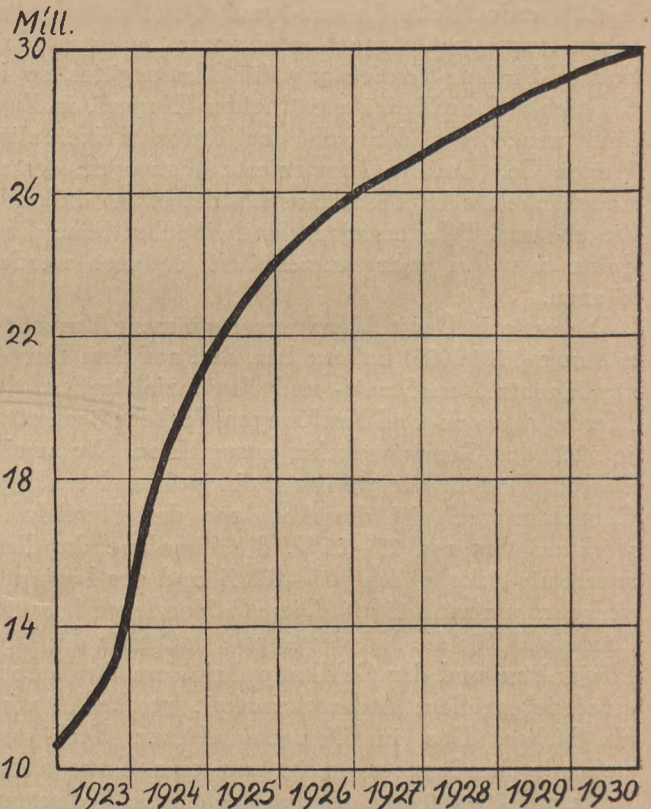
Verbrauch von Teerprodukten für den Straßenbau

Nicht nur im Inland sondern auch im *Ausland* fand die gute Qualität deutschen Straßenteers Anerkennung. Es ist bezeichnend, daß im Jahre 1929 nicht weniger als 110 000 t nach Frankreich exportiert werden konnten. Daß die wirtschaftliche Bedeutung des Teers im Straßenbau auch im Ausland erkannt worden ist, beweist die Tatsache, daß in England im Jahre 1924 bereits ein Drittel der gesamten Teerproduktion (500 000 t) im letzten Jahr schon 800 000 t verbraucht wurden.

Durch die verfehlte Preispolitik auf dem Treibstoffmarkt bzw. durch die übertriebene Steuerbelastung der Treibmittel ist auf dem Baustoffmarkt für Straßenbau eine bedenkliche *Stagnation* eingetreten, eine schwerwiegende privatwirtschaftliche Schädigung der Erzeugerfirmen. So ist dem Geschäftsbericht der Wirtschaftliche Vereinigung deutscher Gaswerke, Gaskokssyndikat AG, zu entnehmen, daß in letzter Zeit die Hoffnungen der Teerindustrie auf das Straßenbaugeschäft schwer enttäuscht wurden, und sehr bezeichnend sind die klaren Darlegungen von Geh.

Rat Dr. Allmers, des Vorsitzenden des Reichsverbandes der Automobilindustrie, über die verheerenden Auswirkungen der neuen Mineralölzoll-Erhöhung. Es sei widersinnig, für den Straßenbau Anleihen aufnehmen zu wollen, während verfehlte Besteuerung den gesamten Kraftverkehr mit seinem Jahresumsatz von 4,5 Milliarden RM und einer Beschäftigungsmöglichkeit für 550 000 Menschen untergrabe. Außerordentlich groß sind die Fortschritte des *Betonstraßenbaus* in den letzten Jahren gewesen; besonders der durch hohe Widerstandsfähigkeit ausgezeichnete „Solidität“-Beton hat sich einer ständigen Zunahme zu erfreuen. Als sehr wirtschaftlich hat sich die Zementschotterdecke erwiesen, deren Herstellungskosten bei sehr langer Lebensdauer etwa 4,20–6 RM je qm betragen, also nicht viel von den Kosten einer Teerbetonstraße abweichen.

Unter den Straßenbau-Werkstoffen zum Bau von Pflasterstraßen für die schwerste Belastung steht der *Kupferschlackenstein*, der „getemperte“ Schlackenstein mit seiner Korundhärte, dauernden Griffigkeit und bequemen Verarbeitung an erster Stelle.



Inländischer Verbrauch von Kupferschlackensteinen

Bei der Wirtschaftlichkeit jeder Straßenbaumethode spielt neben den Anlage- und Reparatur- bzw. den laufenden Unterhaltungskosten auch der *Aktionsradius* des Werkstoffes eine große Rolle; denn der Werkstoff ist um so teurer, je weiter er von seiner Erzeugungsstätte transportiert werden muß. Erfreulicherweise ist der Aktionsradius der deutschen Werkstoffe sehr groß. Wie bereits erwähnt, bezieht Frankreich erhebliche Mengen Straßenteer, wobei allerdings die Nähe der Erzeugungsstätte, das Ruhrgebiet, begünstigend wirkt. Deutscher Zement wird nicht

nur im Inlande in relativ geringer Entfernung von der Fabrikation zum Straßenbau verbraucht, sondern auch außerhalb der deutschen Grenzen. Die Beliebtheit und Wertschätzung des deutschen Kupferschlackensteins ist so groß, daß erhebliche Mengen nach Holland exportiert werden, obwohl seit Menschengedenken Holland das Land der Klinkerstraßen ist und bei einer Herstellung von nicht weniger als etwa 20 Qualitätsstufen von Klinkern zum Straßenbau grundsätzlich nur die erste Wahl, das allerbeste Material, verwendet. So zeigt sich, daß der Aktionsradius erprobter deutscher Straßenbau-Werkstoffe sehr bedeutend ist.

Die Frage, ob das verarmte Deutschland den Bedarf an Straßenbaumaterialien aus *einheimischen Vorkommen* decken kann, ist unbedingt zu bejahen. Auch bei einem wesentlich vergrößerten Straßenbauprogramm, als es leider gegenwärtig durchgeführt werden kann, ist die Erzeugungsmöglichkeit an normtem Straßenteer, Zement, hochwertigem Pflastermaterial aus Kupferschlacke vollkommen ausreichend; an hartem Naturgestein (Basalt, Diabas, Granit) stehen Deutschland fast unbegrenzte Mengen zur Verfügung. In diesem Zusammenhang ist auch

darauf hinzuweisen, daß die deutsche Maschinenindustrie heute für diejenigen Straßenbaumethoden, die größere maschinelle Hilfsmittel — wie Walzen, Stampfmaschinen, Betonmischer usw. — benötigen, Maschinen liefern kann, die den besten Erzeugnissen des Auslandes (England und Vereinigte Staaten) ebenbürtig sind. Für einen rationellen Ausbau des deutschen Straßennetzes im Interesse der Volkswirtschaft — Senkung der Produktions- und Verteilungskosten — und im privatwirtschaftlichen Interesse — Förderung der Erzeugung bester Werkstoffe in Betrieben mit großem Arbeiter- und Angestellten-Bestand — sind technisch alle Vorbedingungen erfüllt; nur die *Finanzierung* ist eine schwierige Frage. Angesichts der heutigen Wirtschaftslage nicht nur in Deutschland, sondern in fast allen Kulturstaaten ist der Weg langfristiger Anleihen schwerlich gangbar; im Interesse der Allgemeinheit müssen deshalb die Wegebaupflichtigen vor einem Opfer, das reiche Zinsen trägt, nicht zurückscheuen. Es wäre sinnlos, in der Arbeitslosenfürsorge enorme Mittel aufzuwenden, während sich im Straßenbau hunderttausende von sogar ungelerten Arbeitskräften gewinnbringend einsetzen lassen.

Kautschuk-Krise in Permanenz

Von Dr. Richard Flint

Es bestehen kaum noch Aussichten, daß die holländische Kolonialregierung ihren ablehnenden Standpunkt gegenüber einer gesetzlichen Unterstützung von Restriktionsmaßnahmen auf dem Kautschukmarkt, wie sie von den meisten niederländischen Plantagengesellschaften verlangt wird, aufgibt. Damit werden auch offizielle Maßnahmen der britischen Kolonialbehörden verhindert. Gleichwohl ist es nach Ansicht des Verfassers möglich, daß die private Initiative der englischen und holländischen Pflanzler zu einer Erfolg bringenden Produktionseinschränkung führt. Die in ihren Auswirkungen stark überschätzte Erzeugung der niederländisch-indischen Eingeborenen würde kein Hindernis für eine solche Restriktion bilden.

„Survival of the Fittest“ oder Restriktion der Erzeugung? — unter diesen beiden Schlagworten werden die Kämpfe um eine Sanierung der Rohgummiwirtschaft geführt. Es wird später noch dargetan werden, daß die Theorie vom „Überleben des Stärkeren“ nur wenig Aussichten hat, dauernde Erfolge zu zeitigen. Die überwiegende Mehrzahl der weißen Gummipflanzler in Ostasien und der eingeborenen Erzeuger in British Malaya ist dagegen der Ansicht, daß eine Restriktion der Kautschukgewinnung sehr wohl die Weltlage bessern und mit der Zeit vielleicht heilen könnte, vorausgesetzt, daß ein Einschränkungspan ausgeführt wird, der nicht nur die Produktion dem Weltverbrauch elastisch angleicht, sondern auch die unheimlich wachsenden Lagerbestände allmählich bis auf ein erträgliches Maximum aufsaugt.

Trotzdem geht der Kuhhandel pro und contra Restriktion schon beinahe anderthalb Jahre resultatlos weiter, ohne daß man sich zu einer gemeinsamen Aktion aufrufen könnte. Man hat noch zu gut

in Erinnerung, daß der *Stevenson-Plan* — über den hier kaum noch gesprochen werden muß — eine gesetzliche Basis hatte, und man kann sich vielleicht deshalb nicht von dem Gedanken frei machen, daß auch ein neuerlicher Einschränkungsplan im Gesetz verankert sein müßte. In *Holland* bestürmen die Pflanzler ihre Regierung mit Eingaben und Vorschlägen; die Regierung wird scheinbar manchmal schwankend, verharrt zum Schluß aber doch in ihrer ablehnenden Haltung. Die *englischen* Gummigesellschaften, die in dem britisch-niederländischen Verbindungs-Komitee vertreten sind, verfolgen die in *Holland* gemachten Anstrengungen mit begreiflichem Interesse, scheinen aber gleichfalls in die Idee verstrickt zu sein, daß ohne Regierungshilfe nichts zu machen sei. Die englische Kolonialregierung weigert sich, irgend eine Initiative in der Restriktionsfrage zu ergreifen, wäre aber wahrscheinlich bereit, sich einer entsprechenden Regierungsaktion in *Holland* anzuschließen. Damit schließt sich der Kreis, aus dem man nicht heraus-

findet: Im Haag will oder kann man sich nicht mit offiziellen Maßnahmen zum Schutz der eigenen weißen Pflanze anfreunden, weil man die Interessen der eingeborenen Erzeuger nicht beeinträchtigen möchte, und so scheint alles beim alten bleiben zu sollen.

Anfang Mai erklärte der Direktor des holländisch-indischen Landwirtschaftsamts, Dr. Bernard, daß die Kolonialregierung nicht nur den *Maxwell-Plan*, sondern noch *zwanzig* andere Einschränkungspläne geprüft habe. Keiner dieser Pläne habe jedoch den Bedingungen genügt, die für irgend eine Mitwirkung der Regierung an einer Produktionsdrosselung gestellt werden müßten. Ein Plan, der nur die eingeborenen Pflanze treffen würde, könne von der Regierung nicht unterstützt werden. Dieses immer wiederkehrende Vorschieben der Unantastbarkeit der Eingeborenen-Interessen ist eigentlich ganz unverständlich. Es wäre besser, wenn die holländische Regierung endlich einmal erklären würde, daß sie sich in die Restriktionspläne weder heute noch später einmischen wolle. Das würde die Atmosphäre klären und sowohl die holländischen Plantagenbesitzer, wie auch ihre englischen Kollegen veranlassen, sich selbst zu helfen, was durchaus kein aussichtsloses Beginnen sein müßte. So aber erwägt und prüft die niederländische Kolonialregierung weiter und hält die Kautschukwirtschaft in Atem und Spannung. Was dabei herauskommt, ist und bleibt negativ. Die offiziell eingesetzte achtgliedrige Sonderkommission zur Untersuchung der Ursachen und zur Bekämpfung der Gummikrise hat vor einigen Tagen ihren Bericht erstattet und darin festgestellt, daß die Lage der Plantagen, die gegenwärtig nicht einmal die notwendigsten Ausgaben decken können, bedroht sei, während die eingeborenen Pflanze einer Stützung durch preispolitische Maßnahmen nicht bedürften. Das ist nichts Neues, darin war sich die Kommission auch einig. Geteilter Meinung (im Verhältnis von 4 zu 4) war sie jedoch hinsichtlich der Notwendigkeit und des möglichen Erfolgs einer Produktionsdrosselung. Die eine Hälfte des Ausschusses befürwortete den Plan, dem normalen Ausleseprozeß durch die „Überlebens-Theorie“ freien Lauf zu lassen; die andere sprach sich für eine Restriktion (unter Zusammenwirkung der britischen und holländischen Kolonialbehörden) aus. Es kann als sicher angenommen werden, daß auch dieser Bericht nicht dazu angetan ist, die zuständigen holländischen Behörden zu einem Wechsel ihrer Auffassung und Stellung zu veranlassen.

Untersuchen wir einmal die Theorie des „Survival of the Fittest“. Die Anhänger derselben haben schon vor mehr als Jahresfrist voraussehen wollen, daß ein Preis von etwa 4 d die kleineren und schwächeren Pflanzungen zum Einstellen der Gummiproduktion zwingen und dadurch eine automatisch eintretende Verringerung der Gesamtproduktion herbeiführen würde. Abgesehen von dem vorübergehenden Sturz auf weit unter 3 d im April,

hält sich aber die Londoner Loko-Notierung für Standardware schon seit vielen Monaten mit kleineren Schwankungen auf etwas über 3 d, ohne daß bisher etwas von der vorausgesagten selbsttätigen Produktionsschrumpfung zu merken wäre. Das letzte Zirkular der Maklerfirma Symington & Sinclair schätzt den Rückgang der Weltproduktion im ersten Halbjahr 1931 gegenüber 1930 auf etwa 15 500 t, d. h. nicht ganz 3½ %. Bedenkt man, daß infolge der Zapfruhe im Mai 1930 auf den Plantagen in allen Erzeugungsgebieten Ostasiens nur eine Produktionszeit von fünf Monaten mit sechs Monaten in diesem Jahr verglichen wird, so liegt es näher, eher auf eine *Zunahme der Produktion zu schließen*. Aus diesem Grund bieten Vergleiche der Verschiffungen eine Handhabe zu Folgerungen in derselben Richtung, da sie verhältnismäßig nur wenig gesunken sind: aus Malaya von 278 300 auf 259 250 t (sechs Monate) und aus Holländisch-Indien von 111 100 auf 106 700 t (fünf Monate). Es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß die ostasiatischen Verladungen während des zweiten Halbjahrs 1931 beträchtlich höher sein werden als in derselben Periode des Vorjahrs. Vorläufig scheint also der durch die Preislage erzwingbare Ausleseprozeß nicht einzutreten.

Nun können die Gegner einer Restriktion einwenden, das sich weiter verschlechternde Mißverhältnis zwischen Erzeugung und Verbrauch muß in absehbarer Zeit zu noch niedrigeren Preisen führen, die unbedingt im Sinne der Auslese wirken würden. Nehmen wir also an, der Gummipreis stürze sogar auf 1½ d. Was geschieht dann? Alle Pflanzungen, mit Ausnahme derjenigen, die ihre Produktion ganz oder teilweise zu günstigeren Bedingungen vorausverkauft haben, stellen das Zapfen ein. Der Konsum lebt von schwimmenden Vorräten und Lagern, die sich so rasch verringern, daß die unruhig gewordenen Verbraucher schon bald wieder zur Eindeckung schreiten. Daraufhin ziehen die Notierungen an, die Pflanze beginnen wieder zu produzieren und führen dadurch eine neuerliche Baisse herbei. Der *circulus viciosus* setzt sich fort und anstatt das Übel zu heilen, wird die Krise verewigt.

Es kann aber auch geschehen, daß sich der Preis auf etwa 3 d hält und sogar auf dieser Höhe stabilisiert, eine Eventualität, die man nach den Entwicklungen der letzten Monate gleichfalls nicht ohne weiteres negieren kann. Das würde mit anderen Worten eine Fortdauer der gegenwärtigen Verhältnisse bedeuten. Alle Pflanzungen üben praktisch schon gegenwärtig eine Art Erzeugungsdrosselung aus, indem sie die weniger ergiebigen Bäume ruhen lassen. Möglicherweise wird sich dadurch die Gleichgewichtsstörung zwischen Produktion und Verbrauch nicht weiter derart verschlechtern, daß eine Baisse der Rohware die Folge sein müßte. Das wäre schlimmer, als ein neuer Preissturz, weil alle Gesellschaften genau so weiter zapfen würden, wie sie es gegenwärtig tun, und dies würde eine

Sanierung unmöglich machen, die nur dann zu erhoffen ist, wenn die Vorräte in den Konsum übergeführt werden können. Nun zeigt sich aber schon seit über einem Jahr ein kontinuierliches Anschwellen der Weltvorräte um durchschnittlich fast 11 000 t je Monat (die sichtbaren Stocks sind von Ende Mai 1930 bis zum 31. Mai 1931 von 385 000 auf 515 000 t, in zwölf Monaten also um 130 000 t gestiegen), ohne daß dies die Preistendenz in diesem Jahre wesentlich beeinflusst hätte. Von welcher Seite man auch das Problem des „Überlebens des Stärkeren“ betrachtet, man kommt immer zu dem Ergebnis, daß eine selbsttätige Ausbalancierung des Gummimarkts die geringste Wahrscheinlichkeit hat, sich zu erfüllen.

Man sollte nun meinen, daß sich die unentwegten Befürworter dieses Standpunkts, die größten Pflanzungskonzerne in England und Holland, trotz der gegenwärtigen Preislage mit Anstand aus der Affäre ziehen. In dieser Beziehung sind die Erklärungen, die der Aufsichtsratsvorsitzende der Jugra-Company, einer der größten britischen Plantagengesellschaften, bei der Generalversammlung vor einigen Tagen gemacht hat, sehr aufschlußreich: Die Jugra hat zum erstenmal seit 1906 keinen Gewinn erzielt und wird deshalb auch keine Dividende zahlen können; andere Kautschukunternehmungen seien aber keineswegs in einer besseren Lage. 40 Gesellschaften mit einem Kapital von insgesamt 8,4 Mill. £ hätten für 1930 einen Gewinn von 150 244 £ oder 1,8 % ausgewiesen; ob er tatsächlich erarbeitet, oder nur buchtechnisch errechnet worden sei, wäre eine andere Frage. 150 Gesellschaften dagegen mit einem Gesamtkapital von etwas über 23 Mill. £ erlitten zusammen einen Verlust von rund 656 300 £ = 2,8 % ihres Kapitals. Dabei war der Durchschnittspreis im Vorjahr noch 5 % d, während er für die ersten sechs Monate 1931 kaum 3 % d erreicht. Die Verluste werden also am Jahresende voraussichtlich sehr hoch sein, und die Lage der Plantagengesellschaften ist um so prekärer, als die Reserven in den meisten Fällen heute schon beinahe aufgezehrt sind. Man muß sich unter diesen Umständen fragen, was die Verfechter des Ausleseprinzips veranlassen kann, sich noch länger in ihre Meinung zu verbeißen. Es erscheint weit angebrachter zu sein, eine kooperative Organisation auf die Beine zu bringen, welche die Erzeugung entsprechend drosselt, aber gleichzeitig verhindert, daß die Pflanzler bei Eintritt einer Hausse sofort wieder die Produktion erhöhen.

Da sich eine freiwillige Einschränkung der Erzeugung ohne Eingreifen der Staatsautorität auch in anderen Wirtschaftsgebieten als möglich erwiesen hat, müßte sie auch in der Rohgummiproduktion durchführbar sein. Es würde den zur Verfügung stehenden Raum überschreiten, die Richtlinien für die Ausarbeitung eines derartigen Plans hier im Detail aufzustellen. Es sollen nur zwei Hauptpunkte behandelt werden: erstens, daß auch eine freiwillige Zusammenarbeit der weißen Pflanzler in

Ostasien, denen sich besonders in British Malaya große Gruppen der Eingeborenen anschließen würden, hinreichen könnte, zu einer fortschreitenden Entlastung und Gesundung des Gummimarkts zu gelangen; zweitens der kurze Versuch eines Nachweises, daß man die immer neu als unübersteigliches Hindernis einer wirksamen Einschränkungspolitik präsentierte Produktion der holländischen Natives als irrelevant aus dem Spiel lassen kann.

Die Durchschnittserzeugung der zwei letzten Jahre stellte sich folgendermaßen

| | |
|---|-----------|
| Malaya und Ceylon | 534 000 t |
| Niederländisch-Indien | 256 000 t |
| Zusammen | 790 000 t |
| Indo-China | 10 000 t |
| Ostasiatische Gesamtproduktion | 800 000 t |
| Hiervon abziehen: | |
| Eingeborenen-Erzeugung in Malaya | 200 000 t |
| Eingeborenen-Erzeugung in Niederländisch-Indien | 108 000 t |
| Eingeborenen-Erzeugung in Ceylon | 15 000 t |
| Erzeugung holländischer und amerikanischer Restriktionsgegner | 37 000 t |
| Einschränkungsfähige Erzeugung | 440 000 t |

Da der überwiegende Teil der malayischen Eingeborenen restriktionsfreundlich ist, kann man die Gesamtproduktion, auf die Drosselungsmaßnahmen anwendbar wären, auf 600 000 t schätzen.

Bei einer mindestens 40 %igen Restriktion dieser 600 000 t würde erreicht werden, daß in einem Jahr 240 000 t weniger auf den Markt kommen, in einem Monat demnach durchschnittlich 20 000 t weniger. Da bei der gegenwärtigen Nachfrage, die überdies erfreulicherweise eine leichte Tendenz zur Belebung zeigt, die uneingeschränkte Produktion den Bedarf um rund 11 000 t je Monat übersteigt, würden die Weltvorräte gleichzeitig um etwa 9000 t monatlich abgebaut werden, was eine fühlbare Erleichterung der Marktlage bedeuten und eine Festigung der Preise zur Folge haben müßte.

Zu erörtern bleibt noch das Problem der *Eingeborenen-Produktion in Indien*. Die Preislage hat dort allgemein dazu geführt, daß sich die Natives keine Hilfskräfte mehr leisten können und nur noch mit Hilfe ihrer Familienmitglieder und auch nur die produktivsten Bäume zapfen. Für den landesüblich nach dem Halbpartsystem der Gummigewinnung entlohnten Arbeiter wird seine Tätigkeit erst dann lohnend, wenn er je Tag mindestens 20 bis 24 d für seinen Teil verdienen kann. Da er in achtstündiger, seine ganze Kraft aufbrauchender, schwerer und sorgfältiger Arbeit in ergiebigen Beständen bestenfalls durchschnittlich etwa 5 lb am Tag zapfen kann, müßte der erzielbare Preis für diese 5 lb ungefähr 40 bis 48 d betragen, also 8 bis 9,6 d je lb. Diese Rechnung wird durch zahlreiche Autoritäten, welche die Arbeits- und Lebensbedingungen der Eingeborenen in Niederländisch-Indien untersucht haben, bestätigt. Dazu kommt, daß fremde Lohnarbeiter immer schwieriger zu finden sind, da viele von ihnen schon seit 1924 — von der

Regierung ermutigt — eigene kleine Gummipflanzungen angelegt haben, die zum Teil eben ertragsfähig werden, so daß diese früheren Arbeiter vorziehen, ihren eigenen Besitz auszubeuten. Bis zu einem Londoner Preis von 8 d würde es, wie die Erfahrungen der letzten Zeit deutlich gezeigt haben, beinahe unmöglich sein, die Eingeborenen-Erzeugung durch Heranziehung fremder Hilfskräfte wesentlich zu erhöhen. Es ist eine logische Konsequenz, daß der heute schon mit aller Kraft unternommene Familienbetrieb der Nativepflanzler das ungefähre Maximum der unter den gegenwärtigen Preisverhältnissen von ihnen erzielbaren Rohgummigewinnung darstellt, der sich, wie aus den

Verschiffungsdaten hervorgeht, während der ganzen Zeit, in der die Notierung unterhalb von 9 d liegt, kaum verändert hat und sich auch bei einer Preis-erholung bis zu 8 d nicht nennenswert erhöhen würde. Wenn wieder 8 d in London erzielbar wären, könnte die Mehrzahl aller weißen Pflanzler bestimmt mit einem kleinen Nutzen ihre Plantagen bewirtschaften. Die holländischen Eingeborenen müssen also durchaus nicht Restriktionsbestrebungen der weißen und eines großen Teils der malayischen Natives im Weg stehen, sondern können unter den skizzierten Voraussetzungen sehr gut aus den Berechnungen für eine Produktionsdrosselung ausgeschaltet werden.

Glossen

Freiheit der Presse

„Pressefreiheit? Ist nicht mit Ausnahme jener Staaten, in denen Diktatoren das Urteil denkender Untertanen fürchten, die Freiheit der Presse ein allgemeines, unbestrittenes Rechtsgut geworden?“, so fragten wir hier vor etwa anderthalb Jahren, als wir uns grundsätzlich mit dem Kampf der Presse um die Unabhängigkeit von den großen Wirtschaftsmächten auseinandersetzten. Der Kampf gegen die politischen Mächte schien uns entschieden. Leider haben inzwischen die Dinge in Deutschland eine Entwicklung genommen, die es notwendig macht, sich von neuem mit dem Verhältnis zwischen Staatsgewalt und Presse zu beschäftigen. Nach dem Schalterschluf der Danatbank, am 13. Juli, war eine Panik ausgebrochen. Man fürchtete nicht nur um die Sicherheit aller Großbanken, sondern hielt auch die deutsche Währung für bedroht. Meldungen aus dem Ausland besagten, daß die Mark in den Tagen, in denen in Deutschland keine offiziellen Devisennotierungen vorgenommen wurden, nur mit einem beträchtlichen Disagio unterzubringen war. Um die Verwirrung in Deutschland nicht noch größer werden zu lassen, verfügte die Regierung in einer Notverordnung, daß *nur amtlich notierte Kurse* veröffentlicht werden dürften. Die Erfahrungen in allen Ländern und zu allen Zeiten haben indes gezeigt, daß sich mit solchen Verboten nicht viel ausrichten läßt. Noch viel bedenklicher als dieser Eingriff in die Freiheit der Presse ist die Notverordnung der Regierung, nach der jedes Blatt eine *Entgegnung* der amtlichen Stellen aufnehmen muß, aber nicht in derselben Nummer, sondern frühestens in der darauf folgenden zu dieser Entgegnung Stellung nehmen darf. Darüber hinaus sind auf Grund der Notverordnung alle Blätter verpflichtet, *Kundgebungen* der Regierung zu veröffentlichen, und zwar der von der Regierung angegebenen Stelle und in der von ihr vorgeschriebenen Schrift. Die Öffentlichkeit hat sich einmütig gegen diese Notverordnung gewandt, und nach den Erklärungen der zuständigen Stellen durfte man hoffen, daß man den gegen die Notverordnung erhobenen Einwendungen Rechnung tragen würde. Schon die ersten Fälle, in denen Zeitungen zur Aufnahme einer Entgegnung genötigt wurden, zeigten aber die Unmöglichkeit dieser Entgegnungspraxis. Weit bedenklicher noch ist das Vorgehen der preußischen Re-

gierung, die kurz vor dem Volksentscheid die Presse zur Veröffentlichung einer *Kundgebung gegen den Volksentscheid* gezwungen hat. Das MdW ist kein politisches Blatt, und es ist hier nicht zu untersuchen, ob die Einleitung des Volksentscheids nützlich oder schädlich, zu begrüßen oder zu verwerfen sei. Aber es muß hier gesagt werden, daß die *Methoden*, mit denen die Presse zur Wiedergabe der Regierungskundgebung veranlaßt wurde, schädlich sind, und zu den schlimmsten Befürchtungen Anlaß geben. Abgesehen davon, daß der Teil der Presse, der den Volksentscheid bekämpft, die Regierungskundgebung auch ohne Zwang gern veröffentlicht hätte, der andere Teil der Presse aber sich gegen die Oktroyierung dieser Veröffentlichung sofort energisch zur Wehr setzte, so daß die ganze Zwangsmaßnahme wirkungslos blieb, muß im Volk das Vertrauen zur Presse schwinden, wenn es erst einmal erkennt, daß die Äußerungen der Presse nicht lediglich die freie Meinung der Redaktionen wiedergibt. Die Engländer, die ein kluges Volk sind, haben nicht umsonst in Kriegs- und anderen Notzeiten die Freiheit der Presse unangetastet gelassen.

Am Ende der Vertrauenskrise

Die Schalter der Banken sind am Mittwoch dieser Woche für alle Auszahlungen ohne jede Beschränkung geöffnet worden; am Sonnabend konnte das gleiche bei den Schaltern der Sparkassen geschehen. So ist der kritische Augenblick, vor dem die deutschen Wirtschaftspolitiker seit fast vier Wochen bangten, gekommen. Hat sich die Furcht, daß ein allgemeiner Run auf die Kassen einsetzen werde, bewahrheitet? Hat sich die Angst, daß zumindest einige bestimmte Banken einem Run ausgesetzt sein würden, als berechtigt erwiesen? Man ist geneigt, diese Fragen bedingungslos zu bejahen und daraus den Schluß zu ziehen, daß die „Bankfeiertage“ längst hätten aufgehoben werden müssen. In der Tat wird diese Ansicht jetzt von denen, die sich drei Wochen hindurch für eine sofortige und schrankenlose Wiederaufnahme des freien Zahlungsverkehrs eingesetzt hatten, vertreten; sie erblicken in dem ruhigen Verlauf, den der Verkehr an den Bankschaltern nahm, einen Beweis dafür, daß die Bankensperre viel zu lange ausgedehnt wurde. Diese Meinung scheint uns nicht ganz richtig zu sein. Bevor man eine unbeschränkte Schalter-

öffnung beschließen konnte, mußte eine ganze Reihe von Unsicherheitsfaktoren beseitigt werden. Es gab allzuviel Steine des Anstoßes, deren Fortschaffung erst die Grundlage für jenes Ende der Vertrauenskrise schuf, das wir gegenwärtig erleben dürfen. Im Leitartikel dieser Nummer werden die wichtigsten dieser Faktoren behandelt. Danat-Bank, Dresdner Bank und Adca, außerdem das Bankhaus Schröder und die Landesbank der Rheinprovinz wurden „besprochen“; erst mußten wirtschaftliche und rechtliche Konstruktionen gefunden werden, die das Vertrauen zu diesen Instituten neu erweckten — Konstruktionen, nach denen das Reich, ein Land oder führende Wirtschaftsunternehmen die betreffenden Banken stützten; dann erst konnte man das Experiment der Schalteröffnung wagen. Allerdings scheint auch uns, daß man mit der Suche nach geeigneten Formen für die Stützung allzuviel Zeit verloren hat, ja daß man die ungeheuren Schäden, die mit der langen Dauer der Schalterschließung verbunden waren, unterschätzte. Dieselbe Unentschlossenheit, die an dem berüchtigten 12. Juli zutage trat, als man in unverständlichem Leichtsinne glaubte, man könne die Zahlungsunfähigkeit der Danat-Bank verkünden, die Schalter aller anderen Banken aber offenlassen, hat anscheinend auch während der Bankfeierwochen geherrscht. Aber vorläufig ist ein letztes Urteil über diese Vorgänge und über die Schuld einzelner Persönlichkeiten und Institute nicht möglich. Noch ist nicht klar, ob jene Kreise, gegen die sich die Kritik bisher am schärfsten richtete, aus Schuldgefühl oder aus Takt gegenüber den wahren Schuldigen zu diesen Angriffen schweigen. Noch ist auch nicht klar, ob nicht die Reichsbank sehr gut daran tat, das Inlandsmoratorium solange bestehen zu lassen, bis die Stillhalterverhandlungen mit den englischen und amerikanischen Banken zu einem gewissen Abschluß kamen; denn eine Aufhebung der inländischen Zahlungsbeschränkungen mußte die Aussichten auf einen glücklichen Ausgang dieser Verhandlungen verringern. Man wird gut tun, diese Unklarheiten nicht zu vergessen. Es kann sehr nützlich sein, rückwärts zu blicken.

Der Streit um die Diskonterhöhung

Von allen Seiten stürmte man während der letzten Wochen auf die Reichsbank ein, sie müsse unter allen Umständen durch Lockerung oder Aufhebung ihrer scharfen Restriktion die Voraussetzung dafür schaffen, daß die Banken und Sparkassen ihre Schalter öffnen können. In der Tat ist die unbeschränkte Hingabe von Geld das sicherste, vielleicht sogar das einzige Mittel, um eine Mißtrauenswelle abzuwehren. Einiges Unbehagen hat es uns jedoch bereitet, daß sich zu den Opponenten gegen die Reichsbank bald Kreise gesellten, denen man — da sie Interessenten sind — nicht ohne weiteres ein unbefangenes Urteil über Fragen der Reichsbankpolitik zuschreiben kann. In Zeiten, in denen die Stabilität der Währung bedroht ist, muß es geradezu als ein Zeichen für die *Richtigkeit* einer Notenbankpolitik gelten, wenn „die Wirtschaft“ — die Landwirtschaft sowohl wie die Industrie — mit der Leitung der Notenbank nicht einverstanden ist; ein Mißtrauensvotum dieser Kreise müßte in diesem Sinne geradezu *begrüßt* werden. Deshalb hat es auch in der Öffentlichkeit nicht viel

Eindruck gemacht, daß sich eine Opposition dieser Art in der vorigen Woche bemerkbar machte, zumal es unklar blieb, welche Stellung „die Wirtschaft“ zu der Frage einer *Diskonterhöhung* einnahm. Denn wenn man sich schon darüber einig war, daß eine wesentliche Lockerung der Restriktionspolitik notwendig sei, so bestanden doch Differenzen in bezug auf das Problem, ob man eine derartige Lockerung ohne Sicherheitsmaßnahmen gegen inflationistische Begleiterscheinungen durchführen könne. Die „Frankfurter Zeitung“, die sich mit besonders hartnäckiger Energie für eine sofortige Aufhebung der Bankfeiertage einsetzte, war keineswegs der Ansicht, man könne auf jede Bremse gegen die Gefahren einer beträchtlichen Kreditausweitung verzichten. Durch einen *hohen Diskontsatz* wollte sie vielmehr einen Druck dahin ausüben, daß die neu ausgegebenen Noten bald wieder an die Reichsbank zurückfließen. Aus Gründen, die wir mehrfach dargelegt haben (z. B. in Nr. 29, S. 1143), halten wir diese Auffassung für nicht ganz richtig; wir glauben, daß die Produktionsverteuerung, die mit jeder Zinserhöhung untrennbar verknüpft ist, gegenwärtig einen größeren Schaden bedeuten kann als die Fehler, die sich bei einer Fortsetzung der Kreditrationierungspolitik („Restriktion“) ergeben. Deshalb scheint uns auch die Heraufsetzung des Diskontsatzes von 10 auf 15 % und des Lombardsatzes von 15 auf 20 % (am 1. August) nicht ohne weiteres begrüßenswert. Eine gewisse Erhöhung war zwar deswegen notwendig, weil man mit einer weiteren Unterschreitung der Notendeckungsgrenze rechnete und es als durchaus zweckmäßig gelten muß, daß die Vorschrift des Bankgesetzes, nach der mit sinkender Deckung der Diskontsatz zu erhöhen ist, strikt befolgt wird (obwohl es sich hierbei nur um eine Sollvorschrift handelt). Aber unter diesem Gesichtspunkt hätten eine Erhöhung des Diskontsatzes auf 12 % und eine Beibehaltung des Lombardsatzes von 15 % durchaus genügt. Den Gefahren inflationistischer Auswirkungen hätte man dann durch mäßige Fortsetzung der schon bisher geübten Kreditrationierungspolitik begegnen können — ein bankpolitisches Mittel, das in so abnormen Zeiten wie den gegenwärtigen durchaus berechtigt ist. Daß die Diskonterhöhung um 5 % über das währungsmäßig notwendige Maß hinausging, scheint durch die neuere Entwicklung des Geldmarkts bestätigt zu werden; am Freitag wurden bereits Tagesgeldsätze von 9–12 % und Sätze für bankgierte Warenwechsel von etwa 13 % genannt. Die Reichsbank selbst betrachtet ihren hohen Diskontsatz lediglich als eine provisorische Maßnahme; sie hat — ein interessantes Novum — bei den ihr eingereichten Wechseln den 15 %igen Satz zunächst nur für 10 Tage abgezogen und die Verkäufer verpflichtet, nach Ablauf dieser Frist die Wechsel zurückzunehmen, d. h. praktisch: zu einen anderen Satz neu diskontieren zu lassen.

Das Stiefkind „Sparkasse“

Gleichzeitig mit der Erhöhung des Diskontsatzes wurde der *Lombardsatz* der Reichsbank beträchtlich heraufgesetzt (von 15 auf 20 %). Der Sinn dieser Maßnahme ergibt sich daraus, daß die Reichsbank ihre Lombardforderungen nicht in die Deckung der Noten einbeziehen darf, während Wechsel zur Ergänzung der 40 %igen Gold- und Devisendeckung

heranzuziehen sind. Hätte die Reichsbank den Lombardsatz niedrig gelassen, so hätte wahrscheinlich manches Kreditverlangen, das jetzt mit mehr oder minder großen Schwierigkeiten in der Form eines Wechselangebots an sie herantrat, die Gestalt einer Lombardkreditforderung angenommen und dadurch die Volldeckung der Noten (am 31. Juli: 110 %) gefährdet. Aber zahlreiche kreditbedürftige Stellen, denen die Möglichkeit einer Umgießung der Debitoren in Wechsel nicht offensteht, kamen dadurch in eine schwierige Lage, vor allem die *Sparkassen*. Diese Institute besitzen zwar in größerem Umfange (festverzinsliche) Effekten, nicht aber Wechsel. Man konnte deshalb nur zögernd dem Gedanken näher treten, die Schalter der Sparkassen ebenso wie die der Banken mit einem Schlage zu öffnen. Es kam hinzu, daß sich die Reichsbank in Durchführung ihrer Restriktionspolitik durchaus nicht bereit erklärte, jeden gewünschten Lombardkredit einzuräumen; im Gegenteil, sie blieb in dieser Hinsicht sehr zurückhaltend und bewahrte insbesondere gegenüber der Lombardierung von Kommunalobligationen eine starke Reserve. Unter diesen Umständen tauchte die Frage auf, ob die Vorschrift des Bankgesetzes, nach der neben Gold und Devisen nur Wechsel deckungsfähig sind, noch eine Berechtigung besitze. Wir glauben, man muß diese Frage unbedingt bejahen. Unter dem Gesichtspunkt der *Liquidität* mögen Wechsel- und Lombardforderungen gleichwertig sein; das bedeutet aber noch nicht, daß sie zur Notendeckung gleich gut geeignet sind. Im Gegensatz zur Golddeckung ist für die Heranziehung der Wechsel zur restlichen Deckung nicht die Liquidität der Forderung maßgebend, sondern *die Art ihrer Entstehung*. Nur Warenwechsel, denen ein tatsächlicher Warenumsatz zugrunde liegt, sollen von der Reichsbank angekauft werden; man hofft, auf diese Weise eine Parallelität zwischen Geld- und Güterstrom zu erreichen. Offenbar können Lombarddarlehen, deren Umfang mit dem Güterstrom in keinem sichtbaren Zusammenhang steht, diese Funktion nicht erfüllen; der Gedanke, die Lombardforderungen in die Deckungsbestände einzubeziehen, muß deshalb abgelehnt werden. Aber man darf dabei nicht vergessen, daß die gegenwärtige, durchaus abnorme Lage zu Sondermaßnahmen berechtigt. Ebenso wie die Reichsbank jetzt Wechsel diskontiert (oder mindestens: zu diskontieren bereit ist), die *nicht* aus einem Warenumsatz hervorgegangen sind, können auch beim Lombardkredit besondere Maßnahmen gerechtfertigt werden. Es ist deshalb zu billigen, daß sich die Reichsbank zu nennenswerten Krediteinräumungen an die Sparkassen bereit erklärt hat. Sie hat die Lage der Sparkassen damit wesentlich erleichtert und auf diese Weise indirekt auch den *Gemeinden* geholfen, die durch die gesetzliche Beschränkung des Zahlungsverkehrs „ihrer“ Sparkasse teilweise in arge Bedrängnis geraten waren.

„Solidarität der Banken“

Noch vor den deutschen Sparkassen konnten die *Banken* ihre Schalter öffnen. Nachdem durch zahlreiche Verordnungen der Regierung eine stufenweise Lockerung des Zahlungsverkehrs verfügt worden war, wurde am 5. August jede Auszahlungsbeschränkung aufgehoben und der freie Zahlungsverkehr wiederhergestellt.

Zu einer solchen Maßnahme konnte die Regierung schreiten, weil durch eine vorläufige Sanierung einiger besonders stark beargwöhnter und deshalb besonders stützungsbedürftiger Institute und durch die Gründung der Akzept- und Garantiebank das Vertrauen zur Stabilität des deutschen Kreditgebäudes weitgehend wiederhergestellt worden war. Durch dieses Institut sollte zunächst ein *Risikenausgleich* erzielt werden; wenn die Bankwelt am 12. Juli offenbar keineswegs von ihrer Schicksalsverbundenheit (man verzeihe dies abgegriffene Wort; aber hier ist es am Platze!) überzeugt waren, so konnten sie wenigstens zwei Wochen später die Akzept- und Garantiebank als ein Zeichen ihres ernsthaften Strebens nach Zusammenarbeit der Öffentlichkeit präsentieren. Die Tätigkeit der neuen Bank ist so gedacht, daß sie die durch Umwandlung gewöhnlicher Bankdebitoren in Wechsel entstehenden Papiere, die gewöhnlich nur die zwei Unterschriften der ausstellenden Bank und des akzeptierenden Kunden tragen, ankaufen und an die Reichsbank rediskontieren soll; die Zwischenschaltung einer besonderen Bank ist hierfür deshalb notwendig, weil die Reichsbank nur Wechsel mit drei Unterschriften diskontieren darf. Würde es sich erweisen, daß eines der am Geschäftsverkehr der Bank beteiligten Institute zur Einlösung etwaiger beim Akzeptanten protestierter Wechsel außerstande ist, so müßte der dadurch entstehende Verlust von der Akzept- und Garantiebank getragen werden. Tatsächlich ist aber das Risiko, das die Kreditbanken bei der Gründung des neuen Instituts eingegangen sind, nicht sehr groß; denn die Hauptbeteiligung entfällt auf öffentliche Stellen: auf das Reich, die Golddiskontbank, die Bank für Industrieobligationen, die Reichs-Kredit-Gesellschaft, die Verkehrs-Kreditbank (Hausbank der Reichsbahn), die Rentenbank-Kreditanstalt, die Preußenkasse, die Seehandlung. Mit 146 Mill. RM haben diese Stellen fast drei Viertel des Gesamtkapitals der Akzeptbank übernommen; der Rest, 54 Mill. RM, entfällt auf die Deutsche Bank, die Dresdner Bank, die Commerzbank, Mendelssohn und die Berliner Handels-Gesellschaft. Durch die Bestimmungen über die Einzahlung des Kapitals (Vorausleistung des Reiches) ist der Anteil des Reiches am Risiko noch wesentlich größer als seine Kapitalbeteiligung. Deshalb ist es sehr erstaunlich, daß der unmittelbare Einfluß des Reiches, wie er in der Besetzung des Aufsichtsrats zum Ausdruck kommt, relativ gering ist. Praktisch handelt es sich bei dieser Konstruktion mehr um eine Hilfeleistung des Staats als um eine Solidaritätsaktion der Banken.

Devisen-Zwangswirtschaft

Über allen Sorgen um den inneren Zahlungsverkehr durfte man jenes Problem nicht vergessen, von dem ursprünglich alle Nöte ausgingen: Die Abzüge kurzfristiger Gelder von Seiten des Auslands, die Labilität des Devisenmarkts, die *Gefährdung der Markvaluta*. In dieser Hinsicht war die Lage Deutschlands besonders kompliziert. Einerseits lag es nahe, im Verkehr zum Ausland dasselbe Mittel anzuwenden, das zur Behebung der inneren Schwierigkeiten eingesetzt wurde, die *Aufnahme des freien Zahlungsverkehrs*, um auf diese Weise den Anlaß zu Angstkündigungen zu beseitigen und die Möglichkeit zu

neuen Prolongationen zu schaffen. Auf der anderen Seite trat jedoch das Ausland selbst mit der Forderung auf, Deutschland solle durch drakonische Maßnahmen seine *Kapitalflucht* bekämpfen, und es mußte von vornherein als ein kaum lösbares Problem erscheinen, zwischen Kapitalflucht aus dem Inland und Geldabziehungen von seiten des Auslands zu unterscheiden. Außerdem entstanden Schwierigkeiten bei der *Finanzierung des Außenhandels*. Über einen längeren Zeitraum gesehen, ist zwar gerade der Außenhandel das beste Mittel zur Aktivierung der Zahlungsbilanz; denn in den letzten Monaten lag der deutsche Export beträchtlich über der Einfuhr, und die Unterbrechung der Reparationsleistungen kann mindestens teilweise zu einer weiteren Erhöhung der Ausfuhrzahlen führen. Aber auf kurze Sicht gesehen, ergab sich daraus das neue Problem, daß Deutschland seine Importe in diesen Tagen bar bezahlen muß, weil das Ausland kaum bereit ist, neue Rembourskredite einzuräumen, während eine Ausfuhr nur mit der üblichen Fristgewährung möglich ist. In dieser Zwangslage ist eine neue Notverordnung erlassen worden, die an Ungeschicklichkeit wohl nur von der Verordnung gegen die Pressefreiheit übertroffen wird. Nach dieser Verordnung ist zum Erwerb von Devisen und zur Verfügung über die sogenannten „Exportdevisen“ eine *Genehmigung* des zuständigen Landesfinanzamts notwendig; das gleiche gilt für die Ausfuhr von Wertpapieren usw. Nur die Erfüllung von Stillhalte-Abkommen und die Zahlung von Zinsen und regelmäßigen Tilgungsbeträgen für langfristige Anleihen ist sichergestellt. Für die *Einfuhrfinanzierung* hat die Reichsbank nur in sehr geringem Umfang Devisen abgegeben; schon dadurch, noch stärker aber durch ein weiteres Ungeschick, wurde der Einfuhrhandel tagelang lahmgelegt: Man stufte nämlich sämtliche Einfuhrgüter nach ihrer volkswirtschaftlichen Dringlichkeit in *drei Gruppen*, teilte aber nicht mit, in welche Gruppe die einzelnen Waren eingeordnet würden. Man wußte zwar, daß die erste Gruppe, für die in erster Linie gesorgt werden sollte, hauptsächlich Rohstoffe enthielt, daß in die zweite, deren Devisenbedarf nur in sehr beschränktem Umfang zu befriedigen war, vor allem Halbfabrikate eingeordnet waren, und daß die dritte, für deren Einfuhr vorläufig überhaupt keine Devisen abgegeben werden sollten, Fertigfabrikate, Lebensmittel und Kohle enthielt. Aber die genaue Einordnung der einzelnen Waren ist niemals veröffentlicht worden, obwohl entsprechende Anweisungen an die Finanzämter zweifellos vorgelegen haben. Erst mehrere Tage später wurde eine weitere Verordnung herausgegeben, die für den gesamten Warenverkehr Devisen freigab. Eine Überwachung des Devisenverkehrs findet zwar auch gegenwärtig noch statt; jede Firma muß monatlich eine Aufstellung über alle Außenhandelsgeschäfte einreichen. Sie bedarf außerdem einer allgemeinen — d. h. nicht auf jedes einzelne Importgeschäft bezogenen — Ermächtigung, zu deren Erteilung nicht die Landesfinanzämter, sondern die Handelskammern zuständig sind. Offenbar hat man eingesehen, daß die Finanzbehörden des Reichs, selbst wenn ihnen Reichsbankbeamte als Berater zur Seite gestellt werden, die hier vorliegenden Probleme unmöglich meistern können — ganz zu schweigen davon, daß sie etwa (wie zunächst vorgesehen war) einen volkswirtschaftlich berechtigten von einem un-

berechtigten Import unterscheiden können. Nach den Erfahrungen früherer Jahre muß zwar auch bezweifelt werden, ob die Handelskammern ihre neue Aufgabe mit der vom Gesetzgeber gewünschten Reserve ausführen können. Immerhin ist diese Regelung weit vernünftiger als der grobe Eingriff in die Entwicklung des Außenhandels, der ursprünglich geplant war. Abgesehen von allen Nachteilen, die durch die endlosen bürokratischen Hemmungen dabei hätten entstehen müssen, war mit dem ersten Plan die große Gefahr verbunden, daß die wirren „*Autarkie*“-*Projekte* bei dieser Gelegenheit auf eine recht simple Manier in die Wirklichkeit umgesetzt worden wären. Zweifellos hätten solche Maßnahmen den aller schwersten Schaden für die deutsche Wirtschaft gebracht.

Die Bankbilanzen am Jahresmedio

Die Zwischenbilanzen der deutschen Bankinstitute zeigen zum 30. Juni das erwartete Bild eines starken *Kreditorenrückgangs*, der, wie ebenfalls vorauszu sehen war, bei der Danatbank am größten war. Bei den Berliner Großbanken insgesamt betrug der Rückgang mit 1,1 Milliarden mehr als 10 % der Kreditorensomme am 31. Mai, bei der Danatbank machte er 18 % aus. Die überwiegende Beteiligung der *Auslandsgelder* an diesem Rückgang geht daraus hervor, daß sich vornehmlich die Gelder mit mittlerer Kündigungsfrist verringert haben. Daneben ist die Zurückziehung eines erheblichen Teils jener Gelder bemerkenswert, die Banken und Sparkassen bei den Großbanken angelegt haben (200 Mill. RM bei einem Vormonatsbestand von nicht ganz einer Milliarde). Daß es im Juni nicht mehr gelingen konnte, die Geldabzüge durch *Debitorenverminderung* auszugleichen, kann denjenigen nicht überraschen, der sich die unvermeidliche Starrheit der Bankdebitoren klargemacht hat. Eine echte Debitorenminderung ist nur der Reichs-Kredit-Gesellschaft gelungen. Andererseits ging die Debitorensteigerung der Deutschen Bank auf vermehrte Kreditgewährung an andere Bankinstitute (Stützungen?) zurück. Aus dieser unveränderten Höhe der Debitoren ergibt sich gleichzeitig, daß eine *Umwandlung in Wechsel* zum Halbjahrestermin noch nicht stattgefunden hat. Nur die Dresdner Bank hat ihre Debitoren verringert und gleichzeitig ihre Wechselanlage in höherem Umfang erhalten, als sich bei Berücksichtigung der Rediskontierungen ergibt. Hier hat also vielleicht die inzwischen allgemein vorgenommene Umgießung der Debitoren in Wechsel schon früher eingesetzt. Die Beschaffung der Mittel für die Rückzahlung der abgezogenen Kredite ist überwiegend durch *Rediskontierung der Privatdiskonten* erfolgt, deren Bestände auf ein Minimum herabgesetzt sein müssen. Die Indossamentsverbindlichkeiten aus weitergegebenen Bankakzepten sind um fast 500 Mill. RM gestiegen. Damit sind nicht nur die üblichen Bestände, sondern auch die durch vermehrte Akzeptleistung (um mehr als 200 Mill. RM) geschaffenen Abschnitte offenbar fast restlos zu Geld gemacht worden. Infolge dieser Politik konnte die Inanspruchnahme der übrigen liquiden Aktiven schonender durchgeführt werden. Die Weitergabe von Bankwechseln ist lediglich um 180 Mill. RM gesteigert worden; davon entfielen mehr als die Hälfte auf die Danatbank. Auf die *Nostro*-

guthaben mußte mit nicht ganz 170 Mill. RM (20 % des Bestandes) zurückgegriffen werden, am stärksten durch die Deutsche Bank und die Dresdner Bank, während die Commerzbank dieses Konto auffallenderweise erhöht ausweist. Im ganzen konnten die Banken am Jahresmedio eine zwar geschwächte, aber doch noch mit erheblichen Reserven ausgestattete Stellung behaupten. Das Bild am Juliende wird freilich wesentlich ungünstiger sein.

Umgründung der J. F. Schröder Bank

Die Bemühungen, die *J. F. Schröder Bank KGaA* in Bremen und Hamburg, die bald nach der Danatbank ihre Zahlungen eingestellt hat, zu sanieren, sind auf große Schwierigkeiten gestoßen. Nach Vornahme der notwendigen Abschreibungen hat sich ein *Gesamtverlust* von 45 Mill. RM ergeben, bei nur 30 Mill. RM eigenen Mitteln (15 Mill. RM Kapital und 15 Mill. RM offene Reserven). Es sind also über das Eigenkapital hinaus 15 Mill. RM verloren. Zur Weiterführung der Bank muß nicht nur dieser Verlust beseitigt, sondern es müssen auch neue Mittel beschafft werden. Schließlich ist auch ein Stillhalteabkommen mit den inländischen und ausländischen Großgläubigern erforderlich. Die Tilgung des Verlustes wird hauptsächlich dadurch erreicht, daß der bremische Staat, der, wie sich nach der Schalterschließung der Schröder-Bank zur allgemeinen Überraschung herausstellte, bei Schröder 24 Mill. RM angelegt hat, auf etwa 15 Mill. RM gegen gewisse Zusicherungen für die Zukunft verzichtet. Die Beschaffung des neuen Kapitals soll derart erfolgen, daß die alten Aktionäre ihre Aktien unentgeltlich zur Verfügung stellen. Von den 15 Mill. RM alten Kapitals werden 3 Mill. RM eingezogen und die verbleibenden 12 Mill. RM neu begeben, und zwar zum Kurse von 125 %. Daraus werden der Bank 15 Mill. RM zufließen. Sie verfügt dann über 12 Mill. RM Aktienkapital und 3 Mill. RM offene Reserve. Interessant ist die Aufbringung des neuen Kapitals. Der Staat Bremen übernimmt 7 Mill. RM, bremische Wirtschaftskreise 3 Mill. RM, die seit Gründung der Schröder-Bank beteiligte Berliner Handels-Gesellschaft 1 Mill. RM und die neu hinzutretende Reichs-Kredit-Gesellschaft ebenfalls 1 Mill. RM. Mit dieser 1 Mill. RM, welche die Reichs-Kredit-Gesellschaft, also das Reich, übernimmt, erschöpft sich aber nicht die Hilfeleistung des Reichs. Wie verlautet, soll das Reich auch für die in Bremen (vom Staat und den Privatinteressenten) insgesamt aufzubringenden 10 Mill. RM zur Hälfte eintreten, in welcher Form, ist noch nicht bekannt. Nimmt man an, daß das Reich tatsächlich in irgendeiner Weise noch 5 Mill. RM für die neue Schröder-Bank zur Verfügung stellt, so finanziert sie einschließlich der 1 Mill. RM, welche die Reichs-Kredit-Gesellschaft übernimmt, insgesamt die Hälfte des neuen Kapitals, mit dem das Bremer Institut arbeiten wird. Die Berliner Handels-Gesellschaft, die am alten Kapital der Schröder-Bank mit 12 %, also mit 1,8 Mill. RM beteiligt war, muß diese Beteiligung abschreiben und wird künftig nur mit einem Zwölftel an der Bremer Bank beteiligt sein. Ob das Einspringen der Reichs-Kredit-Gesellschaft auch auf die geschäftlichen Beziehungen der Berliner Handels-Gesellschaft zur Schröder-Bank, die zeitweilig sehr eng waren, einwirken wird, läßt sich noch nicht übersehen. Der

Bankier Schröder ist, wie die Handels-Gesellschaft lakonisch mitteilt, inzwischen aus ihrem Verwaltungsrat ausgeschieden. Nachdem seine Bemühungen, seine Position in der von ihm begründeten Bank zu halten, erfolglos geblieben sind, wäre sein weiteres Verbleiben im Verwaltungsrat der Handels-Gesellschaft wohl auch sinnlos. Mit Schröder scheiden auch die andern persönlich haftenden Gesellschafter aus der Schröder-Bank, ebenso der gesamte Aufsichtsrat. Die Firma soll geändert werden in *Norddeutsche Vereinsbank AG*. Als neuen Leiter nennt man Direktor Köpke von der Hamburger Filiale der DD-Bank. Daß Schröder aus der Bank ausscheiden muß, ist wohl nicht nur auf die großen Verluste des Instituts zurückzuführen, sondern auch auf die persönliche Unbeliebtheit des oft schroffen und unbeherrschten Mannes. Über das Schicksal der großen Aktienposten einzelner führender Unternehmungen, die Schröder aufgehäuft hat, insbesondere des großen Bestands an Lloyd-Aktien, ist noch nichts bekannt. Möglicherweise spielen diese Aktienbestände bei dem Stundungsabkommen mit den Auslandsgläubigern, die anderthalb Jahre stillhalten sollen, eine Rolle, vielleicht auch bei den Vereinbarungen mit dem bremischen Staat. Eine Verschleuderung der umfangreichen Aktienbestände zu den letzten Kursen kommt wohl nicht in Frage. Dafür werden sicherlich die interessierten Wirtschaftskreise Vorsorge treffen.

Eine Zahlungseinstellung in der Schallplattenindustrie

Die Schallplattenindustrie gehört zu denjenigen „neuen“ Industrien, die in der letzten Konjunkturperiode unter dem Einfluß des technischen Fortschritts gute Geschäfte machen konnten und sich im Anschluß daran stark ausgedehnt haben. Der Rückschlag ist in Deutschland bisher weniger sichtbar geworden als anderwärts, vor allem in England. In dem Gründerboom, den es dort gegeben hat, spielten die neuen Grammophon-Unternehmungen eine bedeutende und meist unerfreuliche Rolle; viele von ihnen sind wieder eingegangen. In Deutschland ließ die Kapitalknappheit solche Neugründungen weniger leicht zu, und die Expansion beschränkte sich in der Hauptsache auf die wenigen älteren Firmen, die ihre Anlagen mit Hilfe der großen Gewinne aus dem laufenden Geschäft oder auch mit Hilfe neuer Mittel erweiterten. Ihre bedeutenden Reserven machten es ihnen möglich, die Krise verhältnismäßig gut zu überstehen, obwohl der Absatz (vor allem im Inland) außerordentlich stark zurückgegangen ist. Nun tritt zum erstenmal eine Zahlungseinstellung von Belang ein, bezeichnenderweise bei einer jüngeren Firma, der *Deutschen Ultraphon AG*. An sich ist diese Gesellschaft nicht sehr groß; sie hat ein Kapital von 300 000 RM; aber sie gehört zu dem Konzern *Küchenmeister*, der in der Tonfilm-Industrie eine bedeutende Rolle spielt, insbesondere als Mehrheitsbesitzer der Tobis. Daß er die Ultraphon AG nicht halten konnte, hat offenbar mehrere Ursachen. Ob eine davon die Politik des Konzerns ist, die schon mehrfach kritisch betrachtet wurde, läßt sich wegen der Unübersichtlichkeit der stark verschachtelten Organisation nicht ohne weiteres erkennen. Sicher hat aber die Lage der *Schallplatten-Industrie* die Hauptschuld an der Schwierigkeit, besonders wenn die Tonfilminteressen — wie ausdrücklich versichert wird —

gar nicht davon berührt werden. Allerdings soll auch eine ausgesprochene Mißwirtschaft vorgelegen haben; der Generaldirektor, den man jetzt als den Sündenbock hinzustellen sucht, ist bereits ausgeschieden. Man würde aber Unrecht tun, wenn man diesen Zustand nur als eine persönliche und zufällige Verfehlung betrachten würde; denn verschachtelte Konzerne sind aller Erfahrung nach ein guter Boden für unwirtschaftliches Arbeiten. Welche Wirkungen dieser Fall im übrigen noch innerhalb des im wesentlichen von holländischen Banken finanzierten Konzerns haben wird, muß man abwarten. Die Deutsche Ultraphon AG hat rund 1¼ Mill. RM Verbindlichkeiten, von denen etwa 1 Mill. RM auf Konzernfirmen entfällt; ihr Kapital liegt bei der NV Küchenmeisters Internationale Ultraphoon Mij. in Amsterdam, die ihrerseits durch die NV Küchenmeisters Internationale Accoustiek Mij. kontrolliert wird.

Die Umlage im Ruhrkohlen-Syndikat

Als vor fünf Wochen das freiwillige Ruhrkohlen-syndikat zustande kam, hatte man mehrere — zum

Teil entscheidende — Fragen einem Schiedsrichter-spruch überlassen müssen; nur dadurch war es möglich, die Verhandlungen rechtzeitig zu Ende zu führen. Über die wichtigste dieser Fragen, die Methode der „Umlage“, ist nunmehr von dem Schiedsrichter, Berghauptmann Bennhold, eine endgültige Entscheidung getroffen worden, und damit wurde der auf zehn Jahre befristete Syndikatsvertrag vollständig wirksam. Drei Vorschläge lagen dem Schiedsrichter vor. Der *erste* — von den reinen Zechen ausgehend — wollte sämtliche Kosten des Syndikats (die Verwaltungskosten sowohl wie die Verluste aus Mindererlösen beim Absatz ins bestrittene Gebiet) durch eine gleichmäßige Tonnumlage auf den ganzen Absatz, d. h. auf die Verkaufs- und die Verbrauchsbeteiligung, decken lassen. Nach dem *zweiten* Plan hingegen, der von den Hüttenzechen vorgelegt wurde, sollten nur die Verwaltungskosten durch Umlage auf den Gesamtabsatz gedeckt werden, während die Verluste durch die Mindererlöse im bestrittenen Gebiet ausschließlich von der Verkaufsbeteiligung getragen werden sollten. Der *dritte* Vorschlag endlich, der ebenfalls von den Hüttenzechen vorgelegt wurde, ging dahin, daß die Gesamtkosten zwar durch eine gleichmäßige Umlage auf den ganzen Absatz aufzubringen seien, den Hüttenzechen aber eine Ausfuhrvergütung in der Höhe des Unterschieds zwischen dem Durchschnittsverrechnungspreis des Syndikats und dem Durchschnittserlös im bestrittenen Gebiet ausgezahlt werde. Dem Schlichter gelang es, einen Ausgleich auf der mittleren Linie zwischen diesen verschiedenen Vorschlägen zu finden. Er knüpfte dabei an den „Thyssen-Vorschlag“ an, nach dem der *Eisenexport* als Index für die Lage der Hüttenzechen dienen soll (vgl. Nr. 27, S. 1082). Je größer die Exportquote bei den wichtigsten Erzeugnissen des Stahlwerksverbandes ist, je mehr also die durchschnittlichen Erlöse im Eisenabsatz sinken, je schlechter also die Lage der Hüttenzechen ist, um so geringer soll die Beteiligung der Kohlenselbstverbraucher an der Umlage des Kohlensyndikats sein; zu dem Eisenexport wird dabei der indirekte Export (Rückvergütung nach dem Avi-Abkommen) eingerechnet. Da es nach Ansicht des Schiedsrichters

„nicht unbegründet erscheint“, in dem Auf und Ab der Eisenkonjunktur bis zu einem gewissen Grade ein allgemeines Konjunkturbarometer zu erblicken, so läßt sich die Anwendung derselben Umlageberechnung, die für die Hüttenzechen beschlossen ist, auf die anderen Selbstverbraucher (d. h. vor allem auf die chemische Industrie) einigermaßen rechtfertigen; ideal ist dieser Index allerdings nicht, und man darf bezweifeln, ob er sich in der Praxis bewähren wird. Das Prinzip, die Größe des Eisenexports der Umlageberechnung zugrunde zu legen, ist übrigens in *mehrfacher Hinsicht beschränkt* worden. So darf z. B. der Prozentsatz der Verbrauchsbeteiligung, der von der Umlage frei bleibt, 55 % nicht überschreiten; mit anderen Worten: 45 % des Absatzes auf Verbrauchsbeteiligung sind unter allen Umständen umlagepflichtig. Außerdem gilt diese Regelung nur für jene Syndikatskosten, die durch die Mindererlöse beim Absatz ins bestrittene Gebiet entstehen; für die Geschäftskosten des Syndikats wird hingegen — das ist die wesentliche Abweichung von dem „Thyssen-Vorschlag“ — eine gleichmäßige Tonnumlage auf die Verkaufs- und die Verbrauchsbeteiligung erhoben. Schließlich wurde die Geltungsdauer dieser Regelung auf fünf Jahre beschränkt, und schon innerhalb dieses Zeitraums können beide Parteien unter bestimmten Umständen eine Revision des Verfahrens beantragen — dann nämlich, wenn die Exportquote von Eisen durch Faktoren beeinflusst wird, „die außerhalb des Machtbereichs der Beteiligten liegen, also als Fälle höherer Gewalt anzusprechen sind, wozu auch eine grundlegende Änderung der heutigen Zollverhältnisse gehört“. Es ist deshalb sehr wohl möglich, daß die neue, reichlich „knifflische“ Berechnungsmethode für die Umlagen schon in kurzer Zeit abgeändert wird.

Eine neue Haushalt-Statistik

In den soeben vom Deutschen Bauwerksbund der Öffentlichkeit übergebenen Wirtschaftsrechnungen von 896 Bauarbeiter-Haushaltungen (*Die Lebenshaltung der Bauarbeiter nach Wirtschaftsrechnungen aus dem Jahre 1929*. Verlag Deutscher Bauwerksbund) wird zum erstenmal die Lebenshaltung einer Arbeiterschicht untersucht, die in besonders großem Umfang der Arbeitslosigkeit ausgesetzt ist. Die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe ging schon zur Zeit der Erhebung (1929) über die saisonübliche weit hinaus. Infolgedessen lagen im Gesamtdurchschnitt aller Wirtschaftsrechnungen die *jährlichen Einnahmen* — trotz der relativ hohen Tariflöhne im Baugewerbe — unter den Jahreseinkommen derjenigen Haushaltungen, die vom Statistischen Reichsamt (1927/28), dem Hamburgischen Statistischen Landesamt (1925) und dem Eisenbahnverband (1929) untersucht wurden. Dabei entstammten nur 68 % des Gesamteinkommens dem Arbeitsverdienst des Haushaltungsvorstandes, 13 % wurden aus der Sozialversicherung und anderen Unterstützungen bestritten. Die verhältnismäßig große Bedeutung, die den Erträgen aus eigener Wirtschaft (insbesondere in ländlichen Haushaltungen) zukommt, erklärt sich wahrscheinlich daraus, daß in der Haushaltsführung schon für eine Zeitspanne der Arbeitslosigkeit vorgesorgt wird. Weniger als die Gliederung der Einnahmen weicht die *Ausgabengestaltung* von der in anderen

Haushaltungen üblichen ab. Der Anteil der Nahrungs- und Genußmittel an den Gesamtausgaben stellt sich etwas höher als bei den Haushaltungen anderer Arbeitergruppen, was wohl mit der schweren körperlichen Arbeit in freier Luft zusammenhängt, die einen gesteigerten Nahrungsaufwand erfordert. In denjenigen Haushaltungen indessen, die stärker unter der *Arbeitslosigkeit* zu leiden hatten, zeigt die Zusammensetzung der Ausgaben bemerkenswerte Besonderheiten. Mehrere Ausgabengruppen, die durch das Bestehen des Arbeitsverhältnisses geschaffen werden — Kost und Logis bei Montagearbeiten, Fahrge- lder und Werkzeug — kommen in Fortfall. Die Bedeutung dieser Entlastung der Haushalte ist indessen gering; die Abnahme der Einnahmen nötigt weiterhin zu drastischen Einschränkungen des Verbrauchs, die sich auf die einzelnen Ausgabengruppen in folgender Weise verteilen: Die stärkste Einschränkung erfahren die Ausgaben für *Gesundheits- und Körperpflege, Kleidung und Wäsche* sowie für *geistige und gesellige Bedürfnisse*. Infolgedessen steigt der Anteil der Ausgaben für die Deckung des primären Ernährungs- und Wohnbedarfs. Die *Wohnungsausgaben* können nur wenig gesenkt werden, weil die Arbeitslosen in der Regel eine billigere Wohnung als ihre bisherige nicht erhalten können; die Abnahme der Ausgaben entfällt bei dieser Bedarfsgruppe vor allem auf die Anschaffung und Ergänzung von Hausrat und Möbeln. So wirken sich die Verbrauchseinschränkungen nach dem *Abbau* des bescheidenen Luxuskonsums vor allem in den Ausgaben für die *Ernährung* aus. Kaffee, Tee, Kakao und sonstige Genußmittel, deren Verzehr gerade bei den Bauarbeitern relativ hoch ist, werden nur noch in geringem Umfang verbraucht. Der Konsum an allen *hochwertigeren Nahrungsmitteln* nimmt stark ab. Vergleicht man die Ausgaben jener Maurer-Haushalte, deren Vorstände nur bis zu 150 Tagen im Jahr beschäftigt sind, mit denen, die das ganze Jahr hindurch volle Beschäftigung finden können, so betragen die Unterschiede im Verbrauch (je Vollperson) bei Milch 24 %, bei Eiern 49 %, bei Fleisch 24 %, bei Obst und Gemüse 46 % und bei Brot 1,5 %. Diese Zahlen beziehen sich auf die Ausgaben in Reichsmark, da die verbrauchten Mengen leider nicht erfaßt worden sind. Die mengenmäßige Abnahme mag infolge des Übergangs zu schlechteren Warenqualitäten etwas geringer sein. Der Mangel an den hochwertigeren Nahrungsmitteln wird durch die starke Zunahme des Verbrauchs an *Kartoffeln und Nahrungsmitteln* — die Erwerbslosen wendeten dafür 50 bzw. 10 % mehr auf als die Vollbeschäftigten — nur unvollkommen ersetzt.

**Die Gefahren
des deutsch-ungarischen
Handelsvertrags**

Deutschland und Ungarn wurde in allen handelspolitisch interessierten Kreisen, besonders in denjenigen der deutschen Exportindustrie, für die der ungarische Absatzmarkt große Bedeutung hat, mit großer Spannung erwartet. Man hoffte hier durch Zugeständnisse auf dem Gebiet der Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte die Möglichkeit zu erhalten, der deutschen Industrie einen Markt zu retten oder sogar auszubauen, auf den sie seit Jahrzehnten

Dr. Gerhard Schacher schreibt uns: „Der jetzt in Genf abgeschlossene Handelsvertrag zwischen

besonderes Gewicht legt. Während Deutschland in der ungarischen Einfuhr von Fertigfabrikaten eine hervorragende Rolle spielt und beispielsweise etwa 50 % des ungarischen Bedarfs an ausländischen Maschinen und Apparaten, an der Einfuhr von Rohmetallen, an elektrischen Maschinen, Eisenwaren und zahlreichen anderen Industriefabrikaten als wichtigster Lieferant deckt, haben sich die deutschen Bezüge an ungarischen Agrarprodukten immer katastrophaler gestaltet, und gerade jetzt, im ersten Halbjahr 1931, haben sie einen kaum noch zu unterbietenden Tiefstand erreicht. Der wichtigste ungarische Exportartikel, lebende Tiere, ist in der deutsch-ungarischen Handelsbilanz mit wenigen tausend Reichsmark vertreten, während z. B. Italien, das weit geringere Interessen seiner Industrieausfuhr in Ungarn zu vertreten hat, im Jahre 1930 für nicht weniger als 70 Mill. Pengö Schlacht- und Zugvieh aus diesem Lande bezog und damit annähernd 60 % der Exporte dieses Artikels aufnahm. Ähnlich liegen die Dinge auf dem Gebiet der Getreide- und Fleischwarenausfuhr. Fast aus jeder Position der deutsch-ungarischen Handelsbilanz spricht ein merkwürdiges Mißverhältnis zugunsten des deutschen Absatzes, und wenn man von ungarischer Seite bisher bemüht war, der Industrieimport aus Deutschland weiter ihre führende Stellung zu belassen, obwohl fast jeder einzelne der letzten ungarischen Vertragsabschlüsse mit Italien, Österreich usw. bedeutende Konzessionen hinsichtlich der landwirtschaftlichen Ausfuhr brachte, so geschah dies offenbar hauptsächlich deshalb, weil man auf weitgehende deutsche Zugeständnisse im neuen Handelsvertrag rechnen zu können glaubte. — Diese Hoffnungen sind jedoch so enttäuscht worden, daß der Pressedienst des deutschen Landwirtschaftsrats unterm 25. Juli erklärte: „Die Bemühungen Ungarns, Zollbindungen für handelsvertraglich bisher noch nicht festgelegte deutsche Agrarzölle zu erreichen, konnten von den deutschen Unterhändlern mit Erfolg abgewehrt werden.“ Zugestanden wurde von deutscher Seite (wie dies schon im deutsch-rumänischen Verträge vorgesehen war) eine *Präferenz für Futtergerste und Mais*. Ungarn exportiert Mais fast nie, oder nur in den seltenen Jahren besonders guter Ernte und dann in geringen Mengen. Die Gerstenausfuhr Ungarns beschränkt sich auf den Export von Braugerste, die durch dieses Zugeständnis nicht erfaßt wird, während eine Ausfuhr von Futtergerste kaum vorliegt. Zugestanden wurden ferner — ebenfalls dem rumänischen Vertrag entsprechend — ein *Einfuhrkontingent von 6000 Rindern*, auf das von ungarischer Seite schon auf Grund des deutsch-schwedischen Handelsabkommens im Zusammenhange mit der Meistbegünstigung ein Anspruch bestanden hatte, und ein *Kontingent von 80 000 geschlachteten Schweinen*, das aber wegen der hohen Zölle und des niedrigen Schweinefleischpreises in Deutschland auf absehbare Zeit keine praktische Bedeutung erlangen wird. — Der weitaus wichtigste Punkt der während vieler Monate geführten deutsch-ungarischen Verhandlungen war die von deutscher Seite bis zuletzt in Aussicht gestellte Freigabe einer Einfuhr von 100 000—150 000 t ungarischen Weizens, die von deutschen Gesellschaften zu einem ungarischen Inlandspreis abgenommen werden sollte. Auf diese Weise wäre ein — angesichts der für Deutschland hochaktiven Handelsbilanz durchaus verständ-

licher — Abfluß eines Teils des ungarischen Getreideüberflusses geschaffen worden, und hier wäre der Weg gewesen, etwas für die Aufrechterhaltung der relativ bedeutenden ungarischen Industriebezüge aus Deutschland zu tun. Diese Zugeständnisse wurden in letzter Minute widerrufen, und selbst die ungarischen Vorschläge, wenigstens durch einige andere Zugeständnisse etwa auf dem Gebiet der ungarischen Kleie-Ausfuhr einen Ersatz zu schaffen, wurden unter Hinweis auf die schwierige deutsche Wirtschaftslage abgelehnt, obwohl gerade diese Wege viel zur Erleichterung der bäuerlichen Betriebswirtschaft in Deutschland beigetragen hätten. Wie nicht anders zu erwarten war, wurde ein großer Teil der von Ungarn in Aussicht gestellten Zugeständnisse hinsichtlich der Herabsetzung weiterer Zölle für die ungarische Industriewareneinfuhr nunmehr ebenfalls zurückgezogen, und es bedarf keiner großen Kombinationsgabe, um sich darüber klarzuwerden, wie sich die Verhältnisse des deutschen Industrieabsatzes nach Ungarn in Zukunft gestalten dürften. Alles deutet darauf hin, daß die bisher immer vermiedene Schrumpfung des deutsch-ungarischen Handelsverkehrs nunmehr in kurzer Zeit eintreten dürfte, und die neuen Angaben über die Entwicklung im ersten Halbjahr 1931 zeigen bereits, wohin der Weg führt, der durch die bis zuletzt erhofften, von seiten der deutschen Großlandwirtschaft aber nun vermiedenen Zugeständnisse hätte verbaut werden können. Es ist unmöglich, einem Lande, das seit Jahrzehnten einen außerordentlichen Teil seines Fertigwarenbedarfs aus Deutschland bezieht, auf die Dauer zuzumuten, seine gesamte Agrarausfuhr, mit der es allein diese Industriewarenbezüge zu finanzieren vermag, unter den größten Schwierigkeiten in fremde, zum Teil sogar sehr entfernte Länder zu leiten. Die Gründe, mit denen man ein solches ausschließlich im Interesse der eigenen Großlandwirtschaft gelegenes Vorgehen zu begründen versucht, sind sattsam bekannt. Sie sehen für den deutsch-ungarischen Handelsverkehr nicht anders aus als etwa im Verhältnis zu Polen und den Randstaaten. Man arbeitet immer wieder mit den berühmten veterinär- und gesundheitspolizeilichen Maßnahmen und mit Argumenten ähnlicher Durchschlagskraft. Mehr als je ist Deutschland heute darauf angewiesen, seinen Absatz in südöstlicher Richtung auszuweiten, und fast alle hierzu nötigen Voraussetzungen in wirtschaftlicher und verkehrspolitischer, ja selbst in außenpolitischer Hinsicht scheinen erfüllt zu sein. Nur eine Voraussetzung fehlt nach wie vor: die Einordnung der Sonderinteressen von etwa 5000 großagrarischen Betrieben in ein vernunftmäßiges handelspolitisches Aktionsprogramm.“

Neuordnung der österreichischen Handelsverträge

Man schreibt uns aus Wien: „Ungeachtet des Versuchs Österreichs, durch eine Zollunion mit

Deutschland seinen Wirtschaftsraum zu erweitern und so seine schwer gefährdete Existenz zu sichern, ist die Regierung auf Betreiben der Landwirtschaft und Industrie seit mehr als einem Jahr bestrebt, die wichtigsten Handelsverträge neu zu ordnen. Das Ziel dabei war: Verstärkter Schutz des Binnenmarktes um jeden Preis, also die Aktivierung der in den letzten Tarifnovellen beschlossenen Hochschutzzölle in den Handelsverträgen. Die Stimmung sowohl der

Landwirtschaft als auch der Industrie war dabei auf Kampf eingestellt und in der Tat hat die Regierung auch im Verlauf der Handelsvertragsverhandlungen die Verträge mit Ungarn, der Tschechoslowakei und mit Südslawien gekündigt. Zum Zollkampf ist es aber nicht gekommen. Die Handelsvertragskampagne Österreichs schloß mit einem ‚vollen Erfolg‘. In rascher Folge konnten kürzlich die Handelsverträge mit Ungarn, Südslawien, Rumänien und mit der Tschechoslowakei abgeschlossen werden (der mit Italien steht vor dem Abschluß), mit denen eine neue Ära des Agrar- und Industriehochschutzes in Österreich eingeleitet wird, gleichzeitig aber auch eine Ära eines neuen handelspolitischen Systems. Der interessanteste von diesen Handelsverträgen ist zweifellos der mit Ungarn. Er ist im Grunde genommen ein mehrseitiger. Die Vertragsverhandlungen wurden zum Teil kollektiv geführt und zwar nahm als drittes Land Italien teil. Ein Regionalabkommen ist es aber nicht, sondern Italien, das dem ungarischen Vertrag beigetreten ist, tritt nur als Bürge auf, es garantiert gewisse von Ungarn übernommene Präferenzverpflichtungen gegenüber Österreich. Daß der österreichisch-ungarische Handelsvertrag auch ein Präferenzvertrag ist, das ist das eigentlich Neue daran. Allerdings begnügt sich der Vertrag nicht mit einer offenen Vorzugsbehandlung, sondern er sieht in Anlehnung an die Genfer Empfehlungen für bestimmte österreichische und ungarische Warenkontingente Kreditverbilligung vor. Dieser Kreditverbilligung unterliegen bestimmte Kontingente der Einfuhr von ungarischem Getreide, Vieh und Fleisch nach Österreich und bestimmter Kontingente der Einfuhr österreichischer Industriewaren (u. a. Textilien, Papier, Holz und Glas) nach Ungarn. Kann Ungarn die Österreich zugestandenen Kontingente nicht voll erfüllen, dann ist Italien verpflichtet, den Ausfall durch Übernahme österreichischen Holzes zu ersetzen. Wie man sieht, geht das weit über die Genfer Empfehlungen hinaus, die nur eine einseitige Begünstigung der Getreideausfuhr aus den osteuropäischen Staaten, nicht aber auch eine Gegenleistung an die übernehmenden Industriestaaten vorgesehen haben. Selbstverständlich sind die Kontingente und die Organisation der sogenannten Kreditverbilligung nicht im Vertrag selbst enthalten, der spricht nur davon, daß Österreich und Ungarn ein gemeinsames Büro zur Förderung des gegenseitigen Handels gründen, sondern gewissermaßen Privatvereinbarungen überlassen. Mit Südslawien wurde eine offene Präferenz für die Einfuhr von Getreide nach Österreich vereinbart. Die Kreditverbilligung fällt bei diesen Verträgen weg. Hingegen wird der italienische Vertrag, in dem die industriellen Positionen die Hauptrolle spielen, ähnlich dem ungarischen gestaltet, auch hier Kontingente und Kreditverbilligung. Dieser neue handelspolitische Weg, der von Österreich beschritten wird, ist nicht ungefährlich, er ist eine Verzerrung dessen, was man sich bisher darunter vorgestellt hat, und kann sich leicht als ein Irrweg herausstellen. Seine Grundrichtung ist ja doch: die Abschließung des österreichischen Binnenmarktes, was nur durch Preisgabe von Ausfuhrinteressen möglich war. Also statt Förderung des internationalen Handelsverkehrs neue Hemmungen durch ein raffiniertes Kontingentsystem zur Umgehung der Meistbegünstigung. — Wie sehr das zutrifft, zeigt deutlich der neue Handelsver-

trag mit der Tschechoslowakei, der frei von Präferenzen ist und der die schon vorher recht beträchtliche Industriezollmauer um Österreich ganz bedeutend erhöht. In diesem Vertrag wurden insbesondere die Zölle auf Textilien, Eisenwaren, Glas und Maschinen hinaufgesetzt. Demgegenüber hat auch die Tschechoslowakei einzelne ihrer Industriezölle erhöht. Die Zollerhöhungen, welche die Tschechoslowakei, Ungarn und Südslawien vorgenommen haben, spielen aber die geringere Rolle, die Exportfähigkeit der österreichischen Industrie — eine Lebensfrage Österreichs — wird vielmehr von der durch die neuen Industrie- und Agrarhochschutzzölle hervorgerufenen gewaltigen Erhöhung des Preisniveaus im Inland getroffen. Von ernstesten Wirtschaftspolitikern wird schon jetzt die Frage aufgeworfen, ob denn schließlich nicht durch die Verteuerung der Erzeugung selbst der Vorsprung, der der österreichischen Industrie von Ungarn eingeräumten Industrienpräferenz mehr als wettgemacht wird.“

Die Generalversammlung der Österr. Credit-Anstalt

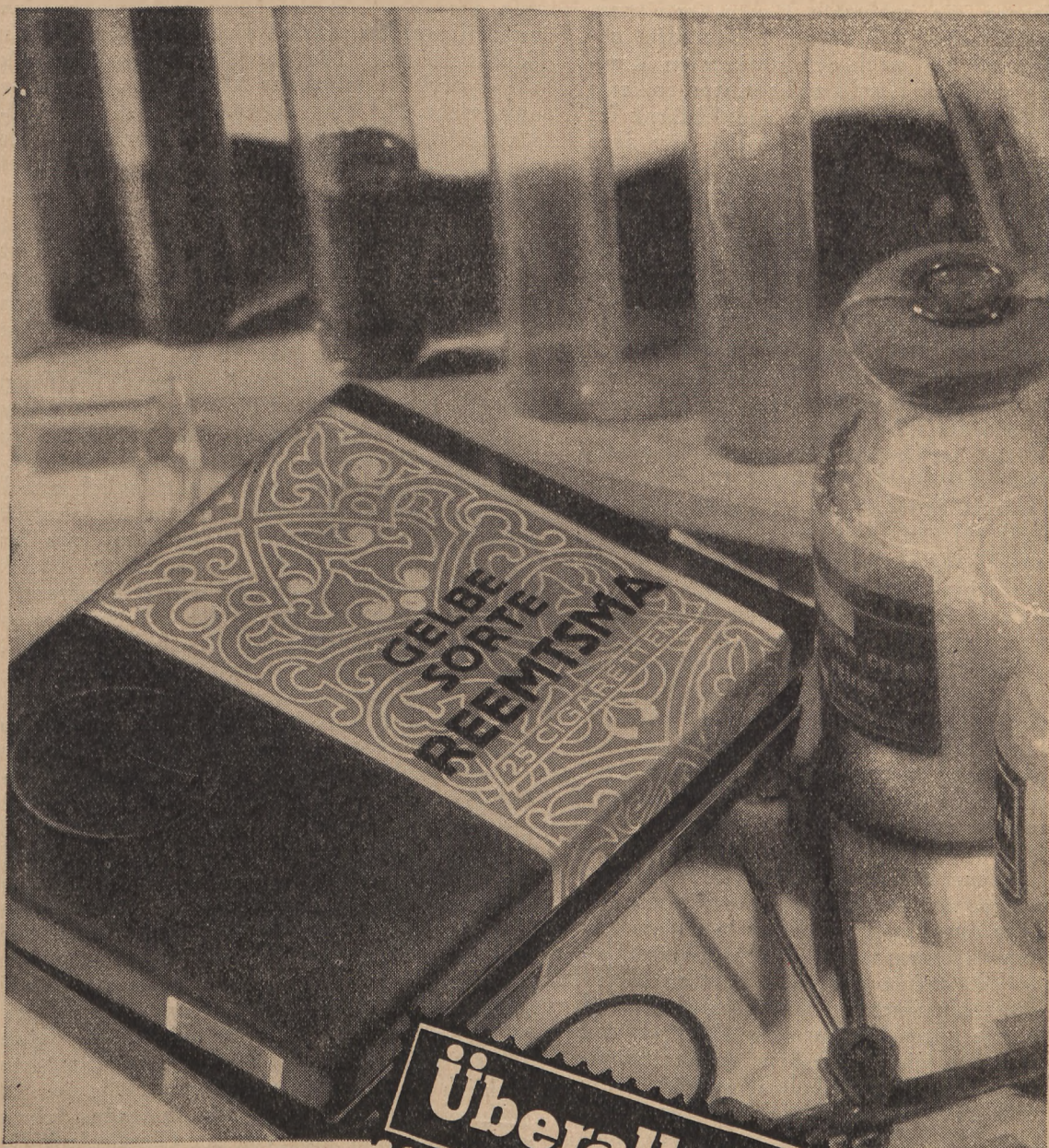
Wer erwartet hatte, daß die Generalversammlung der Österreichischen Credit-Anstalt, die sich mit der notdürftig konstruierten und von den Tatsachen längst überholten Bilanz für 1930 befassen sollte, irgendwelche Aufklärungen von Belang bringen werde, kann nur eine Enttäuschung buchen. Die Bilanz selbst und die Gewinn- und Verlustrechnung enthalten nichts, was erwähnenswert ist; den wirklichen Stand der Dinge bei dem größten österreichischen Kredit-Institut wird erst der Revisionsbericht klarlegen, dessen Bekanntgabe wohl in kurzer Zeit zu erwarten ist. Die Erläuterungen, die von der Verwaltung in der Generalversammlung gegeben wurden, waren mehr als dürftig. Im Vordergrund aller Verwaltungsaussagen steht immer der Hinweis, daß alles Unglück auf die überstürzte Übernahme der Boden-Credit-Anstalt zurückzuführen sei, deren Konzern-Unternehmungen der Bank ungeheure Verluste zugefügt hätten. Daneben wird die Weltwirtschaftskrise für die Katastrophe des Instituts verantwortlich gemacht; die Verwaltung selbst und ihre unzulänglichen Maßnahmen trifft, wenn man das alles gelten lassen will, kaum eine Schuld. Für den Direktor Otto Deutsch, den Sprecher der Verwaltung in der Generalversammlung, und seine Kollegen vom Vorstand, insbesondere den Direktor Hajdu, dessen abweichende Ansicht bekannt ist, bedeutet es menschlich gewiß ein Plus, wenn sie auch heute noch nicht von den früheren Vorstandsmitgliedern abrücken wollen. Aber der unbefangene Beurteiler kann zwar verstehen, daß man sich schützend vor einen Mann wie Herrn v. Neurath stellt, nicht aber, daß man auch so problematische Figuren wie den früheren Direktor Ehrenfest zu decken versucht. Die Psychologie der Generalversammlungsbesucher hatte indes die Verwaltung vorher richtig eingeschätzt. Wenn man von dem sozialdemokratischen Angestelltenvertreter absieht, trat niemand auf, der auch nur den Versuch machte, den Vorstand und den Verwaltungsrat für die furchtbaren Verluste zur Verantwortung zu ziehen. Wo waren die schwer geschädigten Aktionäre, die noch beim Zusammenbruch der Boden-Credit-Anstalt in der Generalversammlung aufstanden, um von den Männern, denen das Geschick ihrer

Bank anvertraut war, Rechenschaft zu fordern? An ihrer Stelle waren Leute erschienen, die der Verwaltung fast ein Loblied sangen! Die Regie war unheimlich geschickt, zu geschickt. — Direktor Deutsch legte besonderen Nachdruck auf die Behauptung, daß die früheren Bilanzen der Credit-Anstalt zutreffend gewesen seien; sie hätten „ein absolut wahrheitsgetreues Bild des Bankstatus“ gegeben. Für die Beurteilung des Verschuldens der Verwaltung ist diese Frage von großer Bedeutung. Es gelang Deutsch aber nicht, seine Behauptung zu beweisen. Gerade in den entscheidenden Punkten waren seine Angaben unzulänglich. Weder hat er hinreichend klarlegen können, daß die großen Wertpapierbestände mit der erforderlichen Vorsicht bewertet worden sind, noch konnte er davon überzeugen, daß den enormen Verlusten bei den Debitoren rechtzeitig Rechnung getragen worden ist. Hiermit aber steht und fällt die Behauptung, daß die früheren Bilanzen der Credit-Anstalt richtig waren und die Dividenden und Tantiemen zu Recht bezahlt wurden. Freilich, nachdem der österreichische Staat die Einlagen der Bank garantiert hat und die Aktionäre sich, nach dem Verlauf der Generalversammlung zu urteilen, mit ihren Verlusten abgefunden haben, hat die Erörterung dieser Dinge wohl nur noch historisches Interesse. Ernstere Sorge bereitet die Frage nach dem weiteren Schicksal der Bank, mit welcher der österreichische Staat auf Gedeih und Verderb verbunden ist. Generaldirektor des Instituts ist der Vertrauensmann der Regierung, Dr. Spitzmüller, ein untadeliger Mann, aber kein Bankpraktiker. Neben ihm wirken einige Fachleute, die bereits früher dem Vorstand angehört haben und die Herr Spitzmüller, um die „Kontinuität der Leitung“ zu wahren, nicht missen möchte. Hiergegen bestehen erhebliche Bedenken. Jedes frühere Mitglied des Vorstands muß notwendigerweise die von ihm und seinen ehemaligen Kollegen eingegangenen Geschäfte anders betrachten als neue Männer, die völlig unbelastet durch alte Geschäftsverbindungen an die Abwicklung gehen. Davon abgesehen, ist der Vorstand einem „Rekonstruktionsausschuß“ unterstellt worden, dessen eigentliche Aufgabe niemand genau kennt. Vermutlich ist dieser Ausschuß mit dem Kontrollorgan identisch, das die Regierung auf Wunsch der International Committee zusammengeschlossenen Auslandsgläubiger der Credit-Anstalt einsetzen muß. Sicher ist nur, daß der Ausschuß die Arbeit des Vorstands nicht gerade erleichtern wird. Für den österreichischen Staat ist aber angesichts seiner verzweifelten Finanzlage jeder Schilling von Bedeutung, der bei der Abwicklung der mit ihm eng verbundenen Credit-Anstalt gerettet wird.

Die Abwicklung der Amstel-Bank

Erst aus dem Bericht des gerichtlichen Sachverständigen erhält man näheren Aufschluß über die Lage der Amstel-Bank, der holländischen Dépendance des Wiener Hauses Rothschild und der Österreichischen Credit-Anstalt. Nachdem sich das Unvermögen der beiden Wiener Großaktionäre herausgestellt hatte, die Amstel-Bank wirksam zu stützen, mußte man die anfangs gehegte Hoffnung, das Amsterdamer Institut weiter betreiben zu können, aufgeben. Die Beanstandungen in dem Prüfungsbericht des von dem holländischen Gericht bestellten Sachverständigen betreffen

*Die geistige Anspannung bei der Beobachtung chemischer Prozesse
wird durch die Hilfe einer guten Spezial-Cigarette sehr erleichtert.*



Überall fabrikfrisch!

CIGARETTEN
**GELBE
SORTE**
REEMTSMA **6 Pf.**

zunächst die mangelnde Vorsorge für die Liquidität der Bank, ferner die schlechte Risiko-Verteilung. Wenn festgestellt wird, daß zuviel Großkredite gewährt worden sind und auch der bestimmten Wirtschaftszweigen gewährte Kredit zu hoch war, so kann das nicht weiter verwundern. Die Amstel-Bank ist von Rothschild und der Credit-Anstalt für ihre Zwecke gegründet worden und hat wohl nie ein allgemeines Bankgeschäft wie irgendeine andere Kreditbank betrieben. Dementsprechend bekam sie auch von den Wiener Patronatsstellen erhebliche Mittel, und zwar sowohl in Form von direkt gewährten Krediten als auch im Wege von Bürgschaften, die Rothschild und die Credit-Anstalt für die Amstel-Bank übernahmen. Viel schwerer wiegt der Vorwurf, daß die jetzt ausgewiesenen Verluste nicht erst im laufenden Jahr entstanden seien. Nach Ansicht des Sachverständigen hätte in Wirklichkeit bereits die letzte Bilanz ein Defizit ausweisen müssen, so daß die letzte Dividende und die Tantiemen zu Unrecht verteilt worden wären. Es wird also gegen die Leitung der Amstel-Bank ein ähnlicher Vorwurf erhoben wie gegen die Verwaltung der Credit-Anstalt. Ob mit Recht, muß dahingestellt bleiben. Die Amstel-Bank ist zweifellos durch den Fall der Credit-Anstalt und die im Zusammenhang damit eingetretene Beengung des Wiener Hauses Rothschild stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Ob tatsächlich am 30. Juni der Überschuß der Aktiva über die Passiva 23 Mill. fl betragen hat, wie die Verwaltung mitteilte, ist sehr zweifelhaft, aber die von dem Sachverständigen jetzt auf 40 Mill. fl geschätzten Verluste werden an diesem Stichtag ebenfalls kaum vorhanden gewesen sein. Eine Liquidationsbilanz sieht anders aus als die Bilanz einer in vollem Betrieb befindlichen Bank, namentlich wenn Ereignisse wie die Kreditkrise in Deutschland, die Zuspitzung der Lage in Österreich, das Moratorium in Ungarn und die gesteigerte Unsicherheit und Nervosität auf allen großen Geldplätzen der Welt hinzutreten. Charakteristisch sind die Bedenken, die gegen die forcierte Rückzahlung von Depositen in den letzten Wochen vor dem Schluß der Amstel-Bank erhoben werden. Alle Theoretiker und Praktiker sind sich darüber einig, daß es bei einem Run auf eine Bank, wenn man nicht zu der letzten Notmaßnahme des Moratoriums und der Staatsgarantie wie in Deutschland greifen will, nur ein Mittel gibt: zahlen! Das hat die Amstel-Bank versucht und sie war zu dem Versuch auch berechtigt, so lange sie hoffen durfte, bei ihren beiden Wiener Großaktionären eine hinreichende Stütze zu finden. Sowohl Rothschild als auch die Credit-Anstalt haben offenbar für die Amstel-Bank getan, was sie konnten, aber sie waren sehr bald am Ende ihrer Kraft. Daß die andern Gläubiger der Amstel-Bank, insbesondere die englischen, zu Stützungsmaßnahmen nicht bereit waren, die das Weiterbestehen der Amstel-Bank gesichert hätten, dürfte verschiedene Ursachen haben. Zunächst handelt es sich zum Teil um dieselben Kreise, die schon durch den Sturz der Credit-Anstalt und die Zusammenbrüche in Deutschland stark in Mitleidenschaft gezogen wurden. Man stellte offenbar die Überlegung an, daß das Stillhalten auf längere Zeit gegenüber der Credit-Anstalt und manchen deutschen Stellen wichtiger sei als die Aufrechterhaltung der Amstel-Bank. Ferner sprach wohl bei dieser Haltung im Falle Amstel-Bank auch

eine gewisse Mißstimmung gegenüber der Bankleitung mit. Der Konkurs der Bank wird vermutlich vermieden werden, zumal sich auch der gerichtliche Sachverständige für die Gewährung eines Moratoriums und die langsame Abwicklung der Geschäfte ausspricht. Mit dem Verschwinden der Amstel-Bank verliert die mitteleuropäische Wirtschaft in Holland eine Stütze, die ihr eine Zeitlang gute Dienste geleistet hat.

Lord Kysants Verfehlungen

Skandale in der deutschen Wirtschaft, vor allem die Vorgänge bei „Nordwolle“ und „Devaheim“ (ganz zu schweigen von dem Fall Favag, der demnächst vor Gericht sein Ende finden wird), haben die Frage auftauchen lassen, ob man etwa in Deutschland unredlichen Geschäftsgebarungen mit größerer Gelassenheit gegenüberstehe als in anderen Ländern. Man verwies auf *Gualino*, der lebenslänglich aus Italien verbannt wurde, auf *Hatry*, der zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, auf die Schuldigen bei dem *Hanau-* und dem *Oustric-Skandal* in Frankreich. Unter diesem Gesichtspunkt wurde der Prozeß gegen *Lord Kysant*, den Leiter der beherrschenden englischen Schifffahrtsgesellschaft Royal Mail Steam Packet Co., und gegen seinen früheren Revisor, *Morland*, einen Angestellten der Treuhandfirma Price, Waterhouse & Co., in Deutschland mit besonderem Interesse verfolgt. Um den Ausgang des Prozesses vorwegzunehmen: Lord Kysant ist zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden, Mr. Morland wurde freigesprochen. Den beiden Angeklagten waren Bilanzverschleierung und Bilanzfälschung sowie falsche Angaben in einem Emissionsprospekt vorgeworfen worden. Durch Auflösung stiller Reserven bei mehreren Tochtergesellschaften und bei der Muttergesellschaft war es Lord Kysant gelungen, jahrelang beträchtliche Gewinne auszuweisen und Dividenden zu verteilen, obwohl der Konzern bereits mit Verlusten arbeitete. So sind schon im Jahre 1926 355 000 £ Gewinn ausgewiesen worden, während tatsächlich ein Betriebsverlust in der Höhe von 804 000 £ vorhanden gewesen sein soll. In jenem Jahr sowohl wie auch später sind von der Gesellschaft Dividenden ausgeschüttet worden, ja die Dividende wurde sogar erhöht: 1926 wurden 4 %, 1927 aber 5 % ausgezahlt! In dieser Maßnahme erblickten die Ankläger das *Hauptvergehen*; denn eine solche Dividenden-erhöhung ließ den Verdacht aufkommen, daß nicht nur der Wunsch, die Lage der Gesellschaft nach außen günstig erscheinen zu lassen, sondern auch persönliche Geldgier des Lord im Spiele gewesen seien; bei einer 4 %igen Dividende erhielt Lord Kysant nämlich nur eine feste Tantieme von 3000 £, bei einer 5 %igen Dividende hingegen mehr als 25 000 £. Aber der Lord hat auf das heftigste bestritten, daß er diese Politik persönlicher Vorteile wegen geführt habe, und auch die Richter konnten sich nicht entschließen, die Frage nach der betrügerischen Absicht zu bejahen. So wurde Lord Kysant in diesem Falle freigesprochen und nur wegen der Fälschung eines Emissionsprospektes verurteilt, während Mr. Morland, der zwar die Bilanzen, nicht aber den Prospekt unterschrieben hatte, freigesprochen wurde. Die Frage, die von den Richtern zu entscheiden war, hatte einen recht „akademischen“ Charakter. Alle

Beteiligten waren sich darüber klar, daß es im Interesse einer Gesellschaft liegen kann (und deshalb unter Umständen zu billigen ist), stille Reserven aufzulösen und Dividenden zu verteilen, auch wenn ein Gewinn in dem betreffenden Jahr nicht erzielt wurde. Aber man war sich ebenso darüber einig, daß eine Gesellschaft mit dieser Praxis nicht zu weit gehen dürfe, daß eine solche Politik nur „bis zu einem gewissen Grade“ anerkannt werden darf. War im Falle der Royal Mail dieser Grad überschritten worden? Um dieses Thema drehten sich die Verhandlungen vor Gericht. Schließlich kamen die Richter zu dem

Ergebnis, daß vom Standpunkt der Bilanzwahrheit aus dieser Grad zwar nicht oder jedenfalls nicht in betrügerischer Absicht überschritten sei, daß Lord Kysant aber gegen die strengeren Publizitätsvorschriften, die für Prospekte gelten, verstoßen habe. So brachte dieser Prozeß, von dem interessante Auswirkungen auf das englische Aktienrecht erwartet wurden, lediglich eine allgemeine Aufforderung, die Publizitätspflicht mit größerer Wahrheitsliebe zu erfüllen, nicht aber die Aufstellung einer neuen Rechtsnorm oder auch nur eine exaktere Auslegung der schon bisher bestehenden Vorschriften.

Genfer Bankenfusion

Die Zahlungseinstellung der Banque de Genève, über die wir in Nr. 29 (S. 1157) berichtet haben, hat in Genf und darüber hinaus in der Schweiz und auch in Frankreich Beunruhigung hervorgerufen. Die Folgen dieses Bankkrachs waren um so weitergreifend, als die Banque de Genève infolge der aktienmäßigen Beteiligung des Kantons Genf im Publikum vielfach als Staatsinstitut betrachtet wurde. Der Platz Genf hatte unter diesen Schwierigkeiten sehr zu leiden, weil das Publikum auch bei andern Banken und Bankfirmen, die durchaus solvent sind, Angst- abhebungen vornahm. Bei den eigenartigen Bankverhältnissen in Genf konnte diesen Schwierigkeiten zunächst nicht wirksam begegnet werden. Genf besitzt nur zwei größere Institute, das *Comptoir d'Escompte de Genève* und die *Union Financière de Genève*. Die Union ist keine eigentliche Kreditbank, sondern eine Zusammenfassung einiger Genfer Privatbanken. Das Comptoir allein vermag aber den Ansprüchen eines Platzes wie Genf nicht zu genügen. Angesichts dieser Situation haben sich die Union und das Comptoir, die schon seit einiger Zeit freundschaftliche Beziehungen unterhalten, zu einer *Fusion* unter Beteiligung der beiden großen schweizerischen Kreditbanken entschlossen. Union und Comptoir verfügen zusammen über 110 Mill. Fr Aktienkapital. Durch Neuemission werden weitere 40 Mill. Fr Aktien geschaffen. Davon übernimmt 10 Mill. die Gruppe der Genfer Bankhäuser und je 15 Mill. die *Schweizerische Kreditanstalt* und der *Schweizerische Bankverein*. Die offenen Reserven werden rund 15 Mill. Fr betragen, falls die neuen Aktien nicht mit Aufgeld eingezahlt werden, was kaum anzunehmen ist, da die Aktien der beiden sich zusammenschließenden Institute zuletzt nur etwa 70 % notierten. Durch die Fusion und Kapitalerhöhung entsteht eine neue Schweizer Großbank, die dem Genfer Platz eine starke Stütze bieten kann und selbst durch die Beteiligung der beiden führenden Großbanken des Landes vor Angstabhebungen des Publikums gesichert sein dürfte.

Personalia

Der Leiter der Stuttgarter Filiale der Darmstädter und Nationalbank, *Gustav Nollstadt*, ist nach Berlin berufen und zum Direktor der Bank bestellt worden.

Der Seniorchef der Berliner Bankfirma, Gebrüder Arons, Kommerzienrat *Dr. phil. Arons*, wurde am 9. August 70 Jahre alt.

Der Mitinhaber der Frankfurter Bankfirma Jakob Isaac Weiller Söhne, Bankier *Emil Weiller*, ist im Alter von 58 Jahren freiwillig aus dem Leben geschieden.

In den Vorstand der Rudolph Karstadt AG ist Direktor *Paul Spethmann* von der Commerz- und Privat-Bank AG neu eingetreten; er wird im Finanzressort tätig sein.

Das Vorstandsmitglied der Deutsch-Südamerikanischen Bank AG, Direktor *Wilhelm Tang*, schied am 25. Juli freiwillig aus dem Leben.

Der Vorsitzender der Getreide- und Warenbörse in Essen, Dampfmühlenbesitzer *Hermann Schäfer*, ist nach längerer Krankheit gestorben.

Im Alter von 53 Jahren starb der stellvertretende Direktor der Commerz- und Privat-Bank AG, *Johannes Lehn*.

Am 1. August konnte Direktor *Hans Lamm* auf eine 25jährige Tätigkeit als Vorstandsmitglied der Zucker- raffinerie Halle AG zurückblicken.

Bei der Deutschen Beamten-Versicherung Öffentlich-rechtliche Lebens- und Renten-Versicherungsanstalt in Berlin ist für den am 30. September ausscheidenden Generaldirektor *Hartwich* der Ministerialdirigent im Preussischen Innenministerium *Erich Steinbrecher* in das Direktorium eingetreten; zum Generaldirektor wurde der bisherige Direktor *Carl Stuckmann* gewählt.

Der frühere Direktor der Commerz- und Privat-Bank AG, *E. Hufeld*, tritt in den Vorstand der Elite-Diamantwerke, Siegmars, ein.

Aus dem Vorstand der Bing-Werke vorm. Gebr. Bing AG in Nürnberg ist Direktor *Walter Liertz* ausgeschieden.

Aus der Geschäftsführung des Feinblechverbandes ist Direktor *Schumacher* ausgeschieden. Die Geschäfte führt Direktor *Henseler* weiter, der bisher schon dem Vorstand des Verbandes angehörte.

Direktor *Heinrich Heiermann* von der Bergbau-AG Lothringen ist am 20. Juli nach fast 50jähriger Tätigkeit bei dem Unternehmen gestorben.

Der Leiter der Betriebs- und Bauabteilung bei der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft, Staatssekretär a. D. Dr. ing e. h. *Max Kumbier*, beging am 22. Juli sein 40jähriges Dienstjubiläum.

In den Aufsichtsrat der Telefon AB L. L. Ericsson sind *Ivar Kreuger*, Direktor *Sjöström* (Kreuger & Toll) und Bankier *André Meyer*, Paris, gewählt worden.

Der ehemalige Reparationsagent und jetzige Teilhaber der New Yorker Firma J. P. Morgan & Co., *S. Parker Gilbert*, wurde in den Board der Bankers Trust Co. of New York gewählt.

Der Direktor des Instituts für Zuckerindustrie in Berlin, Professor *Dr. Sprengler*, wurde von der Landwirtschaftlichen Hochschule zu Berlin zum Ehrendoktor ernannt.

Der ordentliche Professor der Volkswirtschaftslehre an der Leipziger Universität, Geheimrat *Dr. jur. et phil. K. Wiedenfeld*, ist von der Handelshochschule in Königsberg zum Doktor der Wirtschaftswissenschaft ehrenhalber ernannt worden.

Bayerische Vereinsbank

Kredit- und



Hypotheken-Bank

Niederlassungen an allen
größeren Plätzen des rechtsrheinischen Bayern

Literatur

Blücher-Lange: Auskunftsbuch für die chemische Industrie. 14. völlig umgearbeitete Auflage von Dr. O. Lange. Berlin und Leipzig. Walter de Gruyter & Co. 1931. VI, 862 S. — Preis 50 RM.

Daß der von jeher unentbehrliche „Blücher“ in einer neuen Auflage erschienen ist, wird bei jedem Chemiker und Techniker, der mit diesen Sachen zu tun hat, große Freude erwecken. Diese Freude wird dadurch noch wesentlich gesteigert, daß sich der Neubearbeiter Otto Lange der großen Mühe unterzogen hat, das Werk einer ganz gründlichen Umarbeitung zu unterziehen. Bei aller Vortrefflichkeit des früheren Blücher hatten sich doch allmählich so viele Schlacken angesetzt, daß eine schonungslose Umarbeitung zu einer dringenden Notwendigkeit geworden war. Bei der 15. Auflage ging dies noch nicht in wünschenswertem Maße, da diese Auflage überstürzt hergestellt werden mußte; so ist es um so mehr zu begrüßen, daß es diesmal in gründlichster Weise geschehen ist. Wie Lange angibt, ist mehr als die Hälfte des Textes neu. Mit dieser sachlichen Neubearbeitung ist gleichzeitig der ins Ungemessene gestiegene Umfang des Werkes und damit sein Preis auf wenig mehr als die Hälfte herabgesetzt worden. Das Buch ist damit wieder auf ein von jedem überflüssigen Schmuckwerk freies Nachschlagebuch, Auskunftsbuch im wahrsten Sinne des Wortes, zurückgeführt worden und wird in seiner neuen Form wieder die unendlich guten Dienste leisten, die früher der alte Blücher geleistet hat. Es erscheint aber an dieser Stelle nötig, eindringlich darauf hinzuweisen, daß dieses Werk nicht etwa bloß für den

Chemiker und Techniker von Interesse ist, sondern gerade auch für den *Wirtschaftler*. Es enthält in präzisester und leicht faßlicher Form ein geradezu unendliches Material auch über wirtschaftliche Dinge in übersichtlichster Weise gegliedert. Auf Einzelheiten hier einzugehen, hat unter diesen Umständen keinen Wert, es soll nur betont werden, daß sich das Werk wie seine Vorgänger auch auf dem Schreibtisch nicht nur des Chemikers und Technikers, sondern auch des Kaufmanns, des wirtschaftlich eingestellten Beamten und Gelehrten unentbehrlich machen wird.

Berlin

Prof. Dr. Carl Oppenheimer

Genossenschaftsgesetz. Taschenausgabe für Verwaltung und Mitglieder der Genossenschaften, bearbeitet von Dr. jur. Ludroig Weidmüller. 5. Aufl. Berlin 1931, Deutscher Genossenschafts-Verlag eGmbH. 136 S. Preis 0,95 RM.

Die Neuauflage dieses Buches ist durch mehrfache Änderungen und Ergänzungen, die das Genossenschaftsgesetz in den letzten Jahren erfahren hat, notwendig geworden. In den Gesetzestext sind die Novelle vom 16. Dezember 1929 betr. die Verschmelzung von Revisionsverbänden und die Form von Verschmelzungsverträgen sowie das Gesetz über die Pflicht zum Antrag auf Eröffnung des Konkurses oder des gerichtlichen Vergleichsverfahrens vom 25. März 1930 hineingearbeitet worden. In einem Anhang werden die wichtigsten Vorschriften des Gesetzes unter Berücksichtigung der Rechtsprechung kurz kommentiert.

Marktberichte

Die Konjunktur

Die Einwirkungen der gegenwärtigen Krise auf die *öffentlichen Finanzen* sind ohne Zweifel für die Entwicklung in den kommenden Monaten von außerordentlich großer Bedeutung. Wie das Reichsfinanzministerium ohne Einschränkung zugibt, sind die Einnahmen des Reiches im Juli „katastrophal zurückgegangen“. Durch die hohen Verzugszuschläge von 5 % im halben Monat sollen die Steuerzahler zu einer pünktlichen Ablieferung angehalten werden; gleichzeitig macht das Reich alle Anstrengungen, durch äußerste Sparsamkeit und durch Verschiebung der Gehaltstermine die Ausgaben zu drosseln. Ein zahlenmäßiger Einblick in diese Krisenwirkungen ist der Öffentlichkeit bisher nicht möglich. Die neuesten vom Reichsfinanzministerium veröffentlichten Zahlen erstrecken sich lediglich auf die Einnahmen des Reiches im Juni dieses Jahres, also in einem Monat, in dem die Krise noch nicht zum Ausbruch gekommen war. Schon aus diesen Zahlen ist jedoch ein beträchtlicher Rückgang der Einnahmen zu ersehen. So lagen z. B. die Einnahmen aus Besitz- und Verkehrssteuern im ersten Rechnungsquartal 1931 (April bis Juni) mit 1171 Mill. RM um 222 Mill. unter dem Stand im letzten Quartal des Rechnungsjahres 1930; bei den Einnahmen aus Zöllen und Verbrauchsabgaben betrug der Rückgang 118 Mill. RM (637 Mill. RM). Dieses Mindereinkommen entfällt hauptsächlich auf die veranlagte Einkommensteuer (Rückerstattung eines Teils der Vorauszahlungen), auf die Aufbringungsumlage und die Umsatzsteuer. Einen Mehrertrag brachten hingegen die Lohnsteuer, die Kraftfahrzeugsteuer und die Rennwettsteuer. Bei den Zöllen und Verbrauchsabgaben entfällt das Mindereinkommen hauptsächlich auf die Tabak-, Zucker- und Biersteuer sowie auf das Spiritusmonopol. Gegenüber dem ersten Quartal des Rechnungsjahres 1930 weisen die Zölle hingegen wegen mehrerer Erhöhungen der Tarifsätze eine Steigerung um 60 Mill. RM auf.

Ein ähnlich ungünstiges Bild ergibt sich aus der Finanzgebarung der *Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft* im Juni 1931. Gegenüber dem Juni 1930 sind die Gesamteinnahmen um 56 Mill. RM (14 %) gesunken; im ersten Halbjahr 1931 blieben die Einnahmen sogar um volle 330 Mill. RM gegenüber der entsprechenden Vorjahrszeit zurück, und gegenüber dem ersten Semester des (als normal zu betrachtenden) Jahres 1929 machte der Rückgang sogar 634 Mill. RM aus. Zum überwiegenden Teil konnte diese Senkung jedoch durch Einsparungen ausgeglichen werden; allein der Juni brachte, im Vergleich zum Vorjahr, einen Ausgaben-Rückgang um 78 Mill. RM. Mit einer Mehrausgabe von rund 7 Mill. RM (Einnahmen: 343 Mill. RM, Ausgaben 350 Millionen RM) schließt indessen auch der Juni dieses Jahres noch recht ungünstig ab. Der Personalbestand ist von Mai bis Juni um 8000 auf 640 500 Köpfe gestiegen; dieser Zuwachs entstand ausschließlich durch vermehrte Einstellung von Zeit- und Aushilfsarbeitern bei der Bahnunterhaltung.

Der Geld- und Kapitalmarkt

Relativ flüssige Marktlage

Nach einer Pause von ungefähr drei Wochen ist der Verkehr auf dem Geldmarkt in gewissem Umfang wieder aufgenommen worden. Die Grundlage hierfür bildete die Ingangsetzung des normalen Zahlungsverkehrs bei den Banken und den Sparkassen. Die überaus scharfe Erhöhung des Reichsbankdiskonts, der vom 1. August an 15 % nach 10 % (Lombardsatz 20 % nach 15 %) beträgt, hat das beabsichtigte Ziel vollkommen erreicht: bei den Banken waren die Neueinzahlungen in vielen Fällen größer als die Abhebungen. Für Bankguthaben werden gegenwärtig 11 bzw. 12 % Zinsen gezahlt, während die Sollzinsen parallel mit der Diskontheraufsetzung um 3 % auf 16 % erhöht wurden. Die hohen Zinssätze führten zu erheblichen *Bargeldrückflüssen* bei der Reichsbank. Für die

| Berlin Mittelkurs: | 3. 8. | 4. 8. | 5. 8. | 6. 8. | 7. 8. | 8. 8. |
|--------------------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|
| New York | 4,213 | 4,213 | 4,213 | 4,213 | 4,213 | 4,213 |
| London | 20,475 | 20,475 | 20,460 | 20,465 | 20,445 | 20,445 |

Banken ergeben sich seit einiger Zeit Schwierigkeiten bei der Anlage der täglich neu hinzuströmenden Gelder, da die Reichsbank nicht genügend Wechselmaterial zur Verfügung stellt.

Für *Tagesgeld* werden wieder regelmäßig Sätze genannt; in den letzten Tagen wurde zwischen ersten Firmen zu 9 bis 12 % gehandelt. Für *Monatsgeld* waren 13—14 % zu zahlen, doch dürfte die zunehmende Verflüssigung des Marktes bald zu einem Abbau dieser Sätze führen. *Warenwechsel mit Bankgiro*, die zunächst noch in kleineren Posten umgesetzt wurden, hörte man mit 15—14 %. — Bereits jetzt wird die Frage diskutiert, wann die Reichsbank den gegenwärtigen „Notdiskont“ wieder auf ein normales Niveau zurückschrauben wird. Der Devisenbestand beim Zentralnoteninstitut hat sich weiter erhöht; so dürften am Schluß der letzten Woche rund 500 Mill. RM deckungsfähige Devisen vorhanden gewesen sein. Die Reichsbankleitung hat mit einer Diskontermäßigung offenbar im Hinblick auf den Volksentscheid und die damit verbundene politische Unsicherheit noch gezögert; man rechnet indessen in dieser Woche ziemlich sicher auf eine Diskontermäßigung.

Die Finanzierung der Erntebewegung

Eine Herabschraubung des Zinsniveaus wird in erster Reihe von der *Landwirtschaft* dringend gefordert, weil sonst die Erntefinanzierung kaum überwindliche Schwierigkeiten bereiten würde. Wie es heißt, wird dieses Problem zur Zeit von der Reichsbank und dem Reichsernährungsministerium eifrig beraten, wobei man angeblich an einen ermäßigten Diskontsatz für landwirtschaftliche Wechsel oder an eine Rückvergütung bei voller Diskontberechnung denkt.

Die Warenmärkte

Mit dem allmählichen Abbau der einschränkenden Notverordnungen ist in die Warenmärkte wieder etwas Leben eingekehrt. Lähmend wirken nur noch die einengenden Devisenvorschriften, besonders im Export- und Importgeschäft.

Auf den Getreidemärkten.

hat die Wiederingangsetzung des Termingeschäfts, das seit Mitte Juli ruhte, keine besondere Bewegung hervorgerufen; jedenfalls hat sich die Befürchtung, daß sich alsbald ein starkes Angebot einstellen würde, als übertrieben erwiesen. Zum Teil bot, besonders beim *Roggen*, dem Markte stärkeres Deckungsbedürfnis eine Stütze; aber in der Hauptsache ist das Angebot wohl dadurch klein gewesen, daß sich Kulisse und Außenseiterspiel abwartend verhielten. Hier spricht wesentlich die Einschlußfrage mit, die bei der fehlenden Beleihungsfähigkeit der Wertpapiere nicht zu unterschätzen ist. Die befürchteten Exekutionen sind vorerst nicht notwendig geworden. Um das *Lagerscheinwesen* beschleunigt in Gang zu setzen, ist die Deutsche Getreide-Handels-Gesellschaft ermächtigt worden, indossable Lagerscheine auszugeben und das angelieferte Getreide auf Sammellager zu nehmen. Eine fühlbare Erleichterung ist für die der *Erntefinanzierung* dienenden Mittel von Reich und Reichsbank in ausreichendem Umfange sichergestellt. Bisher hat sich die neue Ernte unter besonders günstigen Wetterbedingungen entwickelt. Die normale Durchschnittsqualität läßt sich noch nicht genau ermitteln, doch scheint das Qualitätsgewicht zwischen 78 und 80 kg zu liegen. Trotz der befriedigenden Qualität war die *Preisbewegung* für die prompte neue Ware abwärts gerichtet. Auf dem Weltmarkt sind die Preise ebenso wie bei uns durchweg abgebrockelt, am schärfsten wiederum beim Weizen. Hier drückt das stärker

Berliner Handels-Gesellschaft

Kommandit-Gesellschaft auf Aktien
G e g r ü n d e t 1 8 5 6

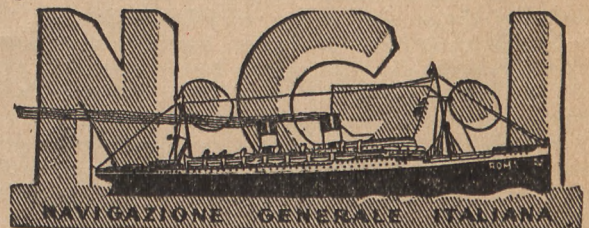
BERLIN W8

Behrenstraße 32-33

Telegramm-Adresse: „Handelschaft“

An- und Verkauf von Effekten
Devisengeschäfte / Umwechslung
fremder Banknoten / Annahme
von Depositengeldern / Stahl-
kammer mit Privattresor

Stadtbüro für den Berliner Geschäftsverkehr
Berlin W8, Charlottenstraße 33



Regelmäßiger Luxus-Expreßdienst

von Genua nach

Nord- und Südamerika

M/S. Augustus 33000 t S/S. Duilio 24000 t.
S/S. Roma 33000 t. S/S. G. Cesare 22000 t.

Schnelldampferdienst nach Zentralamerika u. Südwestküste

M/S. Orazio 12000 t. M/S. Virgilio 12000 t.
S/S. Colombo 12000 t.

Auskünfte und Platzbelegung durch

Reisebüro DESCHITA

Berlin NW7, Unter den Linden 54-55
Stuttgart, Friedrichstraße 50b
und durch sämtliche Reisebüros

gewordene russische Angebot, dem sich jetzt von der Donau Abgaben hinzugesellen. *Mais* ist wieder schwach geworden.

Auf den Metallmärkten

bewegten sich die Umsätze in engen Grenzen. In Berlin und Hamburg ist beschlossen worden, die Terminnotierungen am 11. August wieder aufzunehmen. Das amerikanische *Kupferkartell* hat den Syndikatspreis für *Elektrolytkupfer* wieder um 25 Cents auf 8 herabgesetzt; der Preis wurde aber durch die unabhängigen Verkäufer infolge der fehlenden europäischen Nachfrage noch unterboten. *Blei* wurde durch Fernhalten von Angebot durch den Pool auf dem letzten Stand gehalten trotz der geringen Nachfrage der Käufer. *Zink* war schwächer, obwohl man Interventionen des Kartells bemerken wollte. Das internationale *Zinkkartell* tritt nächstens in Paris zusammen, um über verschiedene Organisationsfragen, speziell über eine schnellere Abstoßung der 220 000 t betragenden Vorräte zu beraten. *Zinn* konnte nur durch Stützungskäufe gehalten werden, nachdem die Produktion in Malaya weit über das vorgesehene Ausmaß hinaus gestiegen ist.

Das Geschäft auf den

Kolonialwarenmärkten

ist durch die Erschwerungen des Zahlungsverkehrs noch immer stark behindert. Die Hamburger Terminnotierungen sind deshalb schon seit einiger Zeit ausgesetzt. *Kaffee* war im Yangtetal ist ein großer Ausfall im Ertrag eingetreten. Gen ziemlich starken Schwankungen ausgesetzt, im ganzen aber abwärts gerichtet. Auch hier spricht das stockende Geschäft in Deutschland stark mit. *Reis* setzte seine Sonderbewegung nach oben fort, in Hamburg sowohl wie an den östlichen Märkten. Infolge der Überschwemmungen im Yangtetal ist ein großer Ausfall im Ertrag eingetreten. Die Prämie für Oktober-Verschiffung gegenüber prompter beträgt 6 d, ein Zeichen, daß man drüben mit höheren Preisen für späte Verschiffung rechnet.

Auf den Baumwollmärkten

vollzog sich die Wiedereröffnung der Bremer Baumwollbörse ruhig; das Geschäft war vorübergehend etwas lebhafter. Die Preise sind weiter zurückgegangen, da trotz der Arealbeschränkung und des verminderten Kunststückerverbrauchs die Schätzungen bisher eine recht große Ernte in USA von etwa 14 Mill. Ballen erwarten lassen, während mit einem Überertrag aus alter Ernte von etwa 9,13 Mill. Ballen gerechnet wird. Gegenüber diesem preisdrückenden Moment spielte das überdies schon erledigte Projekt, Deutschland Baumwolle auf Kredit zu liefern, keine Rolle.

Die Effektenmärkte

Da der normale Zahlungsverkehr bei den Banken und Sparkassen nunmehr in Gang gekommen ist, wird die Frage, wann und unter welchen Bedingungen die Börsen wieder geöffnet werden, sehr aktuell. Gewisse technische Grundlagen für den Wiederbeginn sind bereits durch eine am 25. Juli veröffentlichte *Notverordnung* geschaffen worden. Hiernach werden die Börsenvorstände ermächtigt, mit Zustimmung des Staatskommissars über die Fälligkeit von Ansprüchen aus Wertpapiergeschäften, über die Erklärungstage für Prämien und Stellagen und über die Fälligkeit von Börsendarlehen und deren Verzinsung Bestimmungen zu treffen. Auf Grund dieser Bestimmungen ist sofort von den Vorständen der deutschen Effektenbörsen beschlossen worden, daß die für Ultimo Juli getätigten *Effekten-Termingeschäfte* erst Ultimo August fällig werden. Allerdings wurde als Erklärungsfrist für Prämien- und ähnliche Geschäfte der 28. Juli bestimmt, obwohl kein Anhaltspunkt für die Bewertung der Papiere vorhanden ist. Die Verpflichtungen aus der Prämienklärung werden dagegen erst Ultimo August fällig. Dementsprechend werden Gelder, die für den Handel mit Wertpapieren oder die Schiebung von Effekten aufgenommen wurden, ebenfalls Ende August zuzüglich der

Zinsen zur Rückzahlung fällig, wenn sie nach dem 11. Juli bzw. Ultimo Juli rückzahlbar waren. Tägliches Geld wird erst „am dritten Börsentage nach Wiedereröffnung der Börse um 12 Uhr“ fällig. Während die Depotsätze nicht erhöht werden, steigt der Reportgeldsatz im August um die Hälfte gegenüber Juli.

Eine *Prognose für das Kursniveau* bei Wiederbeginn des Börsengeschäfts zu stellen, ist unmöglich. Insbesondere hat man keinen Anhaltspunkt für den Umfang der Baissepositionen, die, wie man vielfach hofft, der Tendenz möglicherweise eine Stütze bieten könnten. Man muß jedenfalls darauf hinweisen, daß die Vorgänge seit dem 15. Juli die Wirtschaft schwer in Mitleidenschaft gezogen haben und daß bereits jetzt größere Insolvenzen vorliegen. Die überaus hohen Zinssätze werden dem Effektengeschäft der nächsten Zeit ihren Stempel aufdrücken. Dies gilt in erster Reihe für den Rentenmarkt. Anleihen und Pfandbriefe, deren Effektivverzinsung vor der Börsenschließung 7 oder 7½ % betrug, dürften bei dem gegenwärtigen Zinsniveau keinen großen Anreiz für die Kapitalanlage bieten. Dieser Anreiz kann nur durch eine wesentlich höhere Rendite, also — durch niedrigere Kurse — geboten werden. Die Aufnahmefähigkeit des Marktes dürfte in der ersten Zeit sehr begrenzt sein. Auch für die Aktienkurse bestehen keine günstigen Aussichten. Es kommt der Umstand hinzu, daß selbst einigermaßen gut rentierende Aktiengesellschaften wegen der Verknappung des Geldmarkts viel mehr als früher zur „Selbstfinanzierung“ übergehen müssen, mit anderen Worten werden Reingewinne und Dividenden eine absteigende Richtung einschlagen. Auch die Haltung der *deutschen Wertpapiere an den ausländischen Börsen* wird einen Grund für verstärkte Abgabeneigung bilden. Hier haben sich im Laufe der letzten Wochen außerordentliche Kursverluste herausgebildet; allerdings ist zu berücksichtigen, daß es sich in vielen Fällen um „Phantasie- und Angstkurse“ handeln dürfte, denn dem Ausland fehlt die Grundlage der deutschen Notierungen für eine einigermaßen sachliche Bewertung. Die in New York amtlich notierten Aktien des Norddeutschen Lloyd gingen in der Zeit vom 8. Juli bis 7. August von 22,25 auf 16,00 zurück. 6 %ige AEG-Obligationen senkten sich von 82,75 auf 60½ und 5½ %ige Commerzbank von 81 auf 59. In Amsterdam gab die 5½ %ige Young-Anleihe in demselben Zeitraum von 66% auf 50⁷/₁₆ (in London von 71 auf 57½) und die I. G. Farben-Aktie von 128½ auf 96¼ nach. 7 %ige Rhein-Elbe-Union notierten am 7. August in Amsterdam 55⁷/₁₆ gegen 84% am 8. Juli. Ob derartig scharfe Rückgänge berechtigt sind, wird sich erst zeigen können, wenn die deutschen Börsen wieder geöffnet werden.

Londoner Börse

Die Diskonterhöhung von 2½ auf 3½ %, die von der Bank von England vor zwei Wochen vorgenommen wurde, hat die vagabundierenden englischen Fonds nicht zum Stillstand bringen können. Dieses Ergebnis war zu erwarten, da die Fluktuation dieser Fonds nicht ökonomisch, sondern politisch und vertrauensmäßig bedingt war. Schon eine Woche später, am 30. Juli, hat deshalb die Bank von England ihren Diskontsatz ein zweites Mal heraufgesetzt, und zwar wieder um ein volles Prozent, auf 4½ %. Innerhalb einer Woche ist der amtliche Satz also fast verdoppelt worden. Diese Erhöhung geschah unter dem Druck der beträchtlichen Goldverluste; seit Mitte Juli hat der Goldbestand der Bank um etwa 35 Mill. £ abgenommen. Inzwischen hat sich die Lage der englischen Währung wesentlich gebessert. Aber diese Veränderung stellt wohl weniger einen Erfolg der Diskontpolitik als eine Folge des Kredites dar, den die Bank von Frankreich und die Federal Reserve-Bank von New York in der vergangenen Woche ihrer Schwester in England gaben. Es handelt sich dabei um einen Betrag von 50 Mill. £ zu 3½ %, der für eine Zeit bis zu drei Monaten in Anspruch genommen werden kann. Für die Beteiligung Frankreichs an dieser Transaktion war vor allem die Überlegung maßgebend, daß sich die Pariser

Banken während der letzten Monate allzu unbeliebt gemachten hatten. Von allen Seiten wurden die heftigsten Vorwürfe erhoben, daß Frankreich — seit der Affaire mit der Oesterreichischen Credit-Anstalt — ein Unruhestifter auf den internationalen Geldmärkten gewesen sei. Besonders in London war man über das Verhalten der Pariser Finanz (von der man genau weiß, daß sie weit enger mit der Leitung der hohen Politik zusammenarbeitet, als dies in anderen Ländern der Fall zu sein pflegt) ehrlich entrüstet. Der Wille, diesen schlechten Eindruck zu zerstören, war anscheinend für die Teilnahme der Bank von Frankreich an dem Rediskont-Kredit für England maßgebend. Zweifellos hat der Londoner Markt durch die Inanspruchnahme fremder Hilfe beträchtlich an Geltung eingebüßt. Aber die Auffassung, daß dadurch die Vormachtstellung Londons vor Paris beseitigt worden sei, dürfte doch weit übertrieben sein.

An der Börse wiesen die britischen Staatspapiere weitere Kursrückgänge auf. Erst nachdem das positive Ergebnis der Kreditverhandlungen bekannt geworden war, konnten sich die Kurse etwas erholen. Dasselbe gilt von den englischen Industrieaktien, die teilweise bis zu dem letzten Börsentag im Kurse nachgaben. Imperial Chemicals haben sich z. B. von 14/1½ auf 12 gesenkt, und ähnliche Rückgänge waren auch bei den anderen Papieren zu verzeichnen.

| | 22. 7. | 23. 7. | 24. 7. | 27. 7. | 28. 7. | 29. 7. |
|----------------------------|--------|---------|---------|---------|--------|--------|
| 4% Funding Loan | 94 3/8 | 92 1/8 | 92 7/8 | 93 3/4 | 93 5/8 | 92 3/8 |
| London Midl. & Scot. Ord. | 14 | 15 1/2 | 15 1/4 | 1 1/4 | 1 1/4 | 1 1/4 |
| Central Argentine Ord. | 4 1/2 | 4 1/2 | 4 1/2 | 4 1/2 | 4 1/2 | 4 1/2 |
| De Beers Cons. Mines Def. | 3 3/4 | 3 5/8 | 3 5/8 | 3 5/8 | 3 5/8 | 3 5/8 |
| Burmah Oil Co. | 2 3/8 | 2 5/8 | 2 5/8 | 2 1/4 | 2 1/4 | 2 1/4 |
| Anglo Dutch Plantation | 1 3/8 | 1 3/8 | 1 3/8 | 1 3/8 | 1 3/8 | 1 3/8 |
| Courtaulds | 30 0 | *27 1/8 | 24 1/16 | 26 1/16 | 27 1/8 | 27 1/8 |
| Imperial Chemical Industr. | 14 0 | 14 1/2 | 13 4/8 | 13 3/8 | 12 6/8 | 12 4/8 |
| Vickers | 6 7/8 | 6 7/8 | 6 7/8 | 6 7/8 | 6 7/8 | 6 7/8 |
| Rio Tinto Ord. | 18 1/2 | 17 3/8 | 17 1/2 | 17 3/8 | 17 3/8 | 17 |

* ex. div.

New Yorker Börse

Die lustlose und schwache Haltung der Börse in New York ergab sich hauptsächlich aus dem ungünstigen Abschluß der U. S. Steel Corp. Diese Gesellschaft hat ihre Dividende von 7 auf 4 % ermäßigt: wenn auch eine gewisse Reduktion erwartet worden war, so wirkte der Rückschlag doch außerordentlich ungünstig auf die Stimmung der Börse, zumal man befürchtet, daß dieses Beispiel Schule machen wird. Bisher hatten viele Gesellschaften ihre Verluste nicht in vollem Umfang auszuweisen gewagt; nachdem aber das Vorbild der U. S. Steel Corp. vorliegt, erwartet man weitere starke Dividendenkürzungen, z. B. bei der American Telephone & Telegraph Co. U. S. Steel sanken während der letzten beiden Wochen von 94 auf 84, ITT von 50 auf 26¼, ATT Co. von 177 auf 165. Besser konnten sich nur einige wenige Spezialwerte halten, so z. B. Woolworth, die von 68 auf 68¾ anstiegen.

| | 23. 7. | 24. 7. | 25. 7. | 27. 7. | 28. 7. | 29. 7. |
|------------------------|---------|---------|---------|---------|---------|----------|
| U. S. Steel Corporat. | 93 3/4 | 90 5/8 | 90 1/4 | 92 1/4 | 92 1/4 | 84 5/8 |
| American Can Co. | 10 1/8 | 9 1/8 | 9 1/8 | 9 1/8 | 9 1/8 | 9 1/8 |
| Anaconda Copper | 25 1/2 | 25 | 24 3/4 | 25 1/4 | 25 1/2 | 24 1/4 |
| General Motors | 37 3/4 | 36 3/4 | 36 3/4 | 37 1/4 | 37 1/2 | 36 3/4 |
| Chrysler | 22 5/8 | 21 3/4 | 21 3/4 | 22 5/8 | 23 1/2 | 23 1/2 |
| General Electric | 4 1/8 | 4 1/8 | 4 1/8 | 4 1/8 | 4 1/8 | 4 1/8 |
| Am. Tel. & Telegr. | 176 1/4 | 174 1/2 | 173 3/4 | 173 1/8 | 173 1/2 | 171 1/8 |
| Radio Corporation | 1 7/8 | 1 7/8 | 1 7/8 | 1 7/8 | 1 7/8 | 1 7/8 |
| Allied Chemical | 11 63/4 | 1 31/2 | 1 12/16 | 1 11/8 | 1 11/8 | 1 10 1/2 |
| Standard Oil N. J. | 3 1/2 | 3 1/2 | 3 1/2 | 3 1/2 | 3 1/2 | 3 1/2 |
| Woolworth | 67 3/8 | 66 3/4 | 66 1/2 | 67 | 67 1/4 | 67 1/4 |
| Pennsylv. - Railr. Co. | 46 1/2 | 45 7/8 | 46 | 4 1/2 | 4 1/2 | 4 1/2 |
| Aktienumsatz | 800 | 1100 | 400 | 600 | 700 | 1600 |

Statistik

Monatsausweis der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich

| (Mill. Schweizer Fr) | 31. 7. 1931 | | 30. 6. 1931 | | 31. 5. 1931 | |
|--|-------------|-------|-------------|-------|-------------|-------|
| | Fr | % | Fr | % | Fr | % |
| Aktiva | | | | | | |
| Kasse und Bankguthaben | 10.1 | 0.6 | 11.2 | 0.6 | 8.9 | 0.4 |
| Zinsgelder | | | | | | |
| a) auf Sicht | 192.8 | 11.5 | 168.5 | 9.5 | 135.5 | 6.3 |
| b) bis zu 3 Monaten | 530.2 | 55.1 | 594.0 | 33.4 | 1039.0 | 48.9 |
| c) 3 bis 6 Monate | 24.6 | 1.5 | 24.7 | 1.4 | 29.7 | 1.4 |
| Rediskontierbare Anlagen (Einstandspreis) | | | | | | |
| a) Handelswechsel und Bankakztepte | 589.9 | 24.4 | 438.1 | 24.6 | 455.0 | 21.4 |
| b) Schatzwechsel | 254.6 | 15.9 | 293.1 | 16.5 | 210.4 | 9.9 |
| Andere Einlagen (Einstandspreis) | | | | | | |
| a) bis zu einem Jahr | 208.4 | 12.5 | 211.2 | 11.8 | 188.4 | 8.9 |
| b) von 1 bis 2 Jahren | 11.0 | 0.7 | 29.5 | 1.6 | 46.0 | 2.1 |
| c) über 2 Jahre | | | | | | |
| Sonstige Aktiva | 10.1 | 0.6 | 10.1 | 0.6 | 14.2 | 0.7 |
| Passiva | | | | | | |
| Stammkapital 500 000 000 (begeben 410 250 000) | | | | | | |
| davon eingezahlt | 108.5 | 6.2 | 108.5 | 6.1 | 106.0 | 5.0 |
| Reserven | | | | | | |
| Gesetzl. Reservefonds | 0.6 | | 0.6 | | 0.6 | |
| Dividenden-Reservefonds | 1.1 | 0.2 | 1.1 | 0.2 | 1.1 | 0.2 |
| Allgemeiner Reservefonds | 2.2 | | 2.2 | | 2.2 | |
| Besondere Einlagen | | | | | | |
| a) Treuhänderannuitäten | 154.0 | 9.3 | 154.1 | 8.7 | 154.2 | 7.3 |
| b) Einlage der deutschen Regierung | 77.0 | 3.8 | 77.0 | 4.3 | 77.1 | 3.6 |
| c) Garantiefonds der französischen Regierung | 68.8 | 4.3 | 68.8 | 3.9 | 68.8 | 3.2 |
| Einlagen auf Sicht | | | | | | |
| a) Zentralbanken | | | | | | |
| für eigene Rechnung | 382.2 | 23.7 | 388.9 | 21.8 | 333.6 | 15.7 |
| für Rechnung Dritter | 156.4 | 9.5 | 169.0 | 9.5 | 159.0 | 7.5 |
| b) Sonstige Einlagen | 0.9 | 0.1 | 1.1 | 0.1 | — | — |
| Einlagen bis zu höchstens 3 Monat. | | | | | | |
| a) Zentralbanken | | | | | | |
| für eigene Rechnung | 436.8 | 27.3 | 551.9 | 31.0 | 514.7 | 24.2 |
| für Rechnung Dritter | 192.8 | 11.9 | 203.3 | 11.4 | 180.6 | 32.0 |
| b) Sonstige Einlagen | — | — | — | — | 0.9 | 0.0 |
| Einlagen von 3 bis zu höchstens 6 Monaten | | | | | | |
| Zentralbanken | | | | | | |
| für eigene Rechnung | 4.1 | 0.5 | 4.1 | 0.2 | 4.7 | 0.4 |
| für Rechnung Dritter | 31.2 | 2.0 | 31.3 | 1.8 | — | — |
| Gewinn zurückgestellt für Verteilung am 1. 7. 31 | — | — | 7.3 | 0.4 | 7.3 | 0.4 |
| Sonstige Passiva | 13.8 | 0.9 | 11.2 | 0.6 | 11.2 | 0.5 |
| Bilanzsumme | 1631.9 | 100.0 | 1780.4 | 100.0 | 2126.0 | 100.0 |

Ausweise deutscher Privatnotenbanken

| (Mill. RM) | Bayerische Noten-B. | Sächsische Bank | Badische Bank | Württ. Noten-B. |
|--|---------------------|-----------------|---------------|-----------------|
| 23. Juli 1931 | | | | |
| Aktiva | | | | |
| Gold | 28.559 | 21.032 | 8.123 | 8.180 |
| Deckungsfähige Devisen | 8.114 | 7.219 | 2.799 | 5.038 |
| Sonstige Wechsel u. Schecks | 51.316 | 48.197 | 19.738 | 18.896 |
| Deutsche Scheidemünzen | 0.042 | 0.097 | 0.039 | 0.012 |
| Noten anderer Banken | 2.881 | 6.843 | 0.801 | 1.652 |
| Lombardforderungen | 2.250 | 2.432 | 1.299 | 3.547 |
| Wertpapiere | 5.130 | 9.401 | 12.417 | 4.113 |
| Sonstige Aktiva | 8.398 | 13.344 | 20.505 | 30.706 |
| Passiva | | | | |
| Notenumlauf | 69.801 | 68.424 | 25.219 | 20.915 |
| Sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten | 1.916 | 11.450 | 14.093 | 9.583 |
| Verbindlichkeiten mit Kündigungsfrist | 0.069 | 5.547 | 12.939 | 22.377 |
| Sonstige Passiva | 3.174 | 2.315 | 1.834 | 4.827 |
| Weitergegebene Wechsel | 2.650 | 0.076 | 0.021 | 0.780 |

Auskunft

über Firmen in der ganzen Welt erteilt

Deutsche Auskunftstei

(vormals R. G. Dun & Co.) G. m. b. H.

Filialen in allen größeren Städten Deutschlands

Zentralbüro: Berlin SW 68, Friedrichstraße 210. Fernsprecher: Bergmann 2282—2287



Monatsbilanzen deutscher Banken vom 30. Juni 1931

| (Mill. RM) | Deutsche Kreditbanken | | | | Staats- und Landesbanken | | | | | | Girozentralen | | | |
|--|-----------------------|-------------|------------------------|-------------|--------------------------|-------------|------------------------|-------------|-----------------------|-------------|---------------|-------------|---|-------------|
| | Gesamt | | Berliner Großbanken 1) | | Gesamt | | Preussische Staatsbank | | Bayerische Staatsbank | | Gesamt | | Deutsche Girozentrale — Deutsche Kommunalbank | |
| | 81*) | 87*) | 8*) | 6*) | 18*) | 18*) | | | | | 19*) | 19*) | | |
| | 30. 6. 1931 | 31. 5. 1931 | 30. 6. 1931 | 31. 5. 1931 | 30. 6. 1931 | 31. 5. 1931 | 30. 6. 1931 | 31. 5. 1931 | 30. 6. 1931 | 31. 5. 1931 | 30. 6. 1931 | 31. 5. 1931 | 30. 6. 1931 | 31. 5. 1931 |
| Aktiva | | | | | | | | | | | | | | |
| Kasse, Sorten, Kupons | 196,7 | 139,5 | 153,6 | 104,7 | 12,0 | 8,6 | 2,6 | 1,0 | 4,0 | 3,7 | 18,9 | 11,3 | 3,8 | 0,2 |
| Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken | 149,6 | 131,5 | 112,7 | 106,0 | 11,6 | 9,9 | 0,6 | 3,2 | 5,4 | 2,6 | 6,0 | 8,1 | 0,8 | 3,2 |
| davon deutsche Notenbanken allein | 112,6 | 103,0 | 95,5 | 89,1 | 10,2 | 8,0 | 0,3 | 2,7 | 5,1 | 2,4 | 3,2 | 6,2 | 0,3 | 3,1 |
| Schecks, Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen | 2 409,7 | 3 135,7 | 1 914,2 | 2 548,3 | 367,4 | 466,4 | 166,5 | 273,6 | 57,2 | 61,0 | 258,0 | 340,7 | 30,8 | 41,3 |
| Notroguthaben bei Banken und Bankfirmen mit Fälligkeit bis zu 3 Monaten | 929,1 | 1 102,0 | 685,8 | 857,3 | 223,5 | 289,1 | 73,5 | 75,0 | 19,9 | 45,3 | 344,0 | 617,2 | 24,8 | 100,5 |
| davon innerhalb 7 Tagen fällig | 692,0 | 761,9 | 527,7 | 624,6 | 101,2 | 91,3 | 27,2 | 15,0 | 9,8 | 24,3 | 136,8 | 191,1 | 6,7 | 23,1 |
| Reports und Lombards gegen börsengängige Wertpapiere | 346,4 | 373,1 | 282,6 | 302,9 | 88,3 | 90,1 | 77,0 | 76,8 | 0,0 | 0,0 | 38,4 | 17,3 | 27,9 | 7,4 |
| davon Reports allein | 132,5 | 143,2 | 126,6 | 132,8 | 3,1 | 3,0 | 3,1 | 3,0 | — | — | 2,1 | 2,1 | 1,4 | 1,5 |
| Vorschüsse auf verfrachtete oder eingelagerte Waren | 2 043,0 | 2 091,0 | 1 748,4 | 1 780,6 | 32,6 | 32,8 | — | — | 8,4 | 7,8 | 1,6 | 2,5 | — | — |
| a) Rembourskredite | 1 934,0 | 1 981,6 | 1 648,9 | 1 678,6 | 31,7 | 31,9 | — | — | 8,4 | 7,8 | 1,4 | 2,2 | — | — |
| 1. sichergestellt durch Fracht- oder Lagerscheine | 189,8 | 182,7 | 153,0 | 158,6 | 2,3 | 2,4 | — | — | — | — | — | 0,1 | — | — |
| 2. durch sonstige Sicherheiten | 950,0 | 928,8 | 829,7 | 810,0 | 17,9 | 18,7 | — | — | 4,2 | 4,2 | 0,7 | 0,6 | — | — |
| 3. ohne dingliche Sicherheit | 814,3 | 870,0 | 665,1 | 709,9 | 11,4 | 10,9 | — | — | 4,2 | 3,6 | 0,6 | 1,6 | — | — |
| b) sonstige kurzfristige Kredite gegen Verpfändung marktgängiger Waren | 109,0 | 112,5 | 99,6 | 102,0 | 0,9 | 0,9 | — | — | — | — | 0,2 | 0,3 | — | — |
| Eigene Wertpapiere | 480,6 | 483,9 | 180,8 | 192,1 | 130,9 | 121,3 | 44,9 | 40,4 | 12,4 | 10,2 | 276,0 | 262,5 | 43,3 | 42,9 |
| a) Anleihen und verzinsliche Schatzanweisungen des Reichs und der Länder | 49,3 | 50,6 | 21,1 | 23,0 | 49,3 | 42,9 | 29,0 | 26,0 | 7,9 | 5,1 | 60,0 | 57,6 | 5,5 | 5,1 |
| b) sonstige bei der Reichsbank beleihbare Wertpapiere | 139,0 | 143,7 | 11,9 | 13,9 | 49,5 | 46,2 | 6,4 | 4,9 | 3,5 | 4,0 | 78,2 | 75,9 | 3,7 | 6,8 |
| c) sonstige börsengängige Wertpapiere | 228,1 | 224,3 | 122,3 | 130,0 | 26,2 | 26,0 | 9,1 | 9,2 | 1,0 | 1,0 | 119,2 | 95,5 | 32,2 | 12,0 |
| d) sonstige Wertpapiere | 66,2 | 65,3 | 25,3 | 26,2 | 5,9 | 6,3 | 0,4 | 0,1 | 0,1 | 0,1 | 17,7 | 33,4 | 1,9 | 18,9 |
| Konzernbeteiligungen | 213,7 | 211,4 | 180,7 | 177,1 | 32,3 | 32,2 | 26,3 | 25,8 | 1,5 | 1,5 | 3,5 | 3,1 | 0,3 | 0,3 |
| Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken | 187,8 | 187,4 | 117,4 | 117,0 | 33,4 | 33,3 | 4,7 | 4,7 | 9,2 | 9,2 | 48,0 | 48,0 | 1,8 | 1,8 |
| Debitoren in laufender Rechnung | 7 259,5 | 7 389,8 | 6 688,2 | 6 784,3 | 1 225,2 | 1 255,9 | 577,5 | 611,5 | 267,6 | 236,2 | 1 417,8 | 1 324,3 | 249,4 | 187,5 |
| davon entfallen auf Kredite an Banken, Sparkassen und sonstige Kreditinstitute | 475,4 | 480,7 | 432,9 | 454,3 | 228,7 | 219,2 | 150,7 | 140,6 | 17,4 | 16,2 | 351,4 | 275,0 | 116,5 | 57,7 |
| a) gedeckt durch börsengängige Wertpapiere | 1 390,5 | 1 409,8 | 1 227,9 | 1 235,0 | 120,0 | 101,0 | 63,3 | 43,6 | 28,2 | 27,7 | 60,1 | 45,1 | 10,8 | 10,8 |
| b) durch sonstige Sicherheiten | 4 237,2 | 4 392,3 | 3 070,3 | 3 182,7 | 909,9 | 950,0 | 386,9 | 442,3 | 218,2 | 199,2 | 875,2 | 660,1 | 23,1 | 18,5 |
| Langfristige Anleihen gegen hypothekarische Sicherung od. Kommunaldeckung | 1 193,9 | 1 171,8 | — | — | 908,5 | 903,4 | — | — | 0,2 | 0,2 | 3 511,4 | 3 500,0 | 695,6 | 694,1 |
| Aval- und Bürgschaftsdebitoren | 706,7 | 710,3 | 581,6 | 588,4 | 33,6 | 33,6 | 3,1 | 3,1 | 3,1 | 3,2 | 40,5 | 41,2 | 0,2 | 0,2 |
| Passiva | | | | | | | | | | | | | | |
| Kapital | 1 167,6 | 1 173,9 | 588,0 | 588,0 | 92,7 | 92,7 | 21,0 | 21,0 | 30,5 | 30,5 | 228,0 | 228,0 | 39,8 | 39,8 |
| Reserven | 514,3 | 516,6 | 329,5 | 329,5 | 40,9 | 39,9 | 8,0 | 8,0 | 4,0 | 4,0 | 53,0 | 53,0 | 4,5 | 4,5 |
| Kreditoren | 11 589,0 | 12 881,9 | 9 277,4 | 10 395,4 | 2 011,3 | 2 218,5 | 911,5 | 1 076,0 | 325,9 | 346,0 | 2 461,0 | 2 678,5 | 363,0 | 367,5 |
| a) Guthaben der deutschen Banken, Sparkassen und sonstigen Kreditinstitute | 1 009,2 | 1 261,2 | 746,9 | 947,2 | 633,2 | 725,2 | 349,5 | 406,7 | 93,1 | 93,0 | 1 704,1 | 1 912,7 | 316,9 | 344,0 |
| b) sonstige Kreditoren | 8 511,6 | 9 560,4 | 6 759,3 | 7 723,7 | 1 347,8 | 1 463,3 | 591,6 | 669,3 | 224,4 | 245,2 | 756,1 | 782,1 | 46,1 | 23,5 |
| Von Guthaben und sonstigen Kreditoren sind fällig: | | | | | | | | | | | | | | |
| 1. innerhalb 7 Tagen | 4 327,3 | 4 382,2 | 3 626,3 | 3 625,9 | 785,3 | 806,5 | 410,8 | 457,1 | 130,4 | 119,0 | 938,0 | 869,1 | 98,2 | 66,8 |
| 2. bis zu 3 Monaten | 4 432,3 | 5 611,2 | 3 514,6 | 4 632,2 | 706,1 | 808,0 | 289,5 | 319,3 | 113,1 | 134,9 | 1 267,7 | 1 508,6 | 183,7 | 198,0 |
| 3. nach 3 Monaten | 761,3 | 818,2 | 361,2 | 412,8 | 489,6 | 574,9 | 241,3 | 299,1 | 74,0 | 84,2 | 264,5 | 297,1 | 81,1 | 102,6 |
| c) seitens der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite | 2 068,2 | 2 040,3 | 1 771,2 | 1 724,4 | 30,3 | 30,0 | — | — | 8,3 | 7,9 | 0,8 | 1,7 | — | — |
| Akzepte | 941,5 | 703,1 | 815,9 | 581,9 | 45,6 | 12,1 | 17,4 | — | 2,4 | 1,9 | 0,1 | 0,0 | — | 0,0 |
| Langfristige Anleihen bzw. Darlehen: | 1 406,9 | 1 400,7 | 189,0 | 189,0 | 559,9 | 559,3 | — | — | — | — | 3 204,5 | 3 207,4 | 607,8 | 665,9 |
| a) Hypothekendarlehen und Kommunalobligationen im Umlauf | 1 137,8 | 1 130,8 | — | — | 452,3 | 450,5 | — | — | — | — | 1 641,1 | 1 629,8 | 593,7 | 591,8 |
| b) Sonstige | 269,1 | 269,9 | 189,0 | 189,0 | 437,6 | 438,8 | — | — | — | — | 1 563,5 | 1 577,5 | 74,1 | 74,1 |
| Aval- und Bürgschaftsverpflichtungen | 708,7 | 710,3 | 581,6 | 588,4 | 33,6 | 33,6 | 3,1 | 3,1 | 3,1 | 3,2 | 40,5 | 41,2 | 0,2 | 0,2 |
| Eigene Indossamentverbindlichkeiten | 2 069,0 | 1 333,8 | 1 515,3 | 856,1 | 252,1 | 96,9 | 147,9 | 44,7 | 54,9 | 14,6 | 220,2 | 169,9 | 118,8 | 98,5 |
| davon in spätestens 14 Tagen fällig | 410,5 | 401,4 | 387,2 | 305,0 | 53,7 | 57,9 | 38,2 | 35,8 | 7,8 | 9,2 | 86,5 | 37,8 | 73,5 | 27,9 |
| a) aus weiterbegebenen Bankaktiven | 1 164,3 | 653,9 | 961,0 | 482,0 | 55,5 | 14,1 | 13,7 | 2,7 | 2,1 | — | 0,7 | 5,3 | 0,7 | 5,3 |
| b) aus sonstigen Rediskontierungen | 804,5 | 678,7 | 564,0 | 372,9 | 196,6 | 82,3 | 134,2 | 42,0 | 25,7 | 14,6 | 219,5 | 164,6 | 116,1 | 93,2 |
| Eigene Ziehungen | 10,0 | 9,5 | — | — | 0,2 | 0,0 | — | — | — | — | — | — | — | — |
| davon für Rechnung Dritter | 3,6 | 3,2 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |

*) Anzahl der Banken. — 1) Ohne Golddiskontbank. — 2) Darunter RM 51 900 000 Reichsschatzwechsel. — 3) Darunter 22 500 000 RM Reichsschatzwechsel. — 4) Darunter 72 490 000 rediskontierte Reichsschatzwechsel. — 5) Darunter RM 65 000 000 rediskontierte Reichsschatzwechsel.

Reichsbank-Ausweis

| (Mill. RM) | 23. 7. 1931 | 15. 7. 1931 | 23. 6. 1931 | 23. 7. 1930 |
|---|-------------|-------------|-------------|-------------|
| Aktiva | | | | |
| 1. Noch nicht begebene Reichsbankaktive | — | — | — | 177,212 |
| 2. Goldbestand (Barengold) sowie in- und ausländische Goldmünzen, das Pfund fein zu 1982 RM berechnet | 1 352,803 | 1 366,092 | 1 411,173 | 2 618,728 |
| und zwar: | | | | |
| Goldkassenbestand | 1 287,255 | 1 284,440 | 1 293,485 | 2 468,940 |
| Golddepot unbelastet bei ausländ. Zentralnotenbanken | 65,548 | 81,652 | 117,688 | 149,788 |
| 3. Deckungsfähige Devisen | 159,633 | 194,367 | 92,594 | 181,638 |
| 4. a) Reichsschatzwechsel | 202,806 | 76,160 | — | — |
| b) Sonstige Wechsel und Schecks | 2 868,694 | 2 676,829 | 2 349,775 | 1 427,183 |
| 5. Deutsche Scheidemünzen | 73,818 | 78,723 | 214,470 | 180,692 |
| 6. Noten anderer Banken | 12,274 | 9,221 | 22,708 | 24,010 |
| 7. Lombardforderungen, darunter Darlehen auf Reichsschatzwechsel | 316,419 | 386,007 | 136,651 | 57,558 |
| 8. Effekten | 0,001 | 0,175 | 0,001 | 0,001 |
| 9. Sonstige Aktiva | 1) 102,263 | 1) 102,259 | 1) 102,916 | 1) 101,017 |
| | 920,491 | 856,386 | 578,980 | 763,580 |
| Passiva | | | | |
| 1. Grundkapital | 150,000 | 150,000 | 150,000 | 122,788 |
| a) begeben | — | — | — | 177,212 |
| b) noch nicht begeben | — | — | — | — |
| 2. Reservefonds: | 57,920 | 57,920 | 57,920 | 53,915 |
| a) gesetzlicher Reservefonds | — | — | — | — |
| b) Spezialreservefonds für künftige Dividendenzahlung | 48,285 | 46,235 | 46,235 | 46,224 |
| c) sonstige Rücklagen | 288,176 | 233,176 | 233,176 | 271,000 |
| 3. Beitrag der umlaufenden Noten | 4 194,607 | 4 161,809 | 3 726,980 | 3 969,868 |
| 4. Sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten | 585,017 | 307,114 | 333,043 | 666,970 |
| 5. Sonstige Passiva | 737,000 | 720,214 | 263,919 | 217,621 |
| Bestand an Rentenbankscheinen Umlauf an Rentenbankscheinen | 17,9 | 18,2 | 49,2 | 68,8 |
| Deckungsverhältnis % | 409,3 | 414,5 | 378,7 | 379,4 |
| Diskontsatz % | 3) 10 | 2) 10 | 3) 7 | 4) 4 |
| Lombardsatz % | 3) 15 | 2) 15 | 3) 8 | 4) 5 |

1) Darunter ca. 8 Mill. RM Pflichteinzahlung der Reichsbank auf ihren Kapitalanteil bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich. — 2) Seit dem 16. 7. 31. — 3) Seit dem 13. 6. 31. — 4) Seit dem 20. 6. 30.

Monatsbilanzen der Berliner Großbanken vom 30. Juni 1931

| (Mill. RM) | Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft | | Dresdner Bank | | Darmstädter und Nationalbank | | Commerz- u. Privat-Bank | | Reichs-Kredit-Gesellschaft | | Berliner Handels-Gesellschaft | | Deutsche Golddiskontobank | |
|---|---|-------------|---------------|-------------|------------------------------|-------------|-------------------------|-------------|----------------------------|-------------|-------------------------------|-------------|---------------------------|-------------|
| | 30. 6. 1931 | 31. 5. 1931 | 30. 6. 1931 | 31. 5. 1931 | 30. 6. 1931 | 31. 5. 1931 | 30. 6. 1931 | 31. 5. 1931 | 30. 6. 1931 | 31. 5. 1931 | 30. 6. 1931 | 31. 5. 1931 | 30. 6. 1931 | 31. 5. 1931 |
| Aktiva | | | | | | | | | | | | | | |
| Kasse, Sorten, Kupons | 72,3 | 49,1 | 27,7 | 18,8 | 25,2 | 18,5 | 18,6 | 12,9 | 4,8 | 0,8 | 4,1 | 4,6 | 0,0 | 0,0 |
| Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken | 52,8 | 42,5 | 17,4 | 13,2 | 14,3 | 27,3 | 8,5 | 12,9 | 18,6 | 8,7 | 1,5 | 1,2 | 2,1 | 1,1 |
| davon deutsch. Notenbank allein | 44,0 | 34,0 | 14,4 | 10,6 | 12,8 | 25,8 | 5,0 | 9,4 | 18,0 | 8,4 | 1,4 | 1,1 | 2,1 | 1,1 |
| Schecks, Wechsel und unverzinsl. Schatzanweisungen | 787,4 | 1 030,2 | 382,2 | 454,9 | 261,0 | 475,4 | 301,0 | 368,3 | 119,2 | 140,0 | 63,4 | 79,5 | 167,2 | 214,2 |
| Notroguthaben bei Banken und Bankfirmen mit Fälligkeit bis zu 3 Monaten | 211,2 | 286,6 | 126,4 | 172,6 | 119,2 | 144,5 | 110,5 | 109,0 | 67,3 | 93,1 | 51,1 | 51,5 | 0,1 | 0,0 |
| davon innerhalb 7 Tagen fällig | 168,7 | 195,5 | 93,3 | 116,4 | 104,4 | 129,6 | 75,4 | 68,3 | 61,8 | 80,2 | 29,2 | 34,6 | 0,1 | 0,0 |
| Reports u. Lombards gegen börsengängige Wertpapiere | 63,7 | 70,8 | 57,5 | 54,4 | 54,0 | 66,5 | 72,1 | 75,7 | 16,8 | 19,6 | 18,4 | 16,0 | 20,0 | 20,0 |
| Reports allein | 29,8 | 27,2 | 19,4 | 16,2 | 17,8 | 29,8 | 49,0 | 51,3 | 4,4 | 3,3 | 5,2 | 4,9 | — | — |
| Vorschüsse auf Waren | 536,6 | 543,8 | 391,3 | 386,5 | 378,7 | 393,2 | 214,9 | 229,4 | 126,9 | 121,3 | 107,1 | 106,3 | — | — |
| a) Rembourskredite | 510,6 | 520,4 | 358,2 | 352,3 | 358,1 | 374,6 | 191,7 | 205,0 | 128,8 | 121,1 | 107,1 | 106,3 | — | — |
| 1. sichergestellt durch Fracht- oder Lagerscheine | 32,6 | 33,8 | 64,2 | 64,5 | 64,5 | 14,1 | 16,6 | 15,6 | 19,3 | 15,8 | 10,8 | 11,9 | — | — |
| 2. sonstige Sicherheiten | 227,9 | 238,0 | 148,0 | 133,2 | 215,6 | 222,0 | 112,9 | 113,6 | 59,0 | 46,8 | 66,5 | 56,5 | — | — |
| 3. ohne dingliche Sicherheit | 250,2 | 259,6 | 146,1 | 164,6 | 128,5 | 136,0 | 63,2 | 72,2 | 61,9 | 61,7 | 26,2 | 30,9 | — | — |
| b) sonstige kurzfristige Kredite gegen Verpfändung markt-gängiger Waren | 25,0 | 17,4 | 33,0 | 34,2 | 15,6 | 18,7 | 22,2 | 24,4 | 0,1 | 0,2 | 3,6 | 7,1 | — | — |
| Eigene Wertpapiere | 79,3 | 80,4 | 30,7 | 33,1 | 27,1 | 32,4 | 22,2 | 24,4 | 0,1 | 0,2 | 3,6 | 7,1 | — | — |
| a) Anleihen und verzinsliche Schatzanweisungen d. Reichs und der Länder | 4,4 | 4,4 | 6,8 | 7,4 | 2,8 | 2,9 | 2,1 | 2,5 | 2,3 | 2,5 | 3,2 | 3,3 | 3,5 | 3,5 |
| b) sonstige bei der Reichsbank beleihbare Wertpapiere | 0,7 | 1,2 | 5,2 | 5,4 | 3,0 | 3,7 | 2,1 | 2,3 | 0,1 | 0,3 | 0,8 | 1,0 | 99,5 | 99,5 |
| c) sonstige börsengängige Wert-papiere | 58,0 | 58,4 | 15,8 | 17,8 | 19,3 | 23,5 | 15,9 | 16,6 | 2,2 | 2,3 | 11,1 | 11,4 | 1,6 | 1,6 |
| d) sonstige Wertpapiere | 16,3 | 16,4 | 2,8 | 2,5 | 2,5 | 2,3 | 1,0 | 0,9 | 3,1 | 3,1 | — | — | — | — |
| Konsortialbeteiligungen | 82,2 | 79,4 | 21,2 | 21,1 | 38,2 | 38,3 | 23,4 | 23,0 | 5,8 | 5,7 | 9,8 | 9,6 | — | — |
| Dauernde Beteiligungen bei ander. Banken | 40,4 | 40,0 | 35,2 | 35,2 | 24,0 | 24,0 | 11,3 | 11,3 | 1,0 | 1,0 | 5,5 | 5,5 | — | — |
| Debitoren in laufender Rechnung.. davon Kredite an Banken, Spar-kassen u. sonst. Kreditinstitute | 2 379,6 | 2 387,3 | 1 029,1 | 1 087,4 | 1 074,5 | 1 075,2 | 795,7 | 795,4 | 225,0 | 255,5 | 164,4 | 173,5 | 80,5 | 65,0 |
| a) gedeckt durch börsengängige Wertpapiere | 539,8 | 528,5 | 215,5 | 233,8 | 242,5 | 244,1 | 144,1 | 147,3 | 37,7 | 28,9 | 57,2 | 54,4 | 13,8 | 3,2 |
| b) durch sonstige Sicherheiten.. Langfristige Anleihen gegen hypothek. Sicherung oder Kommunaldeckung | 1 227,3 | 1 254,1 | 561,0 | 582,4 | 572,8 | 690,2 | 485,3 | 489,4 | 161,0 | 200,5 | 73,3 | 88,0 | 80,5 | 65,0 |
| Aval- und Bürgschafts-Debitoren.. | 300,0 | 304,6 | 122,8 | 122,4 | 77,8 | 77,6 | 63,0 | 63,5 | 12,1 | 11,2 | 8,2 | 8,1 | 1,6 | 1,6 |
| Passiva | | | | | | | | | | | | | | |
| Kapital | 285,0 | 285,0 | 100,0 | 100,0 | 60,0 | 60,0 | 75,0 | 75,0 | 40,0 | 40,0 | 48,0 | 28,0 | 204,3 | 204,3 |
| Reserven | 160,0 | 160,0 | 34,0 | 34,0 | 60,0 | 60,0 | 40,5 | 40,5 | 20,0 | 20,0 | 15,0 | 15,0 | 65,3 | 65,3 |
| Kreditoren | 3 600,1 | 3 921,6 | 1 814,5 | 2 032,6 | 1 714,8 | 2 070,2 | 1 280,2 | 1 393,2 | 497,9 | 573,0 | 369,8 | 404,8 | 95,2 | 127,8 |
| a) Guthaben der deutschen Banken, Sparkassen u. sonst. Kreditinstitute | 221,4 | 272,8 | 186,2 | 253,9 | 180,8 | 184,8 | 116,7 | 137,3 | 59,5 | 60,9 | 32,8 | 37,5 | 55,0 | 77,6 |
| b) sonstige Kreditoren | 2 847,0 | 3 093,9 | 1 238,7 | 1 407,2 | 1 222,8 | 1 520,2 | 915,9 | 1 046,0 | 307,0 | 386,3 | 227,9 | 268,1 | 40,2 | 50,2 |
| Von Guthaben und sonstigen Kreditoren sind fällig: | | | | | | | | | | | | | | |
| 1. innerhalb 7 Tagen | 1 560,2 | 1 517,1 | 734,9 | 735,0 | 691,1 | 688,5 | 471,9 | 501,8 | 138,9 | 157,0 | 86,5 | 76,5 | 18,4 | 79,9 |
| 2. bis zu 3 Monaten | 1 444,2 | 1 780,0 | 631,4 | 869,2 | 647,4 | 867,4 | 518,0 | 633,0 | 133,1 | 215,9 | 144,5 | 187,4 | 58,8 | 27,9 |
| 3. über 3 Monate | 64,5 | 91,6 | 55,6 | 56,9 | 76,1 | 99,1 | 42,8 | 48,6 | 94,6 | 74,8 | 29,1 | 41,8 | 20,0 | 20,0 |
| c) seitens der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite | 531,7 | 552,9 | 389,6 | 371,5 | 361,2 | 365,1 | 247,6 | 209,9 | 131,4 | 125,9 | 109,7 | 99,2 | — | — |
| Akzepte | 250,5 | 210,2 | 201,0 | 118,9 | 175,7 | 111,4 | 122,6 | 97,6 | 85,2 | 21,6 | 31,0 | 22,2 | — | — |
| Langfristige Anleihen | 105,0 | 105,0 | — | — | — | — | 84,0 | 84,0 | — | — | — | — | — | — |
| a) Hypotheken-Pfandbriefe und Kommunalobligationen im Umlauf | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| b) sonstige | 105,0 | 105,0 | — | — | — | — | 84,0 | 84,0 | — | — | — | — | — | — |
| Aval- u. Bürgschaftsverbindlich-keiten | 294,6 | 304,6 | 122,8 | 123,4 | 75,8 | 77,6 | 63,0 | 63,5 | 12,1 | 11,2 | 8,2 | 8,1 | 1,6 | 1,6 |
| Eigene Indossamentverbindlich-keiten | 404,9 | 184,9 | 391,4 | 274,9 | 346,0 | 143,0 | 191,0 | 107,4 | 74,7 | 62,2 | 107,3 | 83,8 | 68,8 | 40,1 |
| in spätestens 14 Tagen fällig | 98,8 | 98,9 | 82,8 | 84,2 | 49,0 | 51,5 | 40,6 | 46,9 | 29,4 | 14,1 | 6,7 | 9,3 | 5,5 | 3,9 |
| a) aus weitergegebenen Bank-akzepten | 245,1 | 64,4 | 1) 278,1 | 2) 202,7 | 203,3 | 93,3 | 112,6 | 48,1 | 33,4 | 8,1 | 6) 68,4 | 4) 70,4 | 15,5 | 1,8 |
| b) aus sonst. Rediskontierungen | 159,8 | 120,5 | 113,3 | 72,1 | 142,6 | 49,7 | 78,4 | 59,3 | 41,0 | 57,8 | 18,9 | 13,3 | 53,3 | 38,3 |
| Eigene Ziehungen | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| davon für Rechnung Dritter | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |

1) Darunter nom. RM 1 039 100 60% Deutsche Reichsbahn-Schatzanweisungen. — 2) Darunter RM 39 100 000 Schatzwechsel des Deutschen Reichs. — 3) Darunter RM 23 950 000 Schatzwechsel des Deutschen Reichs. — 4) Darunter RM 52 448 000 aus weitergegebenen Remboursbankakzepten.

Reichsbank-Ausweis

| (Mill. RM) | 31. 7. 1931 | 23. 7. 1931 | 30. 6. 1931 | 31. 7. 1930 |
|---|-------------|-------------|-------------|-------------|
| Passiva | | | | |
| Grundkapital | | | | |
| a) begeben | 150,000 | 150,000 | 150,000 | 122,788 |
| b) noch nicht begeben | — | — | — | 177,212 |
| 2. Reservefonds | | | | |
| a) gesetzlicher Reservefonds | 57,920 | 57,920 | 57,920 | 53,915 |
| b) Spezialreservefonds für künftige Dividendenzahlung | 46,235 | 46,235 | 46,235 | 46,224 |
| c) Sonstige Rücklagen | 233,176 | 233,176 | 233,176 | 271,000 |
| 3. Betrag der umlaufenden Noten | 4 453,732 | 4 194,607 | 4 294,685 | 4 637,559 |
| 4. Sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten | 833,788 | 585,017 | 397,949 | 397,644 |
| 5. Sonstige Passiva | 763,877 | 737,000 | 587,147 | 219,343 |
| Bestand an Rentenbankscheinen | 8,4 | 17,9 | 1,4 | 12,8 |
| Umlauf an Rentenbankscheinen | 419,2 | 409,8 | 426,3 | 435,4 |
| Deckungsverhältnis % | 36,1 | 36,1 | 40,1 | 70,6 |
| Diskontsatz % | 2) 10 | 3) 10 | 3) 7 | 4) 4 |
| Lombardsatz % | 2) 16 | 3) 15 | 3) 8 | 4) 5 |

1) Darunter ca. 8 Mill. RM Pflichteinzahlung der Reichsbank auf ihren Kapitalanteil bei der Bank für internationalen Zahlungsausgleich. — 2) Seit dem 16. 7. 31. — 3) Seit dem 13. 6. 31. — 4) Seit dem 20. 6. 30.

Wochenzahlen zu den Marktberichten

In diese Rubrik werden — ohne Anspruch auf systematische Vollständigkeit — alle wichtigen Wirtschaftszahlen des In- und Auslandes aufgenommen, die uns wöchentlich zugänglich sind; Zahlen, die in Sonderübersichten enthalten sind, werden hier nicht aufgenommen.

| Einheit | 1930 | | | | | | | | 1931 | | | | | | | |
|--|-----------------|--------------|---------------|-------------|-------------|-------------|--------------|--------------|--------------|---------------|---------------|--------------|---------|----------------------|----------------------|--|
| | Juli | | | | Juni | | | | Juli | | | | Aug. | | | |
| | 29. 14-19 | 30. 21-26 | 31. 28 7.- | 32. 4-9. | 23. 1-6. | 24. 8 13 | 25. 15-20 | 26. 22-27 | 27. 4. 7. | 28. 6.-11. | 29. 13.-18 | 30. 20-25 | | 31. 27. 7. 1 8 | 32. Woche 3-8. | |
| Produktion | | | | | | | | | | | | | | | | |
| <i>Kohle</i> | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Deutschland | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Rubrev. Steinkohle 1) | 1000 t | 322.7 | 312.2 | 332.6 | 325.1 | 295.4 | 272.4 | 273.8 | 270.4 | 269.7 | 273.6 | 287.5 | 288.0 | 291.2 | | |
| Koks 1) | | 71.7 | 70.9 | 74.3 | 73.1 | 48.8 | 48.9 | 49.5 | 51. | 61.7 | 52.7 | 50.8 | 50.0 | 43.4 | | |
| Oberschlesien Steinkohle 2) | | 53.7 | 52.6 | 52.2 | 52.1 | 52.5 | 52.8 | 49.9 | 52.7 | 47.3 | 55.3 | 51.7 | — | 57.0 | | |
| Großbritannien | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Steinkohle | | 4 244 | 3 906 | 4 637 | 3 001 | 4 452 | 4 402 | 4 285 | 3 999 | 4 053 | — | — | — | 2 625 | | |
| Ver. Staaten von Amerika | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Bituminöse Kohle | | 7 184 | 7 934 | 7 918 | 7 111 | 5 974 | 6 056 | 6 019 | 6 125 | 5 408 | 6 048 | — | — | 5 879 | | |
| Pennsylvania Anthrazit | | 1 186 | 1 208 | 1 172 | 1 021 | 868 | 771 | 862 | 1 145 | 1 081 | 1 008 | — | — | 1 236 | | |
| <i>Petroleum (Rohöl)</i> | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Ver. Staaten von Amerika 3) | 1000 bbls 3) | 2 600 | 2 489 | 2 516 | 2 480 | 2 474 | 2 463 | 2 482 | 2 442 | 2 483 | 2 445 | 2 447 | 2 486 | 2 482 | | |
| Arbeitslosigkeit | | | | | | | | | | | | | | | | |
| <i>Deutschland 4)</i> | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Verfügbare Arbeitssuchende 5) | 1000 | 2 715 | | 2 641 | | | | 4 000 | | 3 954 | | 3 956 | | 4 067 | | |
| Hauptunterstützungsempfänger | | 1 470 | | 1 493 | | | | 1 476 | | 1 412 | | 1 246 | | 1 579 | | |
| i. d. Arbeitslosenversicherung 6) | | 381 | | 403 | | | | 933 | | 941 | | 967 | | 929 | | |
| i. d. Krisenunterstützung 6) | | | | | | | | | | | | | | | | |
| <i>Großbritannien 7)</i> | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Registrierte Arbeitslose 7) | | 1 940 | 1 973 | 2 011 | | 2 603 | 2 621 | 4 627 | | 2 665 | 2 634 | 2 643 | 2 631 | 2 630 | | |
| Umsätze und Geschäftsgang | | | | | | | | | | | | | | | | |
| <i>Güterwagenstellung</i> | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Deutschland gesamt | 1000 | 706 0 | 751.9 | 758.3 | 754.7 | 870.6 | 700.4 | 678.6 | 685.8 | 683.6 | 683.7 | — | — | 599.9 | | |
| arbeitsfähig | | 127.1 | 125.3 | 126.4 | 125.8 | 117.6 | 116.7 | 112.8 | 114.3 | 113.9 | 114.0 | — | — | 118.2 | | |
| Ver. Staaten von Amerika | | 92.4 | 9.9 | 91.5 | 90.4 | 761 | 732 | 789 | 759 | 668 | 764 | 742 | 757 | 711 | | |
| <i>Einnahmen aus dem Güterverkehr</i> | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Großbritannien 8) | 1000 £ | 1 727 | 1 679 | 1 746 | 1 385 | 1 601 | 1 685 | 1 584 | 1 601 | 1 616 | — | 1 601 | 1 527 | 1 297 | | |
| <i>Postcheckverkehr</i> | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Deutschland (Lastschriften) 9) | Mill. RM | 1 385 | 1 351 | 1 425 | 1 302 | 1 139 | 1 147 | 1 060 | 1 247 | 1 318 | 1 234 | — | — | 1 293 | | |
| <i>Abrechnungsverkehr</i> | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Großbritannien | Mill. £ | 892 | 793 | 775 | 813 | 728 | 677 | 713 | 608 | 936 | 821 | 703 | 702 | 865 | | |
| London, gesamt 10) | \$ | 10 795 | 9 401 | 9 580 | 10 315 | 9 141 | 8 247 | 9 139 | — | — | — | — | — | 7 852 | | |
| Ver. Staaten von Amerika 11) | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Wechselproteste Deutschland 1) | Anzahl | 283 | 253 | 233 | 283 | 244 | 252 | 257 | 214 | 201 | 239 | — | — | 284 | | |
| | 1000 RM | 370 | 253 | 340 | — | 300 | 291 | 301 | 257 | 247 | 306 | — | — | 334 | | |
| | Anzahl | 22 | 24 | 24 | 24 | 26 | 24 | 21 | 25 | 26 | 23 | 21 | 24 | 29 | | |
| <i>Vergleichsverfahren Deutschland</i> | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Konkurse | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Deutschland 1) | | 37 | 33 | 37 | 32 | 39 | 39 | 41 | 38 | 35 | 42 | 40 | 36 | 32 | | |
| Ver. Staaten von Amerika 12) | | 452 | 510 | 458 | 452 | 454 | — | 478 | 422 | 413 | — | 428 | — | 523 | | |
| Preise | | | | | | | | | | | | | | | | |
| <i>Großhandelsindizes</i> | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Deutschland 13) | 1913 = 100 | 125.5 | 125.5 | 125.4 | 125.2 | 111.6 | 112.6 | 112.2 | 112.8 | 112.5 | 112.1 | 112.3 | 112.1 | 110.1 | | |
| I. Gesamtindex | | 110.2 | 114.8 | 116.7 | 116.0 | 105.7 | 103.2 | 107.2 | 108.3 | 107.3 | 104.0 | 107.2 | 108.6 | 101.2 | | |
| II. Agrarstoffe | | 113.6 | 113.3 | 112.4 | 112.0 | 94.2 | 94.6 | 96.7 | 97.2 | 97.5 | 98.1 | 96.3 | 96.4 | 96.3 | | |
| III. Kolonialwaren | | | | | | | | | | | | | | | | |
| IV. Industrielle Rohstoffe und Halbwaren | | 119.1 | 119.0 | 119.0 | 119.2 | 102.6 | 102.8 | 102.7 | 103.2 | 103.4 | 103.4 | 103.0 | 103.3 | 102.9 | | |
| V. Industrielle Fertigwaren | | 160.7 | 160.1 | 160.0 | 149.6 | 134.7 | 136.7 | 136.7 | 136.5 | 136.5 | 136.5 | 136.3 | 136.2 | 130.7 | | |
| Produktionsmittel | | 188.1 | 187.8 | 187.8 | 187.8 | 130.9 | 130.9 | 130.9 | 130.7 | 130.7 | 130.7 | 130.7 | 130.7 | 140.4 | | |
| Konsumgüter | | 160.2 | 159.3 | 159.2 | 158.5 | 141.1 | 141.1 | 141.1 | 140.9 | 140.9 | 140.9 | 140.6 | 140.4 | 136.2 | | |
| Großbritannien 14) | 1913 = 10 | 110.0 | 110.4 | 109.5 | 109.0 | 90.1 | 90.1 | 90.1 | 90.2 | 91.2 | 91.7 | 90.8 | 90.5 | 80.9 | | |
| Frankreich 15) | Juli 1914 = 100 | 541 | 548 | 547 | 549 | 480 | 477 | 473 | 477 | 477 | 472 | 473 | 470 | 463 | | |
| Ver. Staaten von Amerika 16) | 1926 = 100 | 83.4 | 83.3 | 82.9 | 83.1 | 70.7 | 69.7 | 70.0 | 70.3 | 70.6 | 70.4 | 69.8 | 69.5 | 70.3 | | |
| <i>Großhandelspreise 17)</i> | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Weizen, Chicago, nächst. Termin | cts je bu 18) | 88 3/4 | 88 5/8 | 88 1/8 | 91 1/2 | 71 1/4 | 67 1/4 | 70 | 67 1/4 | 77 | 55 5/8 | 50 3/4 | 54 1/8 | 50 7/8 | | |
| märk., Berlin | RM je 1000 kg | 289 00 | 294 00 | 290 75 | 267 00 | 282 00 | 274 00 | 275 00 | 275 00 | 276 50 | 270 00 | 251 50 | 250 00 | 257 00 | | |
| nächst. Term. | | 174 60 | 172 00 | 159 60 | 157 00 | 97 00 | 97 00 | 97 00 | 97 00 | 212 00 | 214 00 | 19 50 | 188 00 | 190 50 | | |
| Roggen, märk., nächst. Term. | RM je 100 kg | 178 00 | 183 25 | 175 50 | 172 75 | 153 00 | 153 00 | 153 00 | 153 00 | 200 50 | 193 50 | 185 50 | — | — | | |
| Weizenmehl, nächst. Term. | | 34 38 | 36 13 | 35 80 | 33 75 | 35 38 | 35 38 | 25 13 | 34 77 | 34 38 | 38 83 | 33 75 | 37 63 | 32 75 | | |
| Roggenmehl, nächst. Term. | | 24 25 | 24 38 | 23 95 | 23 75 | 27 38 | 27 38 | 27 38 | 27 38 | 33 00 | 29 75 | 28 38 | 28 13 | 27 00 | | |
| Mais, New York, nächst. Termin | cts je bu 19) | 9 1/4 | 8 7/8 | 8 7/8 | 10 5/8 | 7 1/2 | 7 1/2 | 7 1/2 | 7 1/2 | 7 1/2 | 7 1/2 | 6 3/4 | 6 3/4 | 6 3/4 | | |
| Chicago, nächst. Termin | | 8 1/4 | 8 7/8 | 8 7/8 | 10 5/8 | 7 1/2 | 7 1/2 | 7 1/2 | 7 1/2 | 7 1/2 | 7 1/2 | 6 3/4 | 6 3/4 | 6 3/4 | | |
| Futtergerste, Berlin | RM je 1000 kg | 180 00 | 186 50 | 186 50 | 186 50 | 221 00 | 218 00 | 204 00 | 192 50 | 188 00 | 179 50 | 169 00 | 166 00 | 166 00 | | |
| Hafer, nächst. Termin | | 178 00 | 181 50 | 179 50 | 181 00 | 183 50 | 185 50 | 179 50 | 200 50 | 167 00 | 163 00 | 183 00 | 187 00 | 145 | | |
| Zucker, New York, nächst. Term | cts je lb 20) | 1.18 | 1.12 | 1.14 | 1.15 | 1.15 | 1.24 | 1.20 | 1.23 | 1.15 | 1.30 | 1.34 | 1.48 | 1.44 | | |
| London, nächst. Term | sh je cw 21) | 5 1/2 | 6 6 | 5 1/2 | 5 0 1/4 | 6 4 | 6 4 | 6 3 1/4 | 6 4 1/2 | 6 1 1/4 | 6 | 6 4 1/4 | 6 5 1/2 | 6 4 1/2 | | |
| Magdeburg, nächst. Term | RM je 50 kg 21) | 26 50 | 26 73 | 26 95 | 27 10 | 26 90 | 26 80 | 32 40 | 32 50 | 32 50 | 32 50 | 28 00 | 27 00 | 32 50 | | |
| Kaffee, Rio 7, New York, nächst. Term. | cts je lb 20) | 11 1/4 | 7 1/2 | 7 1/2 | 7 1/2 | 6 1/2 | 6 5/8 | 7 | 6 5/8 | 6 | 6 3/8 | 6 5/8 | 6 1/8 | 6 1/8 | | |
| Hamburg, nächst. Term. | | 8 70 | 6 98 | 6 98 | 6 97 | 6 99 | 6 10 | 6 25 | 5 99 | 5 83 | 6 18 | 5 87 | 5 40 | 5 42 | | |
| Kakao, Accra 24), London, nächst. Termin | RPf je 1/2 kg | 41 25 | 41 00 | 37 63 | 35 77 | 32 50 | 33 38 | 35 13 | 33 38 | 30 76 | 33 63 | — | 33 | — | | |
| Reis, Burma II, London, nächst. Termin | sh je 50 kg | 31 0 | 31 3 | 31 0 | 34 0 | 17 0 | 17 4 | 17 0 | 22 8 | 20 3 | 22 3 | 20 9 | 19 0 | 17 6 | | |
| Leinsaat 26), nächst. Termin London | £ per lg 22) | 35 0 | 37 9 | 37 9 | 34 0 | 20 0 | 20 6 | 22 6 | 6 0 | 28 6 | 28 0 | 28 0 | 27 0 | 26 4 | | |
| Kopra 25) | | 12 9 | 12 9 | 12 9 | 12 9 | 7 0 | 6 10 1/2 | 6 7 1/2 | 6 1 1/2 | 7 3 | 6 10 1/2 | 7 | 7 1 1/2 | 7 9 | | |
| Schmalz, Chicago, nächst. Termin | cts je lb 20) | 18 2 | 17 5 0 | 18 5 0 | 17 10 0 | 9 15 0 | 9 15 0 | 9 17 6 | 10 5 0 | 10 10 0 | 11 2 6 | 10 13 9 | 10 15 0 | 10 13 9 | | |
| Baumwollöl, roh, N.Y. | cts je lb 20) | 8 00 | 8 00 | 7 90 | 6 50 | 6 80 | 7 95 | 8 25 | 8 25 | 8 42 1/2 | 8 22 1/2 | 7 75 | 7 80 | 7 75 | | |
| Gummi, first latex crepe, N.Y. | cts je lb 20) | 11 1/4 | 11 1/4 | 10 5/8 | 10 1/4 | 6 5/8 | 6 1/4 | 6 1/2 | 6 1/4 | 6 1/4 | 6 1/4 | 6 5/8 | 6 5/8 | 6 5/8 | | |
| London, nächst. Term. | RM je 100 kg | 112 50 | 103 25 | 98 00 | 95 00 | 65 00 | 66 25 | 66 25 | 66 25 | 61 25 | 63 63 | — | — | 57 50 | | |
| Baumwolle, middling, New York | cts je lb 20) | 13 20 | 13 15 | 12 65 | 12 85 | 8 34 | 8 25 | 8 95 | 9 70 | 9 95 | 9 95 | 9 95 | 9 40 | 8 55 | | |
| Liverpool | sh je cw 23) | 7 5 1/2 | 7 4 1/2 | 7 4 1/2 | 7 4 1/2 | 4 6 1/2 | 4 8 1/2 | 4 7 1/2 | 4 22 | 5 5 1/2 | 5 5 1/2 | 5 0 2 | 5 25 | 4 78 | | |
| Wolle 24), d. Inlandspreis 25) | d je lb 20) | 12 50 | 12 40 | 12 40 | 12 6 | 7 6 | 7 6 | 7 60 | 8 1 | 8 30 | 8 60 | 7 85 | 7 65 | 7 25 | | |
| Kammzug 24) | d je lb 20) | 5 30 | 5 26 | 5 00 | 5 00 | 3 78 | 3 90 | 4 04 | 4 39 | 4 48 | 4 48 | 4 14 | 4 38 | 4 14 | | |
| Jute, London, nächst. Termin | £ je lg 27) | 20 2 1/2 | 17 1/2 | 18 | 18 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 1/4 | 15 3/4 | 15 3/4 | 15 3/4 | 15 3/4 | | |
| Hanf, Manila, London | | 24 0 0 | 24 0 0 | 23 10 0 | 23 10 0 | 17 10 0 | 18 0 0 | 18 5 0 | 18 5 0 | 17 15 1 | 18 10 0 | 18 0 0 | 17 10 0 | 17 5 0 | | |
| Erdöl, roh, New York | \$ je bbl 4) | 2 03 | 2 03 | 2 03 | 2 03 | 1 69 | 1 42 | 1 42 | 1 42 | 1 42 | 1 49 | 1 27 | 1 27 | 1 27 | | |

| Einheit | 1930 | | | | | | | | 1931 | | | | | | | |
|---|-------------------------------|---------------------|--------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|-------------------|-------------------|--|
| | Juli | | | | Juni | | | | Juli | | | | Aug. | | | |
| | 29. 14.-19. | 30. 21.-26. | 31. 28. 7. | 32. 4.-9. | 23. 1.-6. | 24. 8.-13. | 25. 15.-20. | 26. 22.-27. | 27. 29. 6.- | 28. 6.-11. | 29. 13.-18. | 30. 20.-25. | | 31. 27. 7.- | 32. 3.-8. | |
| Großhandelspreise¹⁷⁾ | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Kupfer, elektrolyt., New York .. | ets je lb ¹¹⁾ | 11.50 | 11.00 | 11.00 | 11.00 | 8.77 ^{1/2} | 8.52 ^{1/2} | 8.57 ^{1/2} | 8.52 ^{1/2} | 9.27 ^{1/2} | 9.32 ^{1/2} | 8.27 ^{1/2} | 8.25 | 8.25 | 8.00 | |
| standard, London | £ je 1gt ¹²⁾ | 48.28 | 47.89 | 48.10 | 48.15 | 35.18 | 35.39 | 34.76 | 37.7 | 38.10 | 38.10 | 33.11.3 | 34.12.6 | 32.17.8 | 32.12.6 | |
| London, 3 Monate | | 47.18 | 47.5 | 48.7 | 48.15 | 35.16 | 35.18.9 | 35.0 | 38.13 | 39.10 | 37.2.8 | 31.5.0 | 35.7.6 | 33.15.0 | 33.10.0 | |
| Zinn, standard, London | | 133.0 | 137.0 | 136.7 | 138.17 | 100.12.6 | 100.15.0 | 101.15.0 | 118.17 | 114.2.8 | 117.12.8 | 109.10 | 111.15.0 | 108.15.0 | 110.17.6 | |
| 3 Monate | | 133.0 | 137.0 | 136.7 | 138.17 | 100.12.6 | 100.15.0 | 101.15.0 | 118.17 | 114.2.8 | 117.12.8 | 109.10 | 111.15.0 | 108.15.0 | 110.17.6 | |
| Zink, New York | ets je lb ¹¹⁾ | 4.13 | 4.35 | 4.75 | 4.50 | 3.25 | 3.25 | 3.25 | 3.50 | 3.9 | 4.00 | 3.90 | 3.90 | 3.99 | 3.85 | |
| London, greifb. | £ je ton | 15.18.9 | 16.13.9 | 16.10.0 | 16.0 | 9.16.3 | 10.5.0 | 11.0.0 | 12.7.6 | 18.8.9 | 12.16.3 | 12.13.9 | 12.8.9 | 11.17.6 | 11.10.0 | |
| Bleil, New York | ets je lb ³⁰⁾ | 5.25 | 5.25 | 5.2 | 5.0 | 3.75 | 3.75 | 3.75 | 4.15 | 4.40 | 4.40 | 4.40 | 4.40 | 4.40 | 4.40 | |
| London | \$ je ton | 18.5.0 | 18.2.8 | 18.6.8 | 18.5.0 | 10.13.9 | 10.17.8 | 11.5.0 | 12.17.6 | 13.8.9 | 13.7.8 | 12.18.9 | 12.17.6 | 12.15.0 | 12.6.3 | |
| Silber, New York | ets je oz fine ³⁴⁾ | 34.25 | 34.63 | 34.63 | 34.50 | 28.50 | 28.50 | 28.63 | 28.25 | 29.13 | 29.98 | 28.00 | 27.88 | 27.75 | — | |
| Barren ³⁵⁾ London | d | 15 ^{16/16} | 16 | 16 ^{16/16} | 15 ^{16/16} | 12 ^{8/8} | 12 ^{8/8} | 12 ^{8/8} | 13 ⁴ | 13 ^{1/2} | 13 ^{1/2} | 13 ^{1/2} | 13 ^{1/2} | 13 ^{1/2} | 13 ^{1/2} | |
| 2 Monate | d | 15 ^{16/16} | 15 ^{16/8} | 16 | 15 ^{16/8} | 12 ^{8/8} | 12 ^{8/8} | 12 ^{8/8} | 13 ^{1/2} | 13 ^{1/2} | 13 ^{1/2} | 13 ^{1/2} | 13 ^{1/2} | 13 ^{1/2} | 13 ^{1/2} | |
| Einzelhandelspreise (Berlin)¹⁸⁾ | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Roggenbrot, ortsbüchlich | RM je kg | 0.39 | 0.39 | 0.39 | 0.39 | 0.39 | 0.39 | 0.39 | 0.39 | 0.39 | 0.39 | 0.39 | 0.38 | 0.39 | 0.39 | |
| Schweinefleisch (Bauchfleisch) | | 1.99 | 2.04 | 2.11 | 2.15 | 3.06 | 3.06 | 3.06 | 3.06 | 3.06 | 3.06 | 3.06 | 3.06 | 3.06 | 3.06 | |
| Butter (Molkerei) | | 3.41 | 3.45 | 3.51 | 3.55 | 3.06 | 3.06 | 3.06 | 3.06 | 3.06 | 3.06 | 3.06 | 3.06 | 3.06 | 3.06 | |
| Eier | RM je Stok | 0.12 | 0.12 | 0.2 | 0.12 | 0.09 ^{1/2} | 0.09 ^{1/2} | 0.09 ^{1/2} | 0.09 | 0.09 | 0.09 | 0.09 | 0.09 ^{1/2} | 0.09 | 0.10 | |
| Vollmilch, ab Laden | RM je l | 0.85 | 0.80 | 0.80 | 0.29 | 0.30 | 0.30 | 0.30 | 0.30 | 0.30 | 0.30 | 0.30 | 0.30 | 0.30 | 0.30 | |
| Bricketta, frei Keller | RM je Ztr | 1.70 | 1.70 | 1.70 | 1.70 | 1.63 | 1.63 | 1.63 | 1.63 | 1.63 | 1.63 | 1.63 | 1.63 | 1.63 | 1.63 | |
| Steinkohle, frei Keller | | 2.41 | 2.41 | 2.41 | 2.41 | 2.38 | 2.38 | 2.38 | 2.38 | 2.38 | 2.38 | 2.38 | 2.38 | 2.38 | 2.38 | |
| Geld- und Kapitalmarkt | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Tägliches Geld³⁷⁾ | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Berlin | % p. a | 4.40 | 3.02 | 5.00 | 3.98 | 5.42 | 5.50 | 7.54 | 7.65 | 9.40 | 9.29 | 1.94 | 2.05 | 2.75 | — | |
| London | | 1.61 | 1.60 | 1.60 | 2.10 | 1.54 | 1.50 | 1.29 | 1.75 | 1.73 | 1.67 | 1.94 | 2.05 | 2.75 | — | |
| Amsterdam | | 2.13 | 1.20 | 2.05 | 2.50 | 1.52 | 0.83 | 0.53 | 0.60 | 0.85 | 0.50 | 0.75 | 1.25 | 0.75 | — | |
| New York | | 2.10 | 2.00 | 2.00 | 2.15 | 1.50 | 1.75 | 1.50 | 1.50 | 1.50 | 1.50 | 1.50 | 1.50 | 1.50 | — | |
| Langfristiges Geld³⁷⁾ | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Berlin Monatsgeld | | 4.67 | 4.53 | 4.92 | 4.50 | 5.92 | 6.42 | 7.68 | 7.75 | 8.50 | 8.50 | 2.19 | 2.38 | 2.41 | — | |
| London, 2 Mon. Bankkzettel | | 2.33 | 2.38 | 2.35 | 2.25 | 2.06 | 2.13 | 2.11 | 2.06 | 1.89 | 1.82 | 1.93 | 1.93 | 2.00 | — | |
| Amsterdam, Prolongationsatz ³⁸⁾ | | 2.13 | 1.67 | 1.78 | 1.78 | 1.21 | 1.10 | 0.98 | 1.10 | 1.10 | 0.78 | 1.03 | 1.90 | 2.00 | — | |
| New York, 3 Mon. Warenwechse | | 3.13 | 3.13 | 3.13 | 3.08 | 2.00 | 2.00 | 2.00 | 1.10 | 1.75 | 1.75 | 1.75 | 1.75 | 1.88 | — | |
| Privatdiskont³⁷⁾ | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Berlin ⁴⁵⁾ | | 3.38 | 3.38 | 3.38 | 3.33 | 4.86 | 5.00 | 7.00 | 7.00 | 7.00 | 7.00 | 7.00 | 7.00 | 7.00 | — | |
| London | | 2.47 | 2.45 | 2.39 | 2.27 | 2.10 | 2.12 | 2.10 | 2.06 | 1.97 | 1.95 | 2.32 | 2.29 | 2.29 | — | |
| Amsterdam | | 2.04 | 1.90 | 1.97 | 1.88 | 1.18 | 1.00 | 0.94 | 0.97 | 1.32 | 0.98 | 1.27 | 1.93 | 1.93 | — | |
| Zürich | | 2.06 | 1.88 | 1.88 | 1.88 | 1.13 | 1.15 | 1.13 | 1.13 | 1.13 | 1.13 | 2.00 | 2.00 | 2.00 | — | |
| Paris | | 2.22 | 2.10 | 2.07 | 2.06 | 1.08 | 1.03 | 1.03 | 1.03 | 1.03 | 1.01 | 1.01 | 1.01 | 1.01 | — | |
| New York | | 1.94 | 1.94 | 1.94 | 1.94 | 0.94 | 0.94 | 0.94 | 0.94 | 0.94 | 0.94 | 0.94 | 0.94 | 0.94 | — | |
| Rendite | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Frankreich, 3% Staatsrente ³⁷⁾ | | 3.39 | 3.38 | 3.37 | 3.38 | 3.38 | 3.37 | 3.38 | 3.40 | 3.42 | 3.41 | 3.45 | 3.45 | 3.41 | — | |
| Deutschland ³⁹⁾ | | 6.22 | 6.23 | 6.25 | 6.25 | 6.34 | 6.37 | 6.41 | 6.42 | 6.40 | 6.43 | 6.43 | 6.43 | 6.43 | — | |
| 5% | | 7.11 | 7.14 | 7.17 | 7.18 | 7.47 | 7.58 | 7.72 | 7.63 | 7.64 | 7.69 | 7.69 | 7.69 | 7.69 | — | |
| 6% | | 7.61 | 7.67 | 7.73 | 7.75 | 8.03 | 8.20 | 8.35 | 8.26 | 8.27 | 8.35 | 8.35 | 8.35 | 8.35 | — | |
| 7% | | 8.22 | 8.26 | 8.30 | 8.31 | 8.54 | 8.71 | 8.87 | 8.76 | 8.74 | 8.83 | 8.83 | 8.83 | 8.83 | — | |
| 8% | | 8.22 | 8.26 | 8.30 | 8.31 | 8.54 | 8.71 | 8.87 | 8.76 | 8.74 | 8.83 | 8.83 | 8.83 | 8.83 | — | |
| Devisenkurse³⁷⁾ | | | | | | | | | | | | | | | | |
| \$ in: | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Berlin | RM | 4.188 | 4.187 | 4.184 | 4.184 | 4.211 | 4.213 | 4.213 | 4.212 | 4.213 | 4.213 | 4.213 | 4.213 | 4.213 | — | |
| London | £ in \$ | 4.865 | 4.887 | 4.870 | 4.872 | 4.886 | 4.884 | 4.884 | 4.886 | 4.884 | 4.886 | 4.881 | 4.819 | 4.858 | — | |
| Amsterdam | Fl | 2.486 | 2.485 | 2.483 | 2.482 | 2.485 | 2.485 | 2.484 | 2.484 | 2.484 | 2.483 | 2.481 | 2.483 | 2.486 | — | |
| Zürich | Fr | 5.143 | 5.144 | 5.146 | 5.142 | 5.157 | 5.157 | 5.157 | 5.157 | 5.157 | 5.157 | 5.157 | 5.157 | 5.157 | — | |
| Paris | Fr | 25.408 | 25.417 | 25.414 | 25.417 | 25.529 | 25.542 | 25.548 | 25.548 | 25.548 | 25.548 | 25.548 | 25.548 | 25.548 | — | |
| Mailand | L | 19.09 | 19.09 | 19.09 | 19.09 | 19.10 | 19.09 | 19.10 | 19.10 | 19.10 | 19.10 | 19.10 | 19.10 | 19.10 | — | |
| £ in: | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Berlin | RM | 20.376 | 20.374 | 20.376 | 20.383 | 20.490 | 20.495 | 20.493 | 20.495 | 20.494 | 20.495 | 20.478 | 20.439 | 20.460 | — | |
| Paris | Fr | 123.80 | 123.68 | 123.78 | 123.82 | 124.23 | 124.23 | 124.23 | 124.23 | 124.26 | 124.12 | 123.57 | 124.04 | 123.80 | — | |
| New York | \$ | 4.865 | 4.887 | 4.872 | 4.872 | 4.887 | 4.884 | 4.885 | 4.886 | 4.884 | 4.886 | 4.849 | 4.850 | 4.869 | — | |
| Franz. Fr in Berlin | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | RM für 100 Fr | 16.48 | 16.47 | 16.47 | 16.46 | 16.50 | 16.50 | 16.50 | 16.49 | 16.49 | 16.47 | 16.54 | 16.55 | 16.42 | — | |
| Goldbewegung⁴⁰⁾ | | | | | | | | | | | | | | | | |
| deutschland | 1000 RM | - 77 | 3 | 30 | + 327 | - 90397 | - 534359 | - 354398 | + 9922 | + 661 | - 55664 | - 13289 | — | — | — | |
| Großbritannien | | - 4372 | - 27938 | - 36446 | + 7048 | + 17487 | + 68520 | + 118427 | + 41410 | + 8315 | + 28997 | - 12482 | - 39606 | — | — | |
| Niederlande | | - 29416 | - 40177 | 87 | — | — | 116 | + 48092 | + 31558 | + 395 | — | — | + 53158 | — | — | |
| Schweden | | 60 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | |
| Schweiz | | + 9 | + 12629 | + 12627 | + 49 | + 1912 | + 22283 | + 122918 | + 6316 | + 98 | + 98 | + 159 | — | — | — | |
| Frankreich | MILL RM | + 74.8 | + 61.7 | + 128.0 | + 97.9 | + 49.2 | + 33.7 | + 63.6 | + 16.4 | + 32.4 | + 0.2 | + 69.1 | — | — | — | |
| Ver. Staaten von Amerika ⁴¹⁾ | | + 52.9 | + 27.3 | + 91.3 | + 256.0 | + 0.7 | + 75.1 | + 328.7 | + 114.6 | + 123.8 | + 66.6 | + 78.7 | + 63.7 | — | — | |
| Effektenkurse | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Deutschland | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Börsenindex d. Frkf. Ztg. ⁴²⁾ | 1928 = 100 | 102.64 | 98.50 | 98.11 | 93.18 | 70.12 | 63.54 | 65.27 | 72.45 | 71.94 | 68.14 | 68.14 | 68.14 | 68.14 | — | |
| Aktienindex Gesamt | | 102.80 | 98.07 | 97.20 | 94.9 | 72.96 | 67.01 | 68.07 | 73.78 | 73.54 | 70.35 | 70.35 | 70.35 | 70.35 | — | |
| Kessawerte | | 100.64 | 93.60 | 94.11 | 90.12 | 64.91 | 57.16 | 60.17 | 69.98 | 69.00 | 64.14 | 64.14 | 64.14 | 64.14 | — | |
| Terminwerte | | | | | | | | | | | | | | | — | |
| Inländische Anleihen | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Gesamt | | 103.41 | 102.34 | 102.07 | 101.75 | 100.44 | 98.06 | 97.56 | 98.26 | 97.97 | 97.06 | 97.06 | 97.06 | 97.06 | — | |
| 7% | | 100.38 | 98.03 | 97.41 | 97.08 | 92.25 | 87.59 | 87.07 | 89.12 | 88.36 | 87.52 | 87.52 | 87.52 | 87.52 | — | |
| 8% | | 104.39 | 103.94 | 103.53 | 103.15 | 101.75 | 98.42 | 98.64 | 99.01 | 98.32 | 96.90 | 96.90 | 96.90 | 96.90 | — | |
| Deutsche Anleihen i. Auslande | | 101.28 | 101.08 | 101.01 | 101.25 | 89.38 | 84.60 | 86.00 | 91.51 | 90.62 | 89.03 | 89.03 | 89.03 | 89.03 | — | |
| Ver. Staaten v. Amerika ⁴²⁾ | | 134.8 | 135.6 | 136.1 | 135.0 | 77.6 | 81.1 | 80.7 | 87.9 | 90.8 | 88.0 | 85.2 | 86.4 | 86.4 | — | |
| Maklerdarlehen | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Ver. Staaten v. Amerika ⁴⁴⁾ | 1000 | 3 243 | 3 226 | 3 228 | 3 214 | 1 539 | 1 490 | 1 419 | 1 406 | 1 479 | 1 455 | 1 430 | 1 416 | — | — | |

Reichseinnahmen im Juni 1931 und im Rechnungsjahr 1931¹⁾

| Lfd. Nr. | Bezeichnung der Einnahmen | im Monat (Juni 1931) | | im Vorjahr (Juni 1930) | | im Vormonat (Mai 1931) | | 1. April 1931 bis 30. Juni 1931 | | Im Reichshaushaltsplan ist die Einnahme für den Monatsdurchschnitt im Rechnungsjahr 1931 veranschlagt mit RM |
|---------------------------------------|--|----------------------|-----------|------------------------|-----------|------------------------|-----------|---------------------------------|-----------|--|
| | | Reichsmark | Rpf | Reichsmark | Rpf | Reichsmark | Rpf | Reichsmark | Rpf | |
| 1 | 2 | 3 | | 4 | | 5 | | 6 | | 7 |
| A. Besitz- und Verkehrssteuern | | | | | | | | | | |
| a) Fortdauernde Steuern | | | | | | | | | | |
| 1 | Einkommensteuer | 97 374 262 | 88 | 115 598 262 | 08 | 96 029 420 | 14 | 282 187 889 | 91 | a) 233 749 999 |
| | a) aus Lohnabzügen ²⁾ | 16 425 775 | 02 | 23 158 555 | 43 | 12 391 978 | 14 | 42 907 910 | 40 | |
| | b) Steuerabzug vom Kapitalertrage | 13 604 902 | 84 | 30 275 138 | 69 | 39 731 085 | 46 | 214 039 759 | 66 | |
| | c) andere | 2 410 759 | 97 | 6 718 474 | 40 | 8 974 930 | 55 | 60 775 480 | 09 | 31 166 667 |
| 2 | Körperschaftsteuer | 1 838 | 39 | — | — | — | — | 1 838 | 39 | — |
| 3 | Krisensteuer | 18 816 041 | 89 | 20 903 865 | 26 | 73 864 046 | 69 | 103 871 800 | 35 | 30 416 667 |
| 4 | Vermögenssteuer | 2 981 045 | 04 | — | — | 4 244 747 | 57 | 14 990 098 | 38 | 15 000 000 |
| 5 | Aufbringungsumlage | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| 6 | Aus der Abwicklung des Industriebelastungsgesetzes und des Aufbringungsgesetzes | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| 7 | Vermögenszuwachssteuer | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| 8 | Erbschaftsteuer | 5 856 076 | 58 | 6 704 008 | 07 | 5 359 137 | 17 | 18 765 961 | 20 | 7 500 000 |
| 9 | Umsatzsteuer | 20 127 891 | 89 | 20 020 167 | 23 | 37 232 339 | 87 | 213 395 340 | 09 | 86 696 666 |
| 10 | Gründerwerbsteuer ³⁾ | 1 964 221 | 05 | 2 594 859 | 22 | 2 051 511 | 63 | 6 028 719 | 01 | 3 333 333 |
| 11 | Kapitalverkehrsteuer: | | | | | | | | | |
| | a) Gesellschaftsteuer | 1 199 059 | 71 | 2 585 208 | 73 | 2 904 104 | 83 | 5 606 292 | 14 | 3 750 000 |
| | b) Wertpapiersteuer | 305 015 | 83 | 1 098 801 | 92 | 799 108 | 58 | 1 645 188 | 44 | 1 333 333 |
| | c) Börsenumsatzsteuer | 1 204 707 | 30 | 1 991 267 | 37 | 1 806 905 | 76 | 4 766 573 | 35 | 2 866 667 |
| 12 | Kraftfahrzeugsteuer | 19 227 722 | 70 | 19 612 755 | 54 | 21 744 460 | 97 | 62 778 111 | 53 | 19 166 667 |
| 13 | Versicherungsteuer | 5 190 690 | 15 | 5 457 961 | 31 | 5 725 757 | 92 | 16 714 946 | 38 | 5 416 667 |
| 14 | Rennwett- und Lotteriesteuer: | | | | | | | | | |
| | a) Totalsatorsteuer | 1 252 601 | 52 | 1 589 915 | 38 | 1 448 214 | 77 | 3 721 926 | 04 | 3 000 000 |
| | b) andere Rennwettsteuer | 1 845 455 | 61 | 1 693 732 | 65 | 1 867 590 | 44 | 5 188 247 | 27 | 5 000 000 |
| | c) Lotteriesteuer | 1 676 492 | 28 | 4 499 857 | 11 | 4 920 878 | 85 | 12 368 688 | 31 | — |
| 15 | Wechselsteuer | 3 569 619 | 20 | 3 314 327 | 19 | 2 694 170 | 90 | 9 278 530 | 90 | — |
| 16 | Beförderungsteuer: | | | | | | | | | |
| | a) Personenbeförderung | 14 904 390 | 54 | 14 069 726 | 90 | 12 652 657 | 57 | 39 667 245 | 84 | 14 166 667 |
| | b) Güterbeförderung | 10 337 389 | 74 | 12 904 070 | 78 | 10 338 252 | 06 | 31 443 064 | 34 | 12 500 000 |
| | Summe a.... | 244 757 896 | 98 | 294 790 451 | 26 | 346 581 287 | 87 | 1 171 038 692 | 03 | 481 583 332 |
| b) Einmalige Steuern | | | | | | | | | | |
| 17 | Steuer zum Geldentwertungsausgleich bei Schuldverschreibungen (Obligationensteuer) | 57 368 | 45 | 125 727 | 62 | 76 673 | 20 | 208 112 | 54 | 83 333 |
| | Summe b.... | 57 368 | 45 | 125 727 | 62 | 76 673 | 20 | 208 112 | 54 | 83 333 |
| | Summe A.... | 244 815 265 | 43 | 294 916 178 | 38 | 346 657 961 | 07 | 1 171 246 804 | 57 | 481 666 665 |
| B. Zölle und Verbrauchsabgaben | | | | | | | | | | |
| 18 | Zölle (einschl. Nachzölle) | 81 439 904 | 11 | 68 514 027 | 17 | 66 935 803 | 58 | 275 537 153 | 44 | 104 833 333 |
| 19 | Tabaksteuer: | | | | | | | | | |
| | a) Tabaksteuer (einschl. Aufschlag) | 59 809 093 | 40 | 63 259 915 | 82 | 53 922 519 | 24 | 149 995 296 | 06 | 95 250 000 |
| | b) Materialsteuer (einschließlich Ausgleichsteuer u. Nachsteuer) | 7 319 398 | 66 | 16 685 525 | 06 | 5 072 047 | 89 | 22 370 027 | 49 | |
| | c) Tabakersatzstoffabgabe | 5 798 | 75 | 282 | 75 | 330 | 83 | 25 865 | 18 | |
| 20 | Zuckersteuer | 11 439 367 | 99 | 12 488 931 | 98 | 10 136 662 | 74 | 31 253 069 | 59 | 12 500 000 |
| 21 | Biersteuer ⁴⁾ | 31 335 421 | 15 | 33 587 130 | 86 | 34 732 422 | 46 | 64 688 568 | 30 | 42 500 000 |
| 22 | Aus dem Spiritusmonopol | 14 391 452 | 99 | 15 392 460 | 31 | 15 145 822 | 21 | 46 906 595 | 14 | 19 146 667 |
| 23 | Essigsäuresteuer | 209 379 | 75 | 143 128 | 60 | 179 788 | 25 | 534 848 | 15 | 216 667 |
| 24 | Schaumweinsteuer | 418 618 | 69 | 639 224 | 55 | 396 177 | 29 | 1 342 614 | 05 | 668 667 |
| 25 | Zündwarensteuer | 765 778 | 53 | 1 090 249 | 34 | 862 577 | 65 | 2 499 789 | 23 | 1 166 667 |
| 26 | Aus dem Zündwarenmonopol | 267 664 | 25 | 448 217 | 19 | 280 842 | 35 | 815 832 | 15 | 250 000 |
| 27 | Leuchtmittelsteuer | 183 975 | 78 | 95 618 | 10 | 744 392 | 13 | 1 770 122 | 56 | 1 000 000 |
| 28 | Spielkartensteuer | 220 330 | 00 | 169 445 | 43 | 148 737 | 70 | 690 900 | 30 | 200 000 |
| 29 | Statistische Abgabe | 253 868 | 95 | 240 459 | 00 | 216 328 | 60 | 692 709 | 45 | 250 000 |
| 30 | Süßstoffsteuer | 15 389 | 15 | 26 756 | 15 | 18 240 | 00 | 49 038 | 60 | 33 333 |
| 31 | Mineralwassersteuer | 2 460 470 | 65 | 1 146 392 | 47 | 1 143 192 | 84 | 4 494 030 | 56 | 2 500 000 |
| 32 | Brantweinersatzsteuer | 2 586 | 45 | 1 447 | 10 | 6 043 | 75 | 15 540 | 56 | 16 667 |
| 33 | Mineralölsteuer | 767 712 | 44 | 61 789 | 10 | 1 473 257 | 70 | 2 950 342 | 64 | 1 250 000 |
| | Summe B.... | 211 305 309 | 66 | 213 990 986 | 88 | 191 415 193 | 01 | 636 634 523 | 44 | 281 299 999 |
| | Im Ganzen (Summe A + B) .. | 456 120 575 | 09 | 508 907 165 | 76 | 538 073 154 | 08 | 1 807 881 328 | 01 | 762 966 664 |

1) Einschließlich der aus den Einnahmen den Ländern usw. überwiesenen Anteile.
 2) An Lohnsteuer sind erstattet: im Juni 1931: 907 604,18 RM; in der Zeit vom 1. April 1931 bis 30. Juni 1931: 17 125 986,93 RM.
 3) Nach Abzug von 43 Mill. RM, die vom Reichstag beschlossen, vom Reichsrat aber abgelehnt worden sind.
 4) Hierin ist die von Landesbehörden erhobene Grunderwerbsteuer nicht enthalten

Verantwortlich für die Redaktion: R. Bernfeld, Berlin W 62. — Für die Inserate: M. Böhme. — Verlag: Berlin W 62, Kurfürstenstraße 151. Fernsprecher B 2 Lützow 3693, 3694, 3695. — Druck: Buchdruckerei Gustav Ascher G. m. b. H., Berlin SW 61, Teltower Straße 29. — Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion auch wenn Rückporto beiliegt, keine Verantwortung. — Bezugspreis: Bei Postzustellung 12 RM pro Quartal, bei Zusendung durch Streifband im Inland und in Österreich 13 RM, im übrigen Ausland 14 RM. Postcheck Berlin Nr. 149 296.

Finanzanzeigen in diesem Heft:

Rheinische Aktiengesellschaft für Braunkohlenbergbau und Brikettfabrikation: Bilanz.
 Rheinische Aktiengesellschaft für Braunkohlenbergbau und Brikettfabrikation: Ausgabe neuer Gewinnanteilscheinbogen.
 Dresdner Bank: Einladung zur außerordentlichen Generalversammlung.



DER DEUTSCHE
FERNSPRECH-
APPARAT DER

H. FULD & CO.

TELEPHON- UND TELEGRAPHENWERKE
AKTIENGESELLSCHAFT, FRANKFURT A. M.

IST EINE
**GIPFELLEISTUNG DER
FERNSPRECH-TECHNIK**

H. FULD & CO., TELEPHON- U. TELEGRAPHEN-
WERKE AKT.-GES., FRANKFURT AM MAIN
VERTRETEN IN BERLIN DURCH DIE
GESELLSCHAFT FÜR AUTOMATISCHE
TELEPHONIE A.-G., BERLIN N 65
LYNARSTR. 5/6 · D 6 WEDDING 0014

BITTRAF



Schutzmarke

Abteilung A:

Verdichtete und flüssige Gase

Abteilung B:

Autogene Schweiß- u. Schneidegeräte

Abteilung C:

Medizinische- und Wiederbelebungs-
apparate

Sauerstoff-Fabrik Berlin G. m. b. H.

Berlin N 65, Tegeler Straße 15

Gegr. 1889 / Älteste Sauerstoff-Fabrik Deutschlands

**Rheinische Aktiengesellschaft für
Braunkohlenbergbau u. Briekffabrikation
Köln.**

Ausgabe neuer Gewinnanteilscheinbogen zu den Aktien
der Nr. 79 001—104 000.

Die neue Reihe Gewinnanteilscheinbogen mit Gewinn-
anteilscheinen Nr. 16—20 und Erneuerungsschein zu
unseren Aktien Nr. 79 001—104 000 gelangt von jetzt
ab gegen Rückgabe der alten Erneuerungsscheine und
Einreichung eines nach der Reihenfolge geordneten,
mit Quittung des Aktienbesitzers versehenen Nummern-
verzeichnisses bei nachgenannten Banken während der
Geschäftsstunden zur Ausgabe:

- bei der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft,
Berlin, und deren Filialen in Köln (A. Schaff-
hausen'scher Bankverein), Dortmund, Düsseldorf,
Wuppertal-Elberfeld (Bergisch-Märkische Bank),
Essen (Essener Credit-Anstalt), Frankfurt a. M.,
Hamburg (Norddeutsche Bank in Hamburg),
- bei der Berliner Handelsgesellschaft, Berlin,
- bei der Darmstädter und Nationalbank Kommandit-
gesellschaft auf Aktien, Berlin, und deren Filialen
in Köln, Dortmund, Düsseldorf, Wuppertal-Elber-
feld, Essen, Frankfurt a. M., Hamburg,
- bei dem Bankhause Delbrück Schickler & Co., Berlin,
- bei dem Bankhause Jacquier & Securius, Berlin,
- bei dem Bankhause A. E. Wassermann, Berlin,
- bei dem Bankhause Deichmann & Co., Köln,
- bei der Dresdner Bank in Köln, Köln,
- bei dem Bankhause A. Levy, Köln,
- bei dem Bankhause Sal. Oppenheim jr. & Cie., Köln,
- bei der Deutschen Effekten- und Wechselbank, Frank-
furt a. M.,
- bei dem Bankhause Jacob S. H. Stern, Frankfurt a. M.,
- bei dem Bankhause M. M. Warburg & Co., Hamburg.

Köln, im August 1931.

Der Vorstand.



Preußische Zentralgenossenschaftskasse

Berlin — Preußenkasse — Frankfurt a.M.

Eingezahltes Grundkapital und Reserven 168,7 Millionen Reichsmark
Anstalt des öffentlichen Rechts

Gegründet 1895

Zentralkreditinstitut der deutschen Genossenschaften

Rheinische Aktiengesellschaft für Braunkohlenbergbau und Brikettfabrikation Köln

General-Bilanz am 31. März 1931

| Aktiva | RM | Passiva | RM |
|---|----------------|---|----------------|
| 1. Grubenfelder | 12 421 407,— | 1. Aktienkapital | 81 000 000,— |
| 2. Grundstücke | 4 647 109,46 | 2. Teilschuldverschreibungen | 10 171,14 |
| 3. Beamten- und Arbeiterwohnungen | 4 726 752,44 | 3. Reservefonds | 21 791 904,06 |
| 4. Gebäude | 8 513 016,73 | 4. Abschreibungen | 28 229 426,12 |
| 5. Maschinen | 13 999 947,69 | 5. Stiftung für Beamte und Arbeiter | 200 000,— |
| 6. Eisenbahnen | 1 355 652,84 | 6. Hermann Gruhl-Stiftung | 100 000,— |
| 7. Geräte | 8 849 066,82 | 7. Verschiedene Gläubiger | 3 680 399,84 |
| 8. Grubenanlagen | 5 798 287,36 | 8. Bürgschaften und Sicherheitsleistungen | |
| 9. Grube Carl | 5 366 355,95 | | RM 818 719,40 |
| 10. Kassenbestand | 118 949,14 | 9. Verschiedene Rückstellungen | 7 261 568,04 |
| 11. Wechsel | 145 285,88 | 10. Nicht erhobene Gewinnanteile | 23 856,— |
| 12. Dauernde Beteiligungen | 35 717 110,— | 11. Gewinn einschl. Gewinnvortrag aus 1929/30 | 9 442 813,38 |
| 13. Wertpapiere | 594 266,70 | | |
| 14. Außenstände: | | | |
| a) Bank- und bankmäßige Guthaben | 25 849 308,77 | | |
| b) Guthaben bei verschiedenen Schuldnern | 2 076 935,65 | | |
| 15. Interims-Konto für Neubauten und Neuanschaffungen | 535 585,22 | | |
| 16. Rechnung der Tochtergesellschaften | 23 080 489,27 | | |
| 17. Bürgschaften und Sicherheitsleistungen | | | |
| | RM 818 719,40 | | |
| 18. Im voraus abgeräumte Kohle | 1 795 407,85 | | |
| 19. Bestände: | | | |
| Betriebsvorräte | 642 296,31 | | |
| Briketts | 1 006 988,— | | |
| | 151 740 158,58 | | 151 740 158,58 |

Gewinn- und Verlust-Rechnung für 1930/31

| Soll | RM | Haben | RM |
|--------------------------|---------------|---|---------------|
| 1. Generalunkosten | 2 335 197,76 | 1. Gewinnvortrag aus 1929/30 | 679 156,34 |
| 2. Steuern | 5 564 183,53 | 2. Überschuß auf Kohlen-, Brikett- und Ton-Rechnungen | 23 976 754,43 |
| 3. Versicherungen | 2 866 460,71 | 3. Überschuß auf Zinsen-Rechnung | 2 672 867,24 |
| 4. Abschreibungen | 7 123 123,63 | | |
| 5. Gewinn | 9 442 813,38 | | |
| | 27 330 778,01 | | 27 330 778,01 |

Die Dividende unserer Gesellschaft für das Geschäftsjahr 1930/31 ist auf 10 v. H. festgesetzt. Sie kommt gegen Einreichung des Dividendenscheines

Nr. 15 der Aktien Nr. 1—28 000 je RM 300,—
Nr. 8 der Aktien Nr. 28 001—32 000 je RM 300,—
Nr. 15 der Aktien Nr. 32 001—79 000 je RM 300,—
Nr. 10 der Aktien Nr. 79 001—104 000 je RM 300,—
Nr. 9 der Aktien Nr. 104 001—199 000 je RM 300,—
Nr. 15 der Aktien Nr. 199 001—201 500 je RM 300,—
Nr. 15 der Aktien Nr. 201 501—247 500 je RM 300,—

nach Abzug von 10 v. H. Kapitalertragssteuer mit 9 v. H. = RM 27,— für jede Aktie über RM 300,— und mit RM 270,— für jede Aktie über RM 3000,— vom 5. August ab nach den gesetzlichen Bestimmungen zur Auszahlung

bei der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft, Berlin, und deren Filialen in Köln, Dortmund, Düsseldorf, Wuppertal-Elberfeld, Essen, Frankfurt a. M., Hamburg,

bei der Berliner Handelsgesellschaft, Berlin,
" " Darmstädter und Nationalbank Kommanditgesellschaft auf Aktien, Berlin, und deren Filialen in Köln, Dortmund, Düsseldorf, Wuppertal-Elberfeld, Essen, Frankfurt a. M., Hamburg,
" dem Bankhause Delbrück Schickler & Co., Berlin,
" " Bankhause Jacquier & Securius, Berlin,
" " Bankhause A. E. Wassermann, Berlin,
" " Bankhause Deichmann & Co., Köln,
" der Dresdner Bank, Köln,
" dem Bankhause A. Levy, Köln,
" dem Bankhause Sal. Oppenheim jr. & Cie., Köln,
" der Deutschen Effekten- und Wechselbank, Frankfurt a. M.,
" dem Bankhause Jacob S. H. Stern, Frankfurt a. M.,
" Bankhause M. M. Warburg & Co., Hamburg.
Köln, den 4. August 1931.

Der Vorstand.

Dresdner Bank

Außerordentliche Generalversammlung

Hiermit werden die Aktionäre zu einer außerordentlichen Generalversammlung, die

Sonntag, den 29. August 1931, mittags 12 Uhr,
im Bankgebäude Dresden, Johannstraße 3, stattfinden wird, eingeladen.

Tagesordnung:

1. Beschlussfassung über die Erhöhung des Grundkapitals von bisher nom. RM 100 000 000,— bis zu nom. RM 400 000 000,— durch Ausgabe von bis zu nom. RM 300 000 000,— auf den Inhaber lautenden, ab 1. August 1931 dividendenberechtigten und einziehbaren Vorzugsaktien mit in Höhe von 7% bevorrechtigter und nachzahlbarer Dividende sowie mit Vorzugsrecht am Liquidationserlös. Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrechts der Aktionäre.

Festsetzung der Begebungsmodalitäten.

2. Beschlussfassung über die Änderung des Gesellschaftsvertrages aus Anlaß der Kapitalerhöhung, und zwar:

des § 4: Höhe und Einteilung des neuen Grundkapitals nach Durchführung der Kapitalerhöhung,

des § 6: Einziehbarkeit der Vorzugsaktien,

des § 19: anderweitige Festsetzung der Vergütungen für den Aufsichtsrat (Einführung fester Vergütungen, Herabsetzung des Anteils am Reingewinn),

des § 26: Änderung der Bestimmungen über die Gewinnverteilung (Dividende auf Vorzugs- und Stammaktien, Aufsichtsratsvergütungen),

des § 27: Einfügung von Bestimmungen über die Verteilung des Liquidationserlöses im Falle der Auflösung der Gesellschaft.

3. Wahlen zum Aufsichtsrat.

Jeder Aktionär ist zur Teilnahme an der Generalversammlung berechtigt. Um in dieser stimmen oder Anträge stellen zu können, müssen die Aktionäre ihre Aktien oder die über diese lautenden Hinterlegungsscheine einer Effekten Girobank gemäß § 21 der Satzungen spätestens bis zum 26. August 1931 einschließlich bei einer der nachverzeichneten Stellen bis zum Ende der Schalterkassenstunden hinterlegen und bis zur Beendigung der Generalversammlung dort belassen:

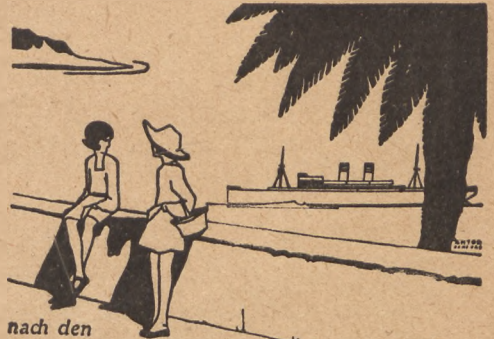
bei der **Dresdner Bank** in Dresden und Berlin sowie ihren übrigen Niederlassungen,
bei der **Dürener Bank** in Düren,
bei dem Bankhause **Simon Hirschland** in Essen und Hamburg,
bei dem Bankhause **Veit L. Homburger** in Karlsruhe,
bei dem Bankhause **A. Levy** in Köln,
bei dem Bankhause **Flemming & Co.** in Magdeburg,
bei der **Oldenburgischen Landesbank** in Oldenburg i. O.,
bei der **Rostocker Bank** in Rostock und Schwerin,
bei den Herren **Proehl & Gulmann** in Amsterdam,
bei der **Amsterdamschen Bank N. V.** in Amsterdam.

Dresden, den 6. August 1931.

Der Vorstand

Nathan. Frisch.

VOM 16. SEPT. BIS 12. OKT. 1931
9000 km ÜBER SEE



nach den ATLANTISCHEN INSELN

27 Tage in heiterer Gesellschaft an Bord des Vergnügungsreisendampfers »Oceana«. Wochen vollkommenen Ausspannens und wirklicher Erholung. Besuch von Portugal, Marokko, der Kanarischen Inseln, der Azoren und der Insel Wight. Bei frühzeitiger Buchung sind Kabinenplätze schon für RM. 695.— zu haben.

Erwägen Sie ferner

die Hapag-Schottland-, Norwegen- u. Ostseefahrt vom 10.—23. Aug., Dampfstrecke 4067 km, Reisedauer 13 Tage, von RM. 390.— aufwärts.

und ganz besonders

auch die Hapag-Ostsee-, Skandinavien- und Rußlandfahrt vom 25. August—12. September, von RM. 620.— aufwärts

Reisen Sie mit der

HAMBURG-AMERIKA LINIE



Nicht Versprechungen,

die auf die Dauer nicht haltbar sind, sondern ausreichende Finanzkraft und genügender Rückhalt müssen gerade in Zeiten wirtschaftlicher Schwankungen für die Wahl einer Krankenversicherung entscheidend sein.

Vereinigte Krankenversicherungs- Aktiengesellschaft

Berlin W 50

Neue Ansbacher Straße 7

Fernsprecher: Samme'-Nr. B 5, Barbarossa 9431

Aktienkapital u. Reserven ca. 10 Millionen RM.

Hier abtrennen

An die

Generaldirektion der „Vereinigten“
Berlin W 50, Neue Ansbacher Str. 7

Ich bitte Sie um unverbindliche Zusendung Ihres Prospektes - bzw. unverbindlich bei mir vorzusprechen.

Name:

Adresse:

M d W.

Sieben erschien:

WESLEY C. MITCHELL

Professor of Economics | Columbia University

Der Konjunkturzyklus

Nach der vom Verfasser durchgesehenen und ergänzten Originalausgabe

herausgegeben von Dr. Eugen Altschul

XVIII, 487 Seiten mit 33 Tabellen und 27 Diagrammen

Preis: In Ganzleinen RM. 28.—, broschiert RM. 26.—

Das Standardwerk der modernen Konjunkturforschung
und Wirtschaftstatistik

Prospekt mit ausführlichem Inhaltsverzeichnis kostenlos

VERLAG HANS BUSKE/LEIPZIG

In unserer Schriftenfolge erschien:

Die Schriften des Magazins der Wirtschaft / 1

Deutschlands Reparationslast

Ein Vergleich zwischen Dawes-Plan und Young-Plan

M. J. Bonn: Die Bestimmungen des Neuen Plans

Ministerialrat Dr. Fritz Soltau: Der Wohlstandsindex — die Bedeutung seines Fortfalls
Annuitäten und Kapitalwert auf Grund des Dawes-Plans und des Young-Plans

Umfang 100 Seiten / Preis kartoniert 3,60 RM

Die Schriften des Magazins der Wirtschaft / 2

Ist Arbeitslosigkeit unvermeidlich?

Von Prof. Dr. L. Albert Hahn, Frankfurt a. M.

Umfang 56 Seiten / Preis kartoniert 2,40 RM

Die Schriften des Magazins der Wirtschaft / 3

Die Schäden der deutschen Milchwirtschaft

Von Prof. Dr. Karl Brandt,

Direktor des Instituts für landwirtschaftliche Marktforschung, Berlin

Umfang 52 Seiten / Preis kartoniert 1,60 RM

*

Magazin der Wirtschaft Verlagsgesellschaft mbH

Berlin W 62 / Kurfürstenstraße 131 / Postscheckkonto: Berlin 149 296